

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

NOS

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Morikplatz, Nr. 1983.

Sonnabend, den 27. Juni 1914.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Morikplatz, Nr. 1984.

Gewerkschaftskongress und Sozialpolitik.

Die Kommiss des deutschen Unternehmertums, soweit sie in der Presse verwendet werden, sind mit unserem Gewerkschaftskongress gar nicht zufrieden. Das kann den Gewerkschaftskongress nur mit Stolz erfüllen, denn er würde seinen Aufgaben nicht vollkommen gerecht werden, wenn er nicht den Scharfmachern Sorge bereiten würde.

Von höchstem Nutzen ist die Widerlegung der Fälschungen der öffentlichen Meinung durch die Unternehmerverbände und durch die gewissenlosen Federn, die in ihrem Dienste stehen.

Den „Berliner Politischen Nachrichten“ sind die Ausführungen des Vertreters des Zentralarbeitersekretariats auf dem Gewerkschaftskongress, vor allem die Nachweisungen des Genossen Wissell, daß die Klagen der Industrie über die sozialen Lasten unbegründet sind, überaus unbecquem. Wertwürdig ist es, daß sich diese Angriffe des Organes des Zentralverbandes deutscher Industrieller wie der Reichsregierung nur gegen das Referat des Genossen Wissell richteten. Warum wurde der Genosse Robert Schmidt übergangen? Noch ausführlicher als Wissell hätte Robert Schmidt in einer langen, mit ausgezeichneten Beispielen belegten Rede schon die Notwendigkeit der Sozialpolitik begründet. Nach den „Berliner Politischen Nachrichten“ soll es nicht wohl sein, was die Vertreter der „Sozialpolitischen Abteilung“ der Generalkommission und des Zentralarbeiterauschusses ausgeführt haben, daß die deutsche Industrie die sozialen Lasten leicht tragen könne. Diese Scharfmacherkommiss stellen sich taub und blind gegenüber der gewaltigen Steigerung des Nationalreichtums in Deutschland, der doch nur eine Steigerung des Einkommens der Reichen ist. Wissen sie nicht, was aus den Berichten der Großbanken, vor allem aus den Steigerungen ihrer Depots, hervorgeht; wissen sie nicht, daß der bekannteste literarische Vertreter der Kartelle, Steinmann Bucher, erst vor wenigen Monaten in einer eigenen Schrift gegen die Kleinmütigkeit der deutschen Großkapitalisten gewettert und ihnen vorgerechnet hat, daß in keinem europäischen Lande die Steigerung des Nationalreichtums so gewaltig und so groß ist wie in Deutschland, daß Frankreich und England, diese berühmten Muster gewaltigen Reichtums, heute von Deutschland in der Steigerungsrate überholt werden? Wissen die Leute vom Zentralverband deutscher Industrieller nicht, in wie gewaltiger Weise die deutschen Ausfuhrzahlen sprunghaft in die Höhe gehen? Wollen sie der deutschen Arbeiterchaft verhehlen, daß man in allen Ländern die gewaltig wachsende Industriekraft Deutschlands bestaunt und beneidet? Wissen sie nicht, daß in allen Berichten der Handelskammern Englands und Frankreichs, Oesterreich-Ungarns und der Schweiz immer wieder gejamert wird, daß die so billig arbeitende deutsche Industrie trotz aller Schwierigkeiten die Produktionsentwicklung dieser Staaten hemmt, daß immer mehr deutsche Produkte in diese Länder eindringen und daß mit keiner Industrie der Welt auf dem Weltmarkt der Kampf so schwer zu führen ist wie gerade mit der deutschen. Damit ist doch deutlich gesagt und statistisch durch unsere Ausfuhrzahlen klar erwiesen, daß die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie über allen Zweifel erhaben ist. Gerade in der Periode, seit der von deutscher Sozialpolitik überhaupt gesprochen werden kann, wurde sie übermächtig. Die gleichen Einwendungen, die gegen unsere Forderung einer Arbeitslosenversicherung, eines Normalarbeitstages, eines höheren Schutzes der Frauen und Kinder gemacht werden, die gleichen Einwendungen haben die Burd, Weumer und Genossen seit den ersten Anregungen für die deutsche Arbeiterversicherung gemacht. In den Mitteilungen des Zentralverbandes deutscher Industrieller kann man seit mehr als 30 Jahren die Schablonen finden für die Einwendungen, die in den „Berliner Politischen Nachrichten“ aus Anlaß der sozialpolitischen Erörterungen auf unserem Gewerkschaftskongress gemacht werden.

Unsere deutsche Industrie liefert um hunderte Millionen Produkte nach dem Orient, nach dem äußersten Osten und den südamerikanischen Staaten, also nach Ländern, in denen der Arbeiterschutz und die Arbeiterversicherung, die Fabrikinspektion und Gewerbegerichte, alle diese von unseren Unternehmern so gehalten Einrichtungen sich nicht finden. Warum errichteten unsere Unternehmer nicht in jenen Ländern mit dem idealen Zustande völliger Freiheit von jeder Sozialpolitik Fabriken? Warum lassen sie ihre Waren in Deutschland herstellen von diesen unzufriedenen, gewerkschaftlich organisierten Arbeitern, die um höhere Löhne und um kürzere Arbeitszeit kämpfen, die für die staatliche Fortführung der Sozialpolitik unaufhörlich bemüht sind, deren Vertreter im Parlament ununterbrochen auf die Regierung einwirken, damit das, was an Arbeiterschutz und an Arbeiterversicherung in Deutschland existiert, auch wirklich durchgeführt werde? Das muß doch wohl seine triftigen Gründe haben! Deutschlands Industriewirtschaft und die Weltstellung der deutschen Industrie hängen eben auf das innigste von diesen Ar-

beitern ab! Man kann in der Türkei und in China, man kann in Siam und in Bolivien nicht die deutschen Waren herstellen, weder in derselben Qualität, noch in derselben Billigkeit wie in Deutschland; die deutschen Arbeiter sind die wichtigste Voraussetzung für die Weltstellung der deutschen Industrie.

Die Entwicklung unserer Großbetriebe, die tief durchdachte Organisation innerhalb der industriellen Unternehmungen, die ununterbrochene technische Vervollkommnung der Maschinerie hängen auf das engste zusammen mit dieser, den Unternehmern so unympathischen Unzufriedenheit der deutschen Industriearbeiter. Wo Bedürfnisse der Arbeiter angetrieben werden, dort fehlt den Kapitalisten der Trieb nach Vervollkommnung der Industrie. Gerade die Forderungen der Arbeiter, gerade die sozialpolitischen Forderungen treiben diese Industrie zu einer immer höheren Steigerung der Leistungsfähigkeit. Das lehrt uns die Industriegeschichte Großbritanniens, das lehrt uns die Industriegeschichte der Neu-England-Staaten und später auch die der übrigen Staaten in der nordamerikanischen Union, das lehrt uns die Industriegeschichte in der Schweiz und später als in England die Industriegeschichte Deutschlands. Die überaus fein ausgedachten, immer wieder durch neue und leistungsfähigere Typen vervollkommenen Spezialmaschinen in allen deutschen Industrien wären in der Türkei oder in China unmöglich. Erst das Erwachen der Arbeiter, erst ihre Unzufriedenheit, erst die Ueberwindung ihrer verstaubten Bedürfnislosigkeit und die Steigerung der politischen Macht des Proletariats zwangen das Unternehmertum zu diesen höchsten Leistungen, wie wir sie in den amerikanischen, englischen, deutschen und schweizerischen Industriezentren sehen und um die sie von den zurückgebliebenen Ländern und deren Fabrikanten beneidet werden.

Nicht die Arbeiterschuldlosigkeit, sondern der Arbeiterschutz, nicht die Zufriedenheit der Arbeiter, sondern ihre Unzufriedenheit, nicht die Rechtslosigkeit der Arbeiter, sondern ihr politisches Machtbewußtsein steigerten den Antriebe zur glänzendsten Industrierevolution. Das ist für jedermann klar, der weiß, welche Wirtschaftszweige in unserer Zeit die führenden sind und welche in ihrer Entwicklung trotz aller Anstrengungen ihrer Regierungen — wir verweisen auf Ungarn und Rußland — zurückgeblieben sind.

Wenn man die deutschen Unternehmer über die Lasten der Sozialpolitik jammern hört, die angeblich die Entwicklung der deutschen Industrie hemmen sollen, dann muß man, wenn man lediglich das und nichts anderes von der Welt kennt, in dem Glauben leben, als ob nur in Deutschland Sozialpolitik gemacht würde, als ob die übrigen Staaten noch in dem Zustand verharren, in dem Deutschland etwa zur Zeit der Gründung des Norddeutschen Bundes war. Es ist gerade ein Verdienst Robert Schmidts, daß er auf eine Reihe von Ländern hingewiesen hat, die im Vergleich zu dem Schmeldegang deutscher Sozialpolitik einen erheblichen rascheren Fortschritt dieser Gesetzgebung in anderen Staaten zeigen. Robert Schmidt hat bewiesen, daß Zweige der Sozialpolitik, die in Deutschland noch gar nicht in Angriff genommen sind, in anderen Staaten aufs sorgsamste gepflegt werden, und daß dort, wo das Deutsche Reich das Verdienst hat, neue Bahnen eröffnet zu haben, auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung, andere Staaten in ihren sozialpolitischen Leistungen viel weiter gegangen sind.

Daß diese Nachweisungen an einer so hervorragenden Stelle, wie es der Kongress der Gewerkschaften Deutschlands ist, den „Berliner Politischen Nachrichten“ und ihren Hintermännern unbecquem sind, kann man wohl begreifen. Wenn aber dieses Blatt über maßlose Uebertreibungen und Entstellungen zeter, so kann man nur die Furcht bewundern, mit der dieser Söldling des Kapitalismus den Tatsachen Gewalt antut. Er entwirft sich darüber, daß man nicht die Schriften der Schweighofer, Steller, Lind auf dem Gewerkschaftskongress zitiert hat. Das fehlt gerade noch, daß diese tendenziöse Darstellung über die sozialpolitische Bedeutung der deutschen Industrie Kredit durch eine Zitierung in dem Arbeiterparlament erhielt!

Die „Berliner Politischen Nachrichten“ leugnen in dem angeführten Artikel nicht nur die Wirkung der Sozialpolitik, sondern auch die Tatsachen des Steuerwesens. Sie stellen es so dar, als ob die steuerlichen Lasten durch soziale Zwecke ihre angemessene Höhe erreicht haben. In unserem Reiche des Militarismus und der agrarischen Liebesgabenpolitik, der Verteuerung des täglichen Brotes und der Unterbindung des Fleißigen davon zu reden, daß die Aufwendungen für soziale Zwecke die Steuerlasten verursacht hätten, ist mehr als lächerlich. Daß die Kommunalsteuern infolge von Armen- und Schullosen in die Höhe geschlagen sind, ist richtig, aber die Entwicklung der Industrie hat aus kleinen Orten große Industriezentren gemacht, hat Millionen von Menschen aus der alten Heimat in die Mietsoferten anderer Städte gezwungen. Die ganzen Lasten hierfür haben nicht die Unternehmer, haben die Gemeinden zu tragen gehabt. Was die Heeresvermehrungen, was die Neubewaffnungen, was die Kriegsschiffbauten, was die Luftflotten, was die Weltpolitik, was die imperialistischen Bestrebungen für die Steuerpolitik bedeuten, weiß jeder politische ABC-Schütze.

Aber die „Berliner Politischen Nachrichten“ wollen die Sozialpolitik für die Steuerbelastung verantwortlich machen. Ueber die steigende Mehrbelastung des Kapitalismus jammern die „Berliner Politischen Nachrichten“, die für den lächerlichen Postulat eintreten und die die Verteuerung der Lebenshaltung der Arbeiter durch Zölle ohne jeden Widerspruch hinnahmen.

Der Gewerkschaftskongress protestiert und wird protestieren gegen alle Maßnahmen, die die Hintermänner der „Berliner Politischen Nachrichten“ pflegen. Deshalb ist der Haß der Scharfmacher gegen diese so bedeutende Tagung begreiflich. Mit um so größerer Begeisterung wird die Arbeiterklasse das, was der Kongress beschließt, und die Beweggründe der Beschlüsse in sich aufnehmen und verarbeiten und zu ihrem Besten machen in dem Kampfe gegen alle Scharfmacher und gegen alle, die ihn stützen.

Grenzstreitigkeiten und Arbeiterinteressen.

München, 26. Juni 1914.

Vielen Erwartungen widersprach das verhältnismäßig rasche Tempo der Erörterung über die Grenzstreitigkeiten; deshalb konnte man erkaunt sein, daß heute diese Debatte wieder aufgenommen wurde. Ihr erfreulicher Abschluß ist vor allen Dingen den Metallarbeitern zu verdanken, die in einer Sitzung ihrer Delegierten am gestrigen Abend eine Resolution formuliert hatten, die in höherem Maße als die vorliegenden Anträge einen Mittelweg zwischen den widerstreitenden Anschauungen bahnen wollte. Schluß begründete diesen Antrag, der eine ziemlich lebhaft Erörterung hervorrief, die aber getragen war von dem Streben, eine Weisheit für den Ausgleich zu finden und den Antrag der Metallarbeiter, den Schlichter selbst ergänzte, den Bedürfnissen möglichst anzupassen. Sicherlich ist man nun zu einem besseren und freundlicheren Abschluß der Erörterungen über die Grenzstreitigkeiten gekommen. Es zeigte sich auf allen Seiten ein höherer Grad von Entgegenkommen als in den vergangenen Debatten. Aber daß das letzte Wort über die Grenzstreitigkeiten gesprochen wäre, glaubt niemand. Legien gab der Ueberzeugung Ausdruck, daß man sich nach drei Jahren, vielleicht schon früher, wieder mit dieser Frage beschäftigen würde. Das wesentliche Ergebnis ist, daß nun die Schlichtergerichte die Grenzstreitigkeiten auf Grund der Beschlüsse der Gewerkschaftskongresse entscheiden sollen, und daß diese Schlichtergerichte durch ein Revisionsverfahren, nicht durch eine Verurteilung angefochten werden können.

Ein weiterer Ausbau gewerkschaftlicher Institutionen ist damit zu verzeichnen. Können diese neuen Einrichtungen auch keinen Ausgleich zwischen den bestehenden Einrichtungen der Gewerkschaften und den durch die Entwicklung des Kapitalismus sich ergebenden Notwendigkeiten schaffen, so werden sie doch beruhigend, verführend und zum mindesten aufhebend auf die Streitigkeiten einwirken. Daß aber, so groß auch das Ergebnis dieser Beschlußfassung zu werten ist, auch heute noch nicht ein alle Teile befriedigendes System geschaffen wurde, geht aus den Erklärungen der Leiter des Fabrikarbeiter- und des Gemeindefabrikantenverbandes hervor. Auch die Vertretung, die über die Organisationszugehörigkeit der Metallarbeiter in den Zigarettenfabriken gegeben wurde, beleuchtet nach Abschluß der Debatte die Fortdauer der Schwierigkeiten, die aber jetzt gemildert und gemindert werden dürften.

Dann kam die neuerliche Erörterung über die Grenzstreitigkeiten und die Diskussion über den Arbeitswilligen und den Unternehmer-Terrorismus heran. Eine von Leipziger Metallarbeitern gestellte Resolution wollte die Schlichter Resolution durch einige dazugehörige Sätze ergänzen, die zum Schluß verlangten, daß der Waffenstreik als Mittel zur Verteidigung des Koalitionsrechtes in Anspruch genommen wird. Genosse Leipart widersprach dieser letzten Forderung, weil durch diese Erörterung ein Widerspruch gegen einen Beschluß dieses Gewerkschaftskongresses hervorgerufen würde, der bei Feststellung der Tagesordnung eine Erörterung der Waffenstreikfrage abgelehnt hatte. Vielleicht zogen die Metallarbeiter aus diesem Grunde diesen Teil ihrer neuen Resolution zurück und ließen durch ihren Sprecher Liebmann den übrigen Teil begründen, nachdem in aufregender Weise der Stettiner Schauer vom Terrorismus der Unternehmer gegen die Arbeiter in Pommern gesprochen hatte. Mit der größten Anteilnahme folgte der Kongress den Darlegungen des Genossen Fröhlich, der ein Märtyrer der Gewerkschaftsbewegung dank der Zeugenschaft eines der Staatsanwaltschaft besonders glaubwürdig erscheinenden Zuschalters wurde. In eindringlichen Worten sprach Leipart die Sympathie des ganzen Kongresses diesem Opfer eines besonders „glaubwürdigen“ Lumpenproletariats aus. Sehr bemerkenswert waren auch die Ausführungen des Genossen Knoll, der nachwies, daß die maßgebenden Regierungsstellen in Preußen die Tarifvertragsabschlüsse bekämpften, obgleich ja sozialpolitische Illusionäre diese als Friedensdokument gepriesen hätten.

Den zweiten Teil der Sitzung füllten die Referate über die Bestrebungen des Verbandes Deutscher Arbeitsnachweise aus. Ueber diese Frage referierte der Holzarbeiter Adam Reumann. Er

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle ober deren Raum 60 Pfg. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Berichtsungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das heißt druckreife Wort 20 Pfg. (zweizeilig 2 Zeilenbreite Wort), jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellenangebote und Schulstellenanzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphen-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

zeigte, wieviel die sehr gestimmten Sozialpolitiker, so der Geheimrat Freund, die Arbeitsnachweise dem Einfluss, ja jeder Mitbestimmung der Arbeiter vollständig entwenden wollen. Ein überaus reiches Material gruppierte er geschickt zu einem interessanten Bild wohlüberlegter und von den Arbeitern noch lange nicht genug gewürdeter Rechtsnachweise der noch Arbeitslosigkeit suchenden Arbeiter. Für die Beurteilung der bürgerlichen Sozialpolitik, wie zur Steigerung des Misstrauens der Arbeiter gegen die Vorschläge, die von dem Verband deutscher Arbeitsnachweise gemacht werden, wird das Referat von Reumann viele wertvollen Dienste leisten. An das umfangreiche Referat schloß sich eine lange Debatte an. Metallarbeiter, Bauarbeiter, Gastwirtsgehilfen u. a. nahmen zu der Frage der Arbeitsvermittlung Stellung, wobei sich mancherlei Verschiedenheiten in der Stellung zu den freundlichen Vorschlägen ergab. Die von Reumann vorgeschlagene Resolution fand jedoch einstimmige Annahme.

Der albanische Aufstand.

Die Tatsache, daß die erdrückende Mehrzahl der albanischen Stämme mit schußfertigen Gewehren gegen ihren aufgezwungenen Fürsten steht, beginnt zu einer akuten europäischen Gefahr zu werden. Die schwarz-gelbe Heppresse verlangt, daß die internationalen Streitkräfte zu einem geschlossenen Angriff gegen die Albaner geführt werden sollen. Das hieße zu den bisherigen Dummheiten der internationalen Diplomatie noch das Verbrechen fügen. Das einzige, was die Völker Europas in der gegebenen, völlig verzweifelten Situation verlangen müssen, ist die schleunigste Abkündigung und Abreise dieses unglückseligen Dilettanten, der jemals auf einem wackeligen Fürstenthron gesessen. Mag er unter dem Schutze der internationalen Marinemannschaften sich mit Kind und Kegel auf einem Dampfer einschiffen; es ist schon genug Blut um ihn geflossen. Es ist um jeden Schutz schade, der jetzt noch um eine böllig tote Sache losgeht. Geradezu verbrecherisch wäre es, das Morden wieder aufzunehmen, noch schlimmer aber, mit dem Blute europäischer Soldaten die albanischen Felsen zu besprengen. Mögen österreichische und deutsche Abenteurer und Desperados sich zu einer Schutzgarde des bankrotten Fürsten hergeben, für die Völker Europas kann es nur eins geben: Sie haben ihren Regierenden nachdrücklicher denn je zuzurufen: die Hände weg von Albanien.

Eine österreichische Verlegenheitsmeldung.

Durazzo, 26. Juni, 9 Uhr abends. (Meldung des Wiener K. K. Telegraphen-Nachrichtendienstes). Die auswärts verbreitete Meldung, daß Prenk Bibdoda gefangen genommen und gegen Ehrenwort freigelassen worden sei, ist aus der Luft gegriffen. (?) In der vergangenen Nacht, sowie im Laufe des Tages hat sich nichts Bemerkenswertes ereignet. Die Anordnungen auf der Sumpflache und die übrigen Befestigungsarbeiten werden eifrig fortgesetzt. Der Waffenstillstand ist bis heute abend verlängert worden. Inzwischen laufen aus dem Süden fortwährend ungünstige, jedoch nicht genau kontrollierbare Nachrichten ein. So scheint sich der Fall Berat noch nicht zu befestigen, jedenfalls sind aber diese Stadt und Jieri gefährdet. Balona ist noch nicht bedroht. Jsmail Kemal soll in Balona und in den südlichen Gebieten, wo er Einfluss besitzt, eifrig bemüht sein, ein Freiwilligenkorps zu sammeln, um den vorrückenden Aufständischen entgegenzutreten.

Mit den Aufständischen fanden heute keine Verhandlungen statt; die Lage ist im allgemeinen ungeklärt.

Für morgen früh ist ein allgemeiner Artillerieangriff geplant, während die Stadtbatterien die feindlichen Stellungen am Nasibul bombardieren sollen, soll die „Perzegowina“ die Stellungen in der Richtung auf Kadaja bei Saffo Bianco beschließen.

Keine Verhandlungen mehr.

Wien, 26. Juni. Nach einer der „Neuen Freien Presse“ aus Durazzo zugegangenen Meldung sollen die Verhandlungen mit den

Aufständischen auf Betreiben der holländischen Offiziere endgültig abgebrochen worden sein.

Die Aufständischebewegung in Süditalien.

Wien, den 26. Juni. Oesterreich-Ungarn und Italien haben ihre Kriegsschiffe von Durazzo nach Balona entsandt, um die fremden Staatsangehörigen zu schützen eventuell an Bord zu nehmen. Aus Skutari ist der Stadtkommandant Phillips in Durazzo eingetroffen und hat den Fürsten davon verständigt, daß unter den Muslimen in Skutari eine aufständische Bewegung im Gange sei, deren Ausbruch stündlich zu erwarten ist.

Oesterreichische Treiberien.

Wien, 26. Juni. Der „Reichspost“ wird über Castellnuovo telegraphiert: Die Lage in Durazzo ist sehr ernst. Zum ersten Male nahmen an den Friedensverhandlungen auch katholische Priester teil. Angesichts der unsicheren Lage erscheint die Stellung gemischter internationaler Truppen für die militärische Aktion des Fürsten alleinige Rettung zu ermöglichen. Die Rebellen verschanzen sich auf den Kaspulhöhen.

Der neueste Schwindel.

Wien, 26. Juni. Für das Freiwilligenkorps für Albanien, zu dessen Bildung von privater Seite ein Aufruf erlassen ist, haben sich im Laufe des Tages 1200 Personen gemeldet. Insgesamt sollen 1600 Mann zusammengebracht werden. Eine große Zahl der Freiwilligen sind ehemalige Offiziere sowie Studenten und Ärzte. Am Sonntag früh soll eine Kolonne nach Durazzo abgehen.

Arbeiterpartei und Budget.

London, 23. Juni (Fig. Ver.)

Eine eigenartige Lage ist im Unterhause durch das Manövrieren der Regierung mit der Finanzbill entstanden. Man wird sich erinnern, daß das Budget dieses Jahres bemerkenswerte Neuerungen enthielt. Den Kern bildeten die Staatszuschüsse, die den Gemeinden zur Durchführung der zahlreichen kulturellen und sozialen Aufgaben, die ihnen das Parlament in den letzten Jahren zugewiesen hat, gewährt werden sollten. In bewegenden Worten schilderte Herr Lloyd George in seiner Budgetrede die Not der Gemeinden, und großes Lob wurde ihm wegen seiner staatsmännischen Klugheit gespendet. Nun ist der ganze Plan zu Wasser geworden; die Regierung hat den Plan, der sich auf die Verteilung der Staatszuschüsse bezieht, zurückgezogen, und die Gemeinden haben das Nachsehen und müssen sich mit dem Trost begnügen, daß die Regierung im nächsten Jahre, falls sie dann noch leben sollte, das Projekt wieder einbringen wird. Das Falllassen der Zuschüsse hat natürlich eine Herabsetzung der Einnahmen notwendig gemacht, und die Regierung hat das Budget wieder ins Gleichgewicht gebracht, indem sie die Einkommensteuer für die höchsten Einkommen herabsetzte. Daß sie gerade den Besitzern der kräftigsten Schultern entgegenkam, ist kein Zufall; denn sie ist zu dem Schritt von den fröhlicheren liberalen Millionären getrieben worden, die unter dem Deckmantel des finanziellen Burismus dem Budget den Krieg erklärt hatten. Etwa 15 oder 20 reiche liberale Parlamentarier schlossen sich vor etlichen Tagen zusammen und erklärten, daß das Parlament zuerst die den Staatszuschüssen zugrunde liegenden Prinzipien feststellen und annehmen müßte, ehe man das Geld von den Steuerzahlern erhebe. Sie protestierten mithin gegen die von Lloyd George eingeführte Methode, unter dem Deckmantel einer Finanzbill, der die Lords ja nichts anhaben können, Reformen einzuführen, die Geld kosten. Sie drohten, im Parlament gegen die Regierung zu demonstrieren, was zur Folge hatte, daß die Regierung gleich ohne Zeremonie umfiel. Sie ließ das beanstandete Projekt fallen und brachte den entrüsteten und sittenstrengen Millionären ein Sühneopfer in Gestalt der reduzierten Einkommensteuer. Die Entscheidung des Speakers, daß das Budget nicht ordnungsmäßig eingebracht worden sei, daß aber die versäumten Formalitäten noch nachgeholt werden könnten, half der Regierung einigermassen über den verwirrenden Rückzug hinweg. Nun haben die Konservativen zu der zweiten Lesung

der Finanzbill ein Amendement eingebracht, in dem die sofortige Unterstützung der Gemeinden aus Staatsmitteln gefordert wird. Die Arbeiterpartei, die diese Forderung ebenfalls erhebt, wird aber für dieses Amendement nicht stimmen können, da es auch eine Verurteilung der vorgeschlagenen neuen Gemeindesteuerordnung, bei der der Hauptwert eines Grundstücks als Grundlage dienen soll, enthält. Sie hat daher beschloffen, sich bei der Abstimmung der Stimme zu enthalten, um so ihren Protest gegen das Falllassen der Staatszuschüsse für die Gemeinden und die Entlastung der hohen Einkommen Ausdruck zu verleihen. Sie verlangt die Ermäßigung der indirekten Steuern. Es ist auch wahrscheinlich, daß einige Liberale eine ähnliche Haltung einnehmen oder gar für das konservative Amendement stimmen werden. Jedenfalls befindet sich die Regierung in einer kritischen Lage. Ein weiteres Moment, das Verachtung verdient, ist der Beschluß der liberalen Plutokraten, auch fürderhin zusammenzuhalten, um die Finanzpolitik ihrer Partei zu überwachen.

London, 26. Juni. (Privattelegramm des „Vorwärts“). Die Regierung kam gestern bei der Abstimmung über das konservative Budgetamendement nahe an den Rand des Verderbens. Abends hieß es, daß die Regierung fallen würde, aber es gelang ihr dennoch, die Mehrheit der Kammer für sich zu gewinnen. Die gewöhnliche Mehrheit bei wichtigen Anlässen schwankt zwischen 80 und 94. Das entscheidende Moment war die Stimmenthaltung der Arbeiterpartei, die gegen die Zurückziehung der staatlichen Zuschüsse für die Gemeinden und die Herabsetzung der Einkommensteuer der Höchstbesteuerten protestierte. Auch konnte sie für das konservative Amendement nicht stimmen. Der Dienstag gefasste Beschluß, sich der Stimme zu enthalten, wurde gestern in der Fraktionssitzung der Arbeiterpartei wieder besprochen. Einzelne Mitglieder der Fraktion sollen auch dafür gewesen sein, die Regierung zu unterstützen, aber die Drohung der Sozialisten, in diesem Falle für das konservative Amendement zu stimmen, soll zur Aufrechterhaltung des Beschlusses vom Dienstag geführt haben. „Daily Citizen“ meint, die Abstimmung habe der Regierung eine Lektion gegeben, die sie nicht so leicht vergessen werde und fügt hinzu: „Es sind die reichen Liberalen, die als Sieger aus dem Kampfe hervorgegangen sind. Sie sind es, die man auf Kosten der Arbeiter und Arbeiterinnen verhöhnt hat. Wenn Herr Lloyd George berechtigt die Rissetaten der Reichen verurteilt, meint er natürlich die konservativen Reichen und nicht die seiner eigenen Partei.“

Politische Uebersicht.

Eine neue Flottenvorlage?

Von angeblich glaubwürdiger Seite wird einer Zentrums-Korrespondenz mitgeteilt, daß derzeit in den beteiligten Reichsressorts Vorbereitungen zu einer neuen Flottenvorlage gepflogen werden. Das Reichsmarineamt sei schon mit seinen Entwürfen fertig; jetzt handle es sich darum, die Zustimmung des Kaisers zu erhalten, die auf der Kieler Woche erfolgen soll. Die Zentrums-Korrespondenz bemerkt hierzu:

„Dann darf das Reichschakamt sich den Kopf zerbrechen, woher es die Gelder nimmt. Ob der Bundesrat von einer solchen Vorlage sehr erfreut sein wird, angesichts des Fehlbetrages von 150 Millionen Mark beim Beitrage? Ob der neue Kriegsminister nicht auch noch einige „Läden“ entdeckt, wenn sein Kollege von der See die Rüstungen verläßt? Wir warten alles in Ruhe ab; wir wissen auch, daß das übliche Dementi einer nicht orientierten Stelle kommen wird, aber im kommenden Winter wird sich zeigen, wer recht hat. Uns genügt es, jetzt schon auf diese Pläne hingewiesen zu haben, damit die Steuerzahler beizeiten sich einrichten können.“

Die Zentrums-Korrespondenz sollte mit ihrer Kritik vorsichtiger sein. Wir werden es wieder erleben, daß das Zentrum wie bisher bei der neuen Flotten- oder Heeresvorlage zunächst etwas Opposition treiben wird, um dann die Steuerzahler um so sicherer einseifen zu können. Das Zentrum wird also

Napoleon III. und sein Heer.

Die soziale Grundlage, auf der sich die Herrschaft Louis Bonapartes erhob, war die Erschöpfung der Arbeiterklasse nach dem grausamen Mord der Juniwoche, die Erbitterung der bäuerlichen Klasse gegen die Julirevolution und die Republik und der Profitgier der Bourgeoisie in den Jahren des industriellen Aufschwungs nach dem Staatsstreich. Das Mittel aber, mit dem der Despotismus herrschte, war das Heer. Auf das Heer hatte er sich mit Hilfe ehrgeiziger und unzufriedener Generale gestützt, als er am 2. Dezember 1851 die Kammer auseinanderjagte und die Verfassung über den Haufen warf, das Heer diente ihm als Volkswert gegen die Flut der sozialen Revolution, deren Branden doch zu weilen in seine unruhigen Träume löste, das Heer war es, das als Werkzeug seiner auswärtigen Politik durch Siege über die „Erbfeinde“ dem Kaiserreich den Glanz der nötigen „Gloire“ zu verleihen hatte, und mit dem Zusammenbruch des Heeres vollzog sich 1870 auf den Feldern von Wörth, Metz und Sedan auch der Zusammenbruch des Empire. Da ist es von Interesse, den Wechselbeziehungen zwischen Wehrverfassung und Staatsverfassung während des zweiten Kaiserreichs nachzugehen, wie sie Max v. Sackepanski in einem anregenden Werke ausdehnt. Wenn der Verfasser auch nicht mit dem Del des historischen Materialismus gefaselt und seine Weltanschauung auch konservativ gerichtet ist, so betrachtet er doch keineswegs die Dinge vom beschränkten Standpunkt des beschränkten Militärs. Delbrücks kriegswissenschaftliche Arbeiten hat er mit Nutzen gelesen, er weiß um die soziale Gliederung eines Volkes in Klassen recht wohl Bescheid und leitet mit Recht ein Wort Leitzschkes dahin um, daß die Staatsverfassung ändern, die Grundlagen der Heeresverfassung ändern heißt. Da Sackepanski zudem die Gabe klarer und packender Darstellung besitzt und einen Stil schreibt, um den mancher Berufsliterat diesen Offizier beneiden könnte, so ist die Lektüre des Buches für jeden von Gewinn, der dem behandelten Gegenstand nur etwas Interesse entgegenbringt.

Das allgemeine Stimmrecht, das die Februarrevolution von 1848 allen Franzosen im Alter von mehr als einundzwanzig Jahren gebracht hatte, machte auch vor den Toren der Kaiserne nicht Halt:

Jeder Soldat war Wähler, jede Militärperson wählbar. In der Kammer zwischen 1848 und 1851 sahen denn nicht wenige Generale und Offiziere aller Grade, deren politische Färbung vom äußersten Royalismus bis zum wütendsten Republikanismus reichte — der Unteroffizier Voichot, dem man für den Verzicht auf sein Mandat vergeblich die Offizierspauletten anbot, nannte sich sogar einen Sozialisten. Was die Stimmung des ganzen Heeres im Jahre 1848 anging, so war das Offizierskorps im allgemeinen monarchistisch gesinnt, die Masse der Soldaten dagegen republikanisch überzeugt, die schon sozialistisch gepredigt. Immerhin gelang es Louis Bonaparte verhältnismäßig leicht, durch ein paar gewissenlose Abenteurer vom Schlage des Generals St. Arnaud die Vajonette für den Staatsstreich in Bewegung zu setzen. Da aber das Heer nicht nur ein politisches Objekt in den Händen des Staatsreichs war, sondern durch das Wahlrecht auch politisches Subjekt war, mußte es durch Teilnahme an dem Plebiszit über die gewaltsame Verfassungsänderung des 2. Dezember noch im besonderen seinen Willen kundgeben. Dabei stimmten rund 39 000 Mann, also etwa ein Fünftel der Armee, mit Nein, und zwar zeigt uns ein Verzicht des späteren Marschalls Mac Mahon über die Abstimmung der Garnison von Orlan, wie die politische Meinung in den einzelnen Truppenteilen war: die Infanterie stimmte überwiegend mit Ja, die Juaen und das 2. Regiment Chasseurs d'Afrique gänzlich mit Ja, die Artillerie zur Hälfte mit Nein, das Geniebetachment (Pioniere) in der Mehrheit mit Nein und die Disziplinär- und Arbeitsbataillonen alle mit Nein. Die Truppenteile, die sich im wesentlichen aus der Bauernklasse rekrutierten, hoben also Louis Bonaparte zustimmend auf den Schild, die Waffengattungen, die nicht wenige städtische Handwerker und Arbeiter in ihren Reihen zählten, verwursten ihn ebenso wie die in den Disziplinärabteilungen untergebrachten Rebellier gegen die herrschende Ordnung.

Die erste Handlung der neuen Regierung war ein Dekret, das die Auflösung der Nationalgarde in ihrer bisherigen Form verfügte und sie in wesentlich bedeutungsloserer Gestalt wieder aufleben ließ. Die Nationalgarde unter Ludwig Philipp — wohlgenährte Soldaten, spottete Heine, „mit großen Bärenmägen, worin Krämmerlöcher stecken“ — war nicht nur eine Art Heeresreserve, sondern vor allem nach einem Wort Casimir-Periers die „große Armee der öffentlichen Ordnung“. Aber gerade in den Februartagen von 1848 hatte die Nationalgarde, schwankend und unzufrieden mit dem Regime des Bürgerkönigs, den ersten Anstoß zum Abfall der Linientruppen gegeben. Ein Kaiser von des Staatsstreichs Gnaden wie Napoleon III. wollte daher auf keinen Fall etwas mit Streitkräften zu tun haben, die nichts anderes als bewaffnete Bürger, als das Volk in Waffen waren — er bedurfte

vielmehr der Waffen gegen das Volk und konnte deshalb nur ein Prätorianerarmee gebrauchen, denn sein Regierungsprogramm bediente sich mit der nüchternen Formel: Militärdiktatur im Innern, auswärtige Kriege! „Der Ulysses des zweiten Kaiserreichs“, sagt Sackepanski, „wies dessen Staatsoberhaupt einfach darauf hin, die Gesellschaft durch die Massen, die Massen durch das Heer zu beherrschen oder doch wenigstens in Schach zu halten.“

Um das Heer mit dem Geist allseitig willfährigen Prätorianertums zu durchsäuern, wurde zunächst das Wahlrecht der Militärpersonen sehr eingeschränkt: fast nur noch bei Plebisziten kam es zur Geltung. Zum zweiten förderte man mit allen Mitteln die Trennung von Heer und Volk: häufige Versetzungen ließen keinen Truppenteil in einer Garnison heimisch werden. Zum dritten diente die Schaffung einer kaiserlichen Garde als Elitetruppe ganz der Begünstigung des Prätorianertums. Vor allem aber und in erster Reihe bedeutete das Heeresgesetz von 1855 den Übergang zum Soldnerheer. Die allgemeine Wehrpflicht hatte es zwar vordem nicht gegeben, doch jetzt durchlöchernte die Einführung des Loskaufsrechts und des „rangement“ (Wiederberufung) die jährliche Konfektion. Wer sich vom Waffendienst loskaufte, brauchte keinen Stellvertreter mehr zu stellen, sondern der Staat sorgte dafür, meist in der Art, daß ein Mann, der seine sieben Jahre abgedient hatte, sich für hohe Dienstprämien auf neue verpflichtete. Das gab einen Stamm Trarier, die sich überall, in der Arim wie in Italien, in China wie in Regio herumgeschlagen hatten, und von der rechten Prätorianerzeugung erfüllt waren, aber zugleich wurden dadurch weite Volksteile dem Heereswesen gänzlich entfremdet. Innerpolitisch war das, vom Standpunkte Bonapartes gesehen, sehr gut: „Indem es dem Bürger die Befreiung vom Dienst in weitgehendster Weise ermöglichte, entzog das Gesetz den nicht besitzenden Klassen die kräftigsten, wertvollsten und tüchtigsten Elemente und ergoz sie zur Beunruhigung gegen diejenigen, welche die republikanischen Freiheiten unter sozialistischen Konsequenzen zu betonen nicht aufhören wollten.“

Aber daß dieses System tödlich und verderblich war, sobald das Heer als Werkzeug der auswärtigen Politik in Frage kam, zeigte sich in erschreckender Weise in dem äußerlich so „glorreichen“ Feldzug von 1859: nach der Niederlage der Oesterreicher hatte die französische Armee den Verlust eines Fünftels ihrer Gesamtsärke zu beklagen und war, da bei dem herrschenden System ihr Nachschub nur aus unangebildeten jungen Leuten bestehen konnte, ganz und gar unfähig, auch den Preußen, die am Tage von Solferino mobil gemacht hatten, die Spitze zu bieten. Zur selben Zeit, als Napoleon mit dem Liberalismus zu Reckungen begann, dachte er also an eine Heeresreorganisation. Aber ein Versuch,

*) Max v. Sackepanski: Napoleon III. und sein Heer. Ein Beitrag zu den Wechselbeziehungen zwischen Wehrverfassung und Staatsverfassung während des zweiten Kaiserreichs der Franzosen. Karl Winters Universitätsbuchhandlung, Heidelberg 1913.

Gewerkschaftliches.

Ein anmaßender Unternehmer.

Der Redakteur, Drucker und Verleger des „Neumarkter Stadtblattes“ sowie auch Drucker des amtlichen Kreisblattes in Neumarkt in Schlesien beschäftigte bis vor kurzem einen im Verbanne der Deutschen Buchdrucker organisierten Gehilfen. Da die Verhältnisse im Betriebe der amtlichen Kreisblatt-Druckerei viel zu wünschen übrig ließen und alles andere als tarifmäßig bis auf die Entlohnung waren, leitete der Gehilfe diese Zustände, worauf der Chef — Groda ist sein Name — das „unbotmäßige“ Verbandsmitglied einfach auf das Straßenpflaster setzte. Das Bekanntwerden der Entlassung und deren Ursachen mögen Groda sehr unangenehm gewesen sein. Er sann auf Abhilfe und verließ schließlich auf ein Mittel, das ebenso originell wie ungeschicklich ist. Groda schrieb nämlich an den Entlassenen:

„Sie haben wiederholt über mein Geschäft und meine Person unwahre Behauptungen getan, über geheime geschäftliche Verhältnisse gesprochen, unwahre Berichte abgegeben.“

Sie haben wiederholt meine Leute gegen mich zu beeinflussen. Angehörige meiner Leute in gleicher ungünstiger Weise gegen mich angepornt.

Wir geschäftl. Verger und Verdruß bereitet. Meine Schuld ist nun zu Ende.

Ich fordere Sie auf, Neumarkt sofort zu verlassen und zu schweigen.

Sollte ich Sie am 21. Juni noch hier finden, dann zwingen Sie mich, diese Angelegenheit der Staatsanwaltschaft zur weiteren Verfolgung zu übergeben.

Die Folgen dürfen Sie sich dann selbst zuzuschreiben haben.“

Das muß man dem Unternehmer Groda lassen: Als Redakteur und Verleger eines amtlichen Kreisblattes hat er seinen Auftraggebern den Polizeistil trefflich abgequackt. Nach Form und Inhalt sieht sein Brief einer polizeilichen Verfügung verheißungsvoll ähnlich. Aber so weit sind wir denn doch noch nicht, daß ein Unternehmer — mag er auch ein Kreisblatt herausgeben — einen ihm unbehaglichen Menschen einfach aus der Stadt ausweisen darf. Soweit gehen ja nicht einmal die Befugnisse der preussischen Polizei.

Natürlich hat Grodas Schreiben auf den Empfänger keine andere als eine erweiternde Wirkung ausgeübt. Da aber der Brief den Tatbestand der Kränkung darstellt, so hat ihn der Empfänger der Staatsanwaltschaft übergeben, in der Überzeugung, daß der so oft zum Recht gegen gewerkschaftlich tätige Arbeiter angewandte Kränkungsparagraf in diesem Falle mit vollem Recht angewandt werden muß.

Berlin und Umgegend.

Der paritätische Arbeitsnachweis für das Berliner Gastwirts-gewerbe wird am 1. Juli in dem Gebäude des allgemeinen Arbeitsnachweises in der Müllerstraße eröffnet werden. Dem gewerkschaftlichen Arbeitsnachweis sind die verschiedenen Branchenabteilungen des Verbandes der Gastwirtsgehilfen angeschlossen, auf Seiten der Arbeitgeber die Verbände der deutschen und der Berliner Gastwirte, der Verband der freien Gast- und Schankwirte und die Köcheinnung. Die zahlreichen blauen, gelben und sonstigen Gehilfensverbände und -vereine bleiben dem Nachweis fern, sie wollen es auch in Zukunft versuchen, mit Hilfe eigener Nachweise ihre Existenz aufrechtzuerhalten.

Der Verband der Gastwirtsgehilfen hat den Anschluß vollzogen, obgleich er gerade jetzt durch die zahlreichen Tarifverträge, die er in den letzten Jahren abschließen konnte, einen erheblichen Teil des Arbeitsmarktes im Gastwirts-gewerbe beherrscht. Er tat dies, um desto besser noch als bisher die gewerkschaftliche Stellenvermittlung bekämpfen zu können, die, nachdem ein öffentlicher Arbeitsnachweis für das Gewerbe besteht, auf Grund des Stellenvermittlungs-gesetzes von 1910, leicht ausgeschaltet werden kann. Die starken Bedenken, die bei den Gewerkschaften infolge der bekannten unfreundlichen Haltung des Verbandes deutscher Arbeitsnachweise gegenüber den paritätischen Gastwirts-nachweisen, in der letzten Zeit auftauchen mußten, haben die Gast-

wirtsgehilfen schließlich überwunden in der Hoffnung, damit den Interessen des gesamten Berufes am besten dienen zu können.

Die Verhandlung des Streiks der Köcher haben wir in der gestrigen Nummer mitgeteilt. Die Mitteilung enthält aber einen Irrtum. Die Versammlung hat die Zugeständnisse der Unternehmer nicht angenommen, sondern mit 57 gegen 44 Stimmen abgelehnt. Die Mehrheit bildeten die Lokalfisten, während die Minderheit den vom Vertreter des Deutschen Bauarbeiterverbandes vorgebrachten Gründen folgte. Unter diesen Umständen erklärte dann der Vertreter des Deutschen Bauarbeiterverbandes, daß für dessen Mitglieder der Streik beendet ist.

Aus dem Fleischer-gewerbe. Die Tarifkommission an der Kasse bezugszuführen versuchte der Fleischermeister Schreiber, Kantstraße 23, Mummelsburg. Viermal war nun die Kommission vorstellig, bis endlich Herr Schreiber offen erklärte, keinen Tarifvertrag abzuschließen. Bei der ersten Vorprache war Herr Schreiber mit dem Tarifvertrag einverstanden, wenn nur einer bewilligen, dann bewilligte ich auch, erklärte er. Als der erste Fleischermeister in Mummelsburg bewilligt hatte, wurde die Kommission wieder vorstellig und nun hatte Herr Schreiber die Ausrede, er wolle erst mit den anderen Meistern sprechen, damit alle bewilligen. Am nächsten Tage sprach die Kommission wieder vor, da hatte Herr Schreiber in einer Zeit, wo nichts zu tun ist, keine Zeit und nun endlich geht er mit der Sprache heraus, daß er nie bewilligen wird. Die Sperre bleibt somit über die Firma Schreiber bestehen. Ferner sind in Mummelsburg die Firmen: Henske, Sonntagstr. 1, Gengebach, Mozartstraße und Ziel, Türschmidstraße, wegen Nichtanerkennung des Tarifvertrages für organisierte Fleischergehilfen gesperrt.

Die Tarifkommission.

Deutsches Reich.

Fleischermeister gegen Tarifverträge.

Der Arbeitgeber-Schutzverband für das deutsche Fleischer-gewerbe hat auf seiner Generalversammlung am 23. Juni in Danzig seinem Herzen durch Schimpfen auf den Zentralverband der Fleischer, dessen Streiks und Tarifbewegungen sowie auf die Volkstümlichkeit gemacht. Die Volkstümlichkeit liegen den Jungmeistern besonders schwer im Magen. Dem Schutzverband gehören 778 Mitglieder, die 2293 Gesellen beschäftigen, an. Es sind also vorwiegend größere Betriebe, die kleinen scheinen auf diesen sehr lospflanzlichen „Schutz“verband zu verzichten. Wenn man die Zahl der Fleischermeister in Betracht zieht, so ist die Mitgliederzahl sehr minimal (allein der Deutsche Fleischer- (Meister) Verband hat über 45 000 Mitglieder). Die Erfolge des Zentralverbandes, der schon manchen zum Tarifabschluß gezwungen, machten den Herren viel Kopfzerbrechen. Einer erklärte, „da die Regierung es nicht für notwendig befunden hat, einen Normalarbeitsvertrag im Fleischer-gewerbe einzuführen, werden wir freiwillig auch keine Verbesserungen gewähren.“ Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

Die Generalversammlung weist auf die Gefahren hin, die durch den Abschluß von Tarifverträgen für die Betriebsführung des einzelnen und die Jungmeisterentscheidungen entstehen. Sie warnt auf das eindringlichste davor, insbesondere im Hinblick auf die Zukunft und die Prosperität des Gewerbes.

Diese Versammlung hat wieder einmal bewiesen, daß alles Gewerbe von gutem Einvernehmen nur Schaumflügelerei ist, um die Gesellen von der Organisation abzuhalten. Wollen die Gesellen bessere Verhältnisse, so dürfen sie sich nicht auf die Meister verlassen, sondern müssen Mitglied des Zentralverbandes der Fleischer werden.

In der Maschinenfabrik Ötlingen broden ernste Differenzen auszubrechen. Da die Firma versucht, durch die Arbeitsnachweise der Industriellen Arbeiter zu bekommen, sei auf die Differenzen verwiesen. Die Metallarbeiter allerorts werden ersucht, Arbeitsangebote von der Maschinenfabrik Ötlingen nicht zu berücksichtigen.

Ausland.

Ein Klassenurteil.

Brüssel, 25. Juni. (Fig. Ver.) Seit Jahren kämpft die organisierte Arbeiterklasse Belgiens für die Abschaffung des berüchtigten Artikels 310, der angeblich dazu bestellt ist, die Freiheit

der Arbeit zu beschützen, in Wahrheit aber dazu mißbraucht wird, die Kämpfer der Arbeiterklasse unschädlich zu machen, die Organisationsmacht zu brechen.

Unter Anwendung des genannten Paragraphen wurde soeben ein Tenenzurteil gegen die Führer des „Jeemansbond“, der Organisation der Antwerpener Seeleute, vom Antwerpener Gericht gefällt. 58 Angehörige der Arbeiterklasse, darunter Schonekeren, der Präsident, und Mahlmann, der Sekretär des „Jeemansbond“, standen in einem Konstreprozeß, zu dem Tausende von Zeugen geladen waren, vor Gericht, um sich wegen zwei und drei Jahre zurückliegender Vorgänge zu verantworten. Es läßt sich, von allen anderen Ungeheuerlichkeiten dieses Prozesses abgesehen, erraten, zu welcher Parze in einem solchen Fall die Zeugenaussagen herabsinken.

Den Hauptangeklagten wurde u. a. zur Last gelegt, Gelder aus der Kasse der Organisation der Seeleute im Jahre 1911 und 1912 — anlässlich der letzten Streikbewegung — zu Requisitionen gegen die Schiffreederei und die Gelben verwendet zu haben. Den übrigen Angeklagten wurden Einschüchterung, Bedrohung, Brandstiftung auf Schiffen usw. zur Last gelegt. Aber mit den Beweisen, zumal bei der Brandstiftung, hat es sehr gehapert. Selbst der Procurator mußte einem Zeugen entgegnen, daß in dem betreffenden Fall „nichts nachgewiesen werden konnte“, und auf die Frage Mahlmanns, ob einer der Organisierten bei dem Brand auf dem Schiff gewesen sei, mußte der Zeuge mit einem „Nein“ antworten.

Interessant war die Aussage des Antwerpener Bürgermeisters und Chefs der Polizei, De Vos, der während des Streiks zwischen den Schiffreedern und den Delegierten der Streikpartei die Verhandlungen geführt hat, der sich durchaus zu dem Urteil über die damalige Haltung des „Jeemansbond“ aussprach und erklärte, ihm nichts zur Last legen zu können. Im selben Sinne äußerte sich ein Mitglied des Antwerpener Gemeinderates. In der Tat hat dieser Prozeß bewiesen, daß die Organisation und ihre Führer allenthalben als beruhigender und vermittelnder Faktor gewirkt haben. Die Justiz hat die Arbeit der Kämpfer auf ihre Weise anerkannt: sie hat Mahlmann, der schon früher wegen derselben Vorfälle zu 2 Monaten verurteilt worden war, zu fünf Monaten, Schonekeren zu vier Monaten, einen dritten Vertrauensmann zu zwei Monaten und über 50 Mitangeklagte zu 300 Tagen und insgesamt zu fast tausend Frank Geldstrafe verurteilt!

Die belgische Gewerkschaftskommission protestiert in einem Aufruf gegen das Schandurteil und ruft die Arbeiterklasse zum Kampf gegen den § 310 auf. Alle Organisationen sollen das Urteil auf die Tagesordnung setzen und dagegen protestieren. Die nächste Generalversammlung der Gewerkschaftskommission wird über eine weitere Aktion beraten.

Lohnkämpfe der englischen Landarbeiter.

In verschiedenen Teilen Englands, insbesondere in den Grafschaften Essex und Northamptonshire, spielen sich erbitterte wirtschaftliche Kämpfe zwischen den Landarbeitern und den Grundbesitzern bzw. Pächtern ab. Den Anlaß zu diesen Kämpfen gab die tyrannische Haltung gewisser Grundbesitzer, die Bestrebungen zur Organisation der Landarbeiter durch Maßregelungen, Entlassungen und Wohnungsvertreibungen zu verhindern suchten. Diese Verwegungen lenkten die öffentliche Aufmerksamkeit auf die in letzter Zeit sehr energische Tätigkeit des Landarbeiterverbandes, und die Arbeiter antworteten mit der Forderung von allgemeinen Lohnerhöhungen und des freien Sonnabendnachmittags. In Essex befinden sich jetzt schon etwa 1000, in Northamptonshire etwa 500 Landarbeiter in Streik, und die Bewegung droht sich weiter auszudehnen. Auch in der Grafschaft Herefordshire in Südwestengland hat eine ernste Lohnbewegung begonnen. Das Parlamentarische Komitee des Gewerkschaftskongresses hat dem Landarbeiterverband, der jetzt 25 000 Mitglieder zählt, 3000 M. zur Verfügung gestellt; verschiedene Berufsverbände dürften diesem guten Beispiel folgen.

Kleines Feuilleton.

Wehrbeitrag. Ein alterer Genosse ging mit mir spazieren. Es geht ihm zurzeit sehr schlecht. Von seinen beiden Söhnen, die früher das Fräulein zum Haushalt redlich mit beigetragen haben, kam der eine vor zwei Jahren zu einem Kavallerieregiment und der andere voriges Jahr zur Infanterie. Wir sprachen von diesem und dem und kamen auch auf den Wehrbeitrag. Mein alterer Freund wurde ganz gegen seine sonstige Gewohnheit erregt. „Rensch!“ sagte er, „was machen die für'n Wehr mit ihrem Wehrbeitrag. Da soll die Kruppen sieben Millionen bezahlt haben. Man müßt ihr gleich 'n Denkmal setzen von wegen die paar Bimperlinge, was die sieben Millionen für sie sind. Ich hab' mehr an Wehrbeitrag bezahlt und zahl' in die nächsten anderthalb Jahr noch mehr als die Kruppen — im Verhältnis natürlich.“

„Wie so?“ fragte ich. „Wie so?“ entgegnete mein Freund, „na hoch mal zu und reden die's nach. Reine Jungens haben jeder die Woche an die dreißig Mark verdient. Die sind für drei und zwei Jahre schon mal weg. Wenn's Urlaub gibt, wollen sie kommen. Ich sag, das ist recht so. Sie kommen dann mal wieder unter Menschen und für 'n paar Tage prägen sie sich wieder ein, wo sie hingehören, als Arbeiter.“

„Na, die Urlaubsdreie zählt ja jetzt, wenigstens eine Fahrt, soviel ich weiß, die Militärbehörde.“ sagte ich.

„So siehst Du aus!“ antwortete mein Freund. „Die Jungens schreiben immer erst um das Fahrgeld, sie müssen es auslegen, und wenn sie vom Urlaub zurück sind, dann kriegen sie's erst in der Kaserne wieder. Aber ich krieg' es nicht wieder. Das kannste Dir denken. Ich kann's ja den Jungens nicht verdenken; was die Löhnung ist, das ist ja doch nur 'n Bettel. Dann schickt Mutter alle paar Wochen an die Jungens ein Paket und eine oder zwei Mark Kredit sie mit mang. Das sagt sie nicht; aber ich wech' et. Dann kommt noch dies und dei. Kost immer Geld. Und nu rochen Dir mal zusammen, was dat in die drei und zwei Jahr' ausmacht? Du wech, meine Laube, wo id' hatte, ist druff gegangen, die paar Bimperlinge, wo man uff der Sparflasse hatte, sind bald alle. Die Jungens haben mich, Du kannst et glauben oder nicht, mit dem Wehrberdienst, der ihnen entgangen ist und der uns 'n bißchen in die Höhe gebracht hatte, schon gut an die viertausend Mark gekostet und sie kosten mich noch mehr in die anderthalb Jahre, wo sie noch beim Kommi sind. Siechte, das is mein Wehrbeitrag, meiner von einem Arbeiter, der wödentlich noch keine fünfundsreißig Mark rauskriegt. Das is mehr im Verhältnis, als die Kruppen zahl. Und die hat von die Sache noch ihren Profit — je mehr Soldaten, desto besser geht dat Geschäft bei ihr. Bei uns Arbeiter aber is dat anders — je mehr Soldaten, desto mehr Steuern und desto schlechter dat Geschäft, und schließlich kriegen wir noch von die Jungens, wo wir beim Kommi haben und für die wir unseren Wehrbeitrag zahlen müssen, uff Kommando ne blaue Pohn in den Bauch gejagt. Na, wenigstens wat Warmes und der Dank vom Staat für unseren Wehrbeitrag an Geld und an unsern Kindern!“

Ein künstlerischer Film. Die Theoretiker des Kinos haben oft darauf hingewiesen, daß der Film seiner Natur nach für die Wiedergabe belebter Schattenbilder besonders geeignet wäre. In der Praxis aber sind Versuche bisher fast gänzlich herabgetreten. Das liegt wohl daran, daß jedes Nimmern der Mäander um so störender wirkt, wenn alle Helligkeitsunterschiede fortfallen und nur der scharfe Kontur des Schattenbildes gegen den helleren Hintergrund steht. Die Technik hat heute auch diese Schwierigkeit überwunden. Das zeigte ein Schattenpiel, das die Kontinental-Kunstfilm-Gesellschaft dieser Tage herausgebracht hat. Rechtsanwält Wittgenstein und Privatdozent Dr. Michler in Braunschweig sind die Begründer der „Braunschweiger Schattenspiele“, zu denen auch das reizende Märchen „Die verzauberte Alde“, von Winter Clausen eingerichtet, gehört. Es ist nicht der Inhalt des Spiels, der so fesselt, — dieser ist sogar wenig originell — sondern die entzückende Grazie der reinen Bewegung. Man glaubt, Konstantin Schattenspiel zum „Sommerhochström“ oder Heinrich Wolf's Erzählungen einer kleinen Schere seien plötzlich lebendig geworden. Hier eröffnet sich ein ausföhrreicher Weg für die Kinetographie, hier ist ganz offenbar ein wenn auch kleines Gebiet gefunden, wo sich Kino und Kunst wirklich miteinander versöhnen können.

Die Angst vor dem Militärstaat. In ihren Lebenserinnerungen schildert Beria von Suttner, wie es ihr erging, bis sie ihren Roman „Die Waffen nieder“ an die Öffentlichkeit brachte. Es war ihr nicht bange; mehrere Wälder hatten sie gebeten, Manuskripte einzuschicken, und die große Wochenchrift, die ihre früheren Arbeiten gebracht und ihr nie etwas abgelehnt hatte, würde wohl auch dieses Manuskript annehmen. Zuerst schickte sie es ein. Ihr Staunen war nicht gering, als die Antwort einlief: „Gnädige Frau! Mit Bedauern sehen wir uns veranlaßt, Ihnen das (hier einige Komplimente) Manuskript zurückzuschicken. Große Kreise unserer Leser würden sich durch den Inhalt verletzt fühlen.“ So versuchte sie es denn bei einer anderen Redaktion; dasselbe Resultat. Und noch bei einigen: einstimmig abgelehnt! In einer der mit mehr oder weniger Höflichkeit überzuckerten Antworten hieß es: „Trotz aller dieser Vorzüge ist es ganz ausgeschlossen, daß der Roman in einem Militärstaat veröffentlicht werde.“ Sie verzichtete also auf den Zeitungsabdruck und beschloß den Roman als Buch erscheinen zu lassen, und sie schickte das vielgeleitete Manuskript an ihren reichdeutschen Verleger.

Der zögerte lange; der Roman schien ihm zu gefährlich. In Deutschland ging man gerade streng gegen alle Schriften vor, die eine Auflehnung gegen bestehende Institutionen enthielten. Der Verleger rief, das Manuskript einem erfahrenen Staatsmann zur Durchsicht zu geben mit der Bitte, alles zu streichen, was Anstoß erregen könnte. Wegen dieser Zumutung schrieb sie entrißet auf. Eine Arbeit, mit der sie sich allen Groll und allen Schmerz von der Seele geföhrt hatte, die ihr die geheiligte „bestehende Institution“ des Krieges eingegeben hatte, eine Arbeit, die, was immer ihr Wert oder Unwert sei, doch das eine Verdienst hatte, heiß empfunden und rückhaltlos aufrichtig zu sein, auf diplomatisch-opportunistische Weise zuzustupfen zu lassen, sie nach den Regeln der verächtlichsten aller Künste, nämlich der Kunst, es allen recht zu machen, umzumodeln: nein, lieber in den Ofen damit! So möge sie wenigstens den Titel ändern, schlug der Verleger vor. Nein!

Der Titel umfasse in drei Worten den ganzen Zweck des Buches; auch an ihm dürfe keine Silbe geändert werden. Nach diesem Ultimatum fügte sich der Verleger; der Roman erschien und hatte den Erfolg, den wir kennen.

Die Metterin. Der Fürst von Albanien ist kein verlorenener Mann. Einem Wiener Blatt wird aus Graz folgendes berichtet: Eine Bestellung, die wegen der Person des Auftraggebers besonderes Interesse erregt, wird dieser Tage abgeliefert werden. Es ist dies eine Ziehharmonika, die der Fürst von Albanien bei einer Grazer Firma bestellt hat. Sie wurde nach seinen eigenen Angaben angefertigt.

Die Lieferung preßiert, denn der Abzet wird auch bald geliefert sein. Er hat mit den Aufständischen einen kurzen Waffenstillstand geschlossen. Sie geben ihm noch einmal Luft, bevor sie ihm die Kehle vollends zuzuhären. Das „Konzert“ der Mächte läßt sich nicht erweichen, und der Fürst wird seine letzte Zuflucht zu der Ziehharmonika nehmen müssen. Er soll „auf ihr“ ein Virtuoso sein.

Die amerikanischen Varietés engagieren jetzt vielfach als erste-klassige Attraktion Männer, die im Staatsleben eine größere Rolle gespielt haben und von sich reden machten. In keine m Lande ist der Fürst Wilhelm nur mehr eine Kull, aber auf der Varietésbühne wird er mit seiner Harmonika eine Nummer bedeuten, die ziehen wird, wie wenige mehr.

Notizen.

— Die erste Million Pagarbilger wurde am Donnerstag — also innerhalb sieben Wochen — vollzählig.

— Theaterchronik. Die Sacke-Oper in Schiller-Theater O. beginnt ihre diesjährige Spielzeit mit Richard Wagner's „Lohnhäuser“. Inszeniert wird das Werk von Leopold Wagner, musikalische Leitung: Oskar Braum. Die Titelmelodie singt Otto Fenzler.

— Märktliche Steingzeit. Eine Siedlung aus der Steinzeit wurde am Göttinger See bei Reutöplitz aufgedeckt. Ihr Alter wird auf 5000 Jahr geschätzt.

— Der Dürerbund hat seit Jahr und Tag einen Prozeß gegen Angriffe geführt, die ihm vorwarfen, er mache unter dem „Dachmantel der Gemeinnützigkeit“ Privatgeschäfte. Den Prozeß gewann er, und jetzt hat er seine Art anlässlich einer Steuerangelegenheit auch obrigkeitlich prüfen lassen. Das schärfste Finanzministerium hat ihm bestätigt, daß er „ausschließlich gemeinnützige Zwecke“ verfolge.

— Der umherziehende Scherenschleifer ist in Amerika auch dem Zuge der Zeit gefolgt und hat sich den Automobilmotor dienstbar gemacht. Die „Umkehr“ berichtet darüber: Ist auch das Gefährt äußerst primitiv, so gestattet es ihm doch, daß er, anstatt den Karren selbst schieben zu müssen, stolz auf seinem Sige thronen kann, während der Motor den Wagen fortbewegt. Besitzt er Gegenstände zu schleifen, so schaltet er den Motor auf die Arbeitspindel um. Er kann also jetzt seine ganze Aufmerksamkeit der Schleifarbeit widmen, während er früher noch die Bewegung des Schleifsteins durch Treten mit dem Fuße bewirken mußte. Neben größerer Schnelligkeit zeichnet sich deshalb die gelieferte Arbeit durch größere Güte aus als früher.

— Für Amundsen's Nordpolfahrt hat das norwegische Storting einen Kredit von 200 000 Kronen bewilligt.

Der große Beuthener Mädchenhändlerprozess.

(Telegraphischer Bericht.)

Beuthen, 26. Juni.

Der große Beuthener Mädchenhändlerprozess gegen den Agenten Samuel Lubelski aus Ryslowitz hat heute vor dem ersten Strafhammer des hiesigen Landgerichts begonnen. Er hat schon einmal, im Februar, das hiesige Gericht beschäftigt und endete mit der Verurteilung Lubelskis wegen versuchten Mädchenhandels, Kuppelei, Beregens gegen das Auswanderungsgesetz und Verletzung in zwei Fällen zu insgesamt 9 Jahren Zuchthaus und 12 000 M. Geldstrafe. Wegen dieses Urteils legte Lubelski Revision beim Reichsgericht ein. Das Reichsgericht hat am 15. Mai das Urteil zum größten Teil und die Verurteilung zu einer so hohen Strafe insgesamt aufgehoben.

Der Hintergrund, der gerade diesem Mädchenhändlerprozess ein so weitgehendes allgemeines Interesse gibt, ist der schwunghafte Auswanderererschmuggel, den eine Reihe von sogenannten Grenzmachern an der Dreiländergrenze betreiben. Sie haben es sich zur Aufgabe gesetzt, die russischen Auswanderer, die nach Amerika auswandern wollen und auf diesem Wege deutsches Gebiet passieren müssen, zu unterstützen und ihnen, auch wenn sie keinen Paß besitzen, die Auswanderung aus Russland zu ermöglichen. Da sie sich für ihre Dienste von jedem Auswanderer ein paar Rubel geben lassen, so ist das Einkommen der besonders geschickten Grenzmacher ungeachtet der ungeheuren Auswanderung aus Russland naturgemäß ein sehr großes, und der Angeklagte Samuel Lubelski galt lange Zeit hindurch als der bei weitem geschickteste und bekannteste aller Grenzmacher. Obwohl ihm der händige Aufenthalt in Ryslowitz vom Regierungspräsidenten in Oppeln verboten war, wohnte er doch in Ryslowitz in einem jüdischen Hotel bei einem Speisewirt Sohn, mit dem er aber nach seinem Wegzug in Dissenau geriet. Der eigentliche staatlich konzeptionierte Auswanderungsagent in Ryslowitz ist der Speisewirt Max Weichmann, der zugleich Vertreter der Hamburg-Amerika-Linie und des Norddeutschen Lloyd in Ryslowitz ist. Dieser Weichmann wiederum geriet in Streit mit einem Grenzmacher Orazi Goldberg aus Ruffisch-Polen, und zwar deshalb, weil Goldberg die russischen Auswanderer nicht den genannten beiden deutschen Schiffahrtsgesellschaften, sondern der österreichischen Canadian Pacific-Gesellschaft zuführte. Im Laufe dieser Differenzen erkrankten Sohn und Goldberg gegen Lubelski Anzeige wegen Mädchenhandels, und Lubelski wurde im Mai 1913 verhaftet.

Zufällig befanden sich fast in jedem russischen Auswanderertrupp eine Reihe junger hübscher Mädchen, mit denen nach den Feststellungen des ersten Urteils Lubelski einen umfangreichen Handel getrieben hat. Er soll einmal in Verbindung gestanden haben mit russischen Agenten, die ihm die Mädchen zuführten, und auf der anderen Seite mit Vertretern südamerikanischer Fremdenhäuser, in die die Mädchen auf diese Weise verschleppt werden sollten.

Das erste Urteil stellte fest, daß ein Teil der Mädchen freiwillig sich nach Südamerika hat verabschieden lassen. Ein anderer Teil aber soll zur Auswanderung durch falsche Vorspiegelungen verleitet worden sein. Aus diesem Grunde ist das Gericht zu einer Verurteilung Lubelskis wegen Kuppelei und im einheitlichen Zusammenhang damit wegen Mädchenhandels gekommen. Weiter hat das Gericht angenommen, daß Lubelski, um sein dunkles Gewerbe zu verheimlichen, zwei Polizeibeamte, und zwar den Polizeikommissar Seltz und den Wardenman Ranek bestochen hat.

Das Reichsgericht hat gesagt, daß die Verurteilung wegen Mädchenhandels aus Mangel an ausreichendem Material unbegründet gewesen sei, dagegen hätten die Feststellungen für eine Annahme der Kuppelei genügt. Trotzdem hat das Reichsgericht auch hier eine Neuprüfung aller zugrunde liegenden Tatsachen angeordnet. Die Verteidigung des Angeklagten will nachweisen, daß die Annahme, Lubelski habe mit russischen Mädchenagenten und südamerikanischen Vorbereitern in Verbindung gestanden, auf einer böswilligen Phantasie der Zeugengruppe Goldberg-Sohn beruhe und daß Lubelski tatsächlich nichts anderes ist als ein allerdings sehr bewandertes Grenzmacher. Zu der Verurteilung wegen Kuppelei hat das Reichsgericht erklärt, daß die Verurteilung an sich einwandfrei erfolgt ist.

Trotzdem hat das Reichsgericht aber erklärt, daß es für die Frage des Strafmaßes nicht gleichgültig sei, zu welchem Zweck die Polizeibeamten bestochen worden sind. Daher muß auch in dieser Frage sehr genau verhandelt werden. Die Korinthis hat allein wegen dieser beiden Verurteilungen auf eine Gefängnisstrafe von 8 Jahren erkannt und wegen des Beregens gegen das Auswanderungsgesetz, das darin gesehen wurde, daß Lubelski nicht den erforderlichen Erlaubnisschein als Auswanderungsagent besaß, auf 9 Monate Gefängnis und 6000 M. Geldstrafe. Das Reichsgericht hat erklärt, daß auf so hohe Strafe offensichtlich nicht erkannt werden wäre, wenn das Gericht nicht in Lubelski einen gewerbsmäßigen Mädchenhändler erblickt hätte.

Die Sensation des ersten Prozesses bildeten die Angriffe, die gegen den konzeptionierten Auswanderungsagenten Weichmann

ausgesprochen wurden. Es wurde behauptet, daß Weichmann, der Mitglied der Handelskammer ist und sich in der dortigen Gegen eines großen Ansehens erfreut, das Treiben mit Lubelski begünstigt habe. Auch die Stimmung des Gerichts gegen Weichmann war demnach scharf, daß Weichmann wegen Verdacht der Begünstigung des Lubelskischen Treibens in Haft genommen wurde. Aus der Haft ist Weichmann bald wieder entlassen worden. In der Folge aber wurde gegen ihn und einen seiner Angehörigen wegen Kuppelei und Beihilfe zum Mädchenhandel ein Strafverfahren eingeleitet, das aber noch nicht beendet ist. Der Untersuchungsrichter will jetzt erst das Ergebnis der Verhandlung gegen Lubelski abwarten, ehe er sich über eine eventuelle Einstellung schlüssig macht.

Den Vorsitz in der Verhandlung führt Landgerichtsdirektor Lamba, die Anklage vertritt Erster Staatsanwalt Tschewitscher, die Verteidigung führt Rechtsanwalt Patzelt-Beuthen und Rechtsanwalt Dr. Alsbere-Beuthen.

Der Angeklagte Samuel Lubelski ist jetzt 45 Jahre alt und ist in Niwka bei Wladimir in Rußisch-Polen geboren. Er ist russischer Staatsangehöriger und betreibt das Auswanderungsgeschäft seit 17 Jahren und zwar zunächst von Warschau aus, bis er 1910 wegen dieser in Russland verbotenen Tätigkeit auf administrativem Wege nach Archangel'sk verschifft wurde. Von dort entfloh er und kam nach Ryslowitz, während seine Familie während dieser ganzen Zeit in Jenzow, einem galizischen Dorf in der Nähe der preussischen Grenze, verblieb. Sein großes Organisationstalent und die wichtigen Verbindungen, die er sich durch seine langjährige Tätigkeit in Russland verschafft hatte, verschafften ihm den weitaus größten Teil des Auswanderungsgeschäfts. Jeder Auswanderer soll an ihn 12 Rubel Grenzgeld gezahlt haben. Er verdiente jährlich durchschnittlich etwa 40 000 M. und auch seine Unterschmuggler hatten beträchtliche Einnahmen. Durch die Zunahme des Auswanderungsgeschäfts über Ryslowitz hinaus naturgemäß auch die Einnahmen der von Weichmann vertretenen Schiffahrtsgesellschaften.

Der Angeklagte bestreitet ganz entschieden, Mädchenhändler zu sein und wehrt sich heftig gegen die Anklage, die ihm eine jahrelange und sehr umfangreiche Tätigkeit auf diesem Gebiet vorwirft und ihm zum Vorwurf macht, mitgeholfen zu haben, die in jedem Auswanderertrupp sich aufhaltenden jungen, hübschen jüdischen Mädchen abzusondern und in argentinische Fremdenhäuser zu bringen.

Als Sachverständiger für die Frage des Mädchenhandels ist von der Staatsanwaltschaft der Grenzkommissar Polizeirat Wädler geladen worden, während die Verteidigung als Sachverständigen für diesen Punkt den Degenerenten für Mädchenhandel im Berliner Polizeipräsidium, Kriminalkommissar Dr. Kopp, geladen hat. Die Zahl der geladenen Zeugen beträgt etwa 80; ein großer Teil davon stammt aus Rußisch-Polen und ist der deutschen Sprache nicht mächtig, so daß ihre Vernehmung mit Hilfe eines Dolmetschers durchgeführt werden muß.

Die Zeugen setzen sich aus allen Bevölkerungsklassen und aus vier Nationen zusammen: Deutschen, Österreichern, Russen und Polen. Unter ihnen befinden sich österreichische Gendarmen und Grenzschützer in ihren schmutzigen Ledersachen Uniformen und böhmische Bauern und Bäuerinnen mit ihren schreiend bunten Kleidern und grellfarbigen Tüchern sowie russische Schmuggler und vor allem eine große Zahl preussischer Grenz- und Polizeibeamter. Außerdem ist der Bürgermeister von Ryslowitz Dr. Feuler als Zeuge geladen, der in der Stadtvorordnetenversammlung von Ryslowitz gegen die Feststellung des ersten Urteils, Ryslowitz sei ein

Dorado für den internationalen Mädchenhandel,

scharfste Verwahrung eingelegt hat. Der Hauptbelastungszeuge Goldberg fehlt, und mit ihm eine ganze Reihe ausländischer Zeugen. Einzelne ausländische Zeugen haben ihre Frauen geschickt, die dem Gericht die Erklärung abgeben, ihre Männer lämen nicht, weil sie befürchten müßten, beim Ueberschreiten der preussischen Grenze verhaftet zu werden.

Verteidiger Dr. Alsbere-Berlin bittet auch, in eine Ergänzung der Beweisaufnahme einzutreten über die Frage der

Bestechung.

Wenn das Reichsgericht die getroffenen Feststellungen auch als genügend erachtet hat, so ist es doch für das Strafmaß von Wichtigkeit, zu erfahren, in welchem Umfange und aus welchen Motiven der Angeklagte Polizeibeamte bestochen hat. Das erste Urteil hat angenommen, daß der Angeklagte die

Polizeibeamten bestochen

hat, um seinen Mädchenhandel zu verbergen. Es wäre doch ein Umstand, wenn jetzt eine Verurteilung wegen Mädchenhandels nicht mehr erfolgen könnte und wenn die Bestechung von Polizeibeamten zur Duldung des Mädchenhandels beitragen würde. — Vorstehender: Wegen neuer ergänzender Feststellungen ist nichts einzuwenden. Aber die einmal getroffenen Feststellungen können wir nicht erschüttern. — Rechtsanwalt Dr. Alsbere: Die Verteidigung steht auf dem Standpunkt, daß nicht der Angeklagte an den Polizeikommissar Seltz herangetreten, sondern daß umgekehrt der Polizeikommissar Seltz an den Angeklagten herangetreten ist.

Es ist doch etwas ganz anderes, ob man einen Beamten zu Pflicht-

widrigkeiten erst verleitet, oder ob der Angeklagte selbst an jemand herantritt.

Bevor in die Vernehmung des Angeklagten eingetreten wird, beantragt Erster Staatsanwalt Tschewitsch den

Ausschluß der Öffentlichkeit,

und zwar für die Dauer der ganzen Verhandlung. Es handelt sich nur um Mädchenhandel und Kuppelei, also um Delikte, deren öffentliche Erörterung der öffentlichen Sittlichkeit schwere Gefahren zufügen würde. Im Laufe der letzten Verhandlung bildete der Mädchenhandel das Tagesgespräch von Beuthen und es wurde sogar ein Film gezeigt, der den Namen trug: „Der Mädchenhändler“. Das wollen wir diesmal vermeiden. Verteidiger: Wir widersprechen dem Ausschluß der Öffentlichkeit entschieden. Das öffentliche Verfahren ist ein Grundrecht des Angeklagten, und auf dieses Grundrecht darf nur in Ausnahmefällen verzichtet werden. Gerade in diesem Falle hat der Angeklagte ein dringendes Interesse an der öffentlichen Verhandlung. Er ist in öffentlicher Verhandlung verurteilt worden und hat nun ein Interesse daran, daß jetzt in voller Öffentlichkeit die ganze Wahrheit an den Tag kommt. Im vorliegenden Falle hat der Angeklagte nun ein ganz besonderes Interesse an der öffentlichen Verhandlung. Die Öffentlichkeit ist geschaffen worden als Kontrolle für die Tätigkeit des Gerichts und die Aussagen der Zeugen. Die Zeugen werden ganz anders aussagen, wenn sie wissen, daß ihre Aussagen von der Öffentlichkeit kontrolliert werden.

Das Gericht beschließt nach kurzer Beratung, die Öffentlichkeit während der ganzen Verhandlung wegen Gefährdung der Sittlichkeit auszuschließen.

Die Verhandlungen werden fünf Tage in Anspruch nehmen.

Der Ausschluß der Öffentlichkeit ist im Interesse einer Verhinderung des Mädchenhandels außerordentlich zu bedauern. Ein Interesse an einer geheimen Verhandlung mögen bestohene Beamte und Auswanderungsagenten haben. Das öffentliche Interesse erheischt vollste Öffentlichkeit.

Soziales.

Aus der bergbaulichen Unfallstatistik.

Nach dem soeben veröffentlichten Bericht der Sektion II der Anapropäthikergesellschaft waren im Jahre 1913 im Oberbergamtsbezirk Dortmund in 271 Betrieben 401 042 Personen beschäftigt. Davon entfallen 307 794 auf Steinkohlengruben, der Rest verteilt sich auf Eisenbergbau u. dergl. Die Zahl der Verletzten hat sich um 84 401 oder 9,38 Proz. gegen das Vorjahr vermehrt.

Im Laufe des Jahres wurden 66 381 Unfälle (59 563 im Vorjahre) angemeldet. Die wenigsten Unfälle (15,11 Proz.) ereigneten sich an den Montagen, die meisten an Sonnabenden (17,09 Proz.). Von den Monaten steht der März mit 9,07 an der Spitze und der Januar mit 8,61 Proz. am Schluß.

Im Berichtsjahre hat sich kein Massenunfall ereignet und die Zahl der Schlagwetter- und Kohlenstaubexplosionen ist erheblich geringer, nämlich 9 gegen 21 im Jahre 1912, 32 im Jahre 1911, 37 im Jahre 1910, 19 im Jahre 1909 und 30 im Jahre 1908. Von den 9 Explosionen im Jahre 1913 wurden 27 Arbeiter auf 8 Felsen betroffen.

Sehr erheblich war die Zahl der Unfälle durch Stein- und Kohlenfall, die fast ein Drittel sämtlicher Unfälle ausmachten. Von den 66 381 Unfällen waren 1038 (1038 tödlich, 4890 (4812) schwer und 60 453 (58 683) leicht.

An Unfallentschädigungen sind insgesamt 13 015 072 M. (126 768,39 M.) gezahlt worden; darunter befanden sich 8 320,88 M. an in Italien wohnende Rentempfänger und 126 768,39 M., die an Oesterreicher in ihrer Heimat ausgezahlt wurden. Die Gesamtzahl der Rentempfänger betrug 41 478.

Die von den industriellen Betrieben aufzubringende Umlage betrug 14 764 644,72 M. oder 36,82 M. auf den Kopf des Versicherten.

Wenn irgend etwas unüberleglich beweist, daß die Unfälle vielfach durch die übermäßige Antreiberei und Ueberanstrengung verursacht werden, so ist es die Tatsache, daß nach dem sonntäglichen Ruhetag die wenigsten Unfälle zu verzeichnen sind.

Welch günstige Resultate könnten erzielt werden, wenn die jede Ueberlegung raubende Jagd nach Kohlen auf ein vernünftiges Arbeitsmaß zurückgeführt würde.

Daß die Kohlenstaub- und Schlagwetterexplosionen durch hinreichende Wetterführung und genaue Verhaftung auf ein geringes Maß reduziert werden können, beweist gleichfalls die Statistik. Die Unfälle bei Stein- und Kohlenfall sind leider fast auf der gleichen Höhe geblieben, weil eben die Rekordleistungen geradezu die Unfälle verursachen.

Die Bergwerksbesitzer sind eben noch allzusehr bestrebt, daß Deutschland in der Unfallzahl aller Welt voran ist und bleibt.

Unsern bisherigen Bezirksleiter
Karl Jähne
und Genossen
Vaua Jendryeowski
zur Hochzeitsfeier die herzlichste
Gratulation.
Die Genossen u. Genossinnen
des Bezirks 799a.

Todes-Anzeigen

**Sozialdemokratischer Verein
i. d. 1. Berl. Reichstags-Wahlkreis.
Nachruf.**
Am Freitag, den 19. Juni, verstarb unser Mitglied, der Kaufmann
Ludwig Blankenburg
Hollsteiner Ufer 16.
Ohre seinem Andenken!
204/3 Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht,
daß unser Mitglied, der Drechsler
Richard Birth
Nablonstr. 10, am 23. d. Mts.
am Gehirnschlag gestorben ist.
Ohre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet Sonntag,
den 27. Juni, nachmittags
4 Uhr, von der Leichenhalle des
St. Nikolai-Kirchhofes in der
Brenzlauer Allee aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
121/3 Die Ortsverwaltung.

Statt besonderer Anzeige.
Dienstagabend 8^{1/2} Uhr verschied nach langem,
schwerem Leiden mein innigstgeliebter Mann und guter
Vater, Sohn, Bruder und Schwiegersohn, der Optiker
Otto Henning
im vollendeten 30. Lebensjahre.
Dies zeigen tiefbetrubt an
**Marie Henning geb. Schubert,
Rudolf Henning nebst Frau,
Max Henning,
Gustav Schubert nebst Frau.**
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 28. Juni,
nachm. 2 Uhr, von der Leichenhalle des Neuköllner Ge-
meinde-Friedhofes (Mariendorfer Weg) aus statt.

**Deutscher
Transportarbeiter-Verband.**
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Den Mitgliedern ferner zur
Nachricht, daß unser Kollege, der
Drechslerführer
August Tschierschke
am 22. Juni im Alter von
71 Jahren verstorben ist.
Ohre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Sonntag, den 27. Juni, nach-
mittags 1 Uhr, von der Leichen-
halle des Gemeinde-Friedhofes in
Friedrichshagen aus statt.

Nachruf!
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege, der Drechsler-
führer
Gottlieb Langmann
im Alter von 63 Jahren ver-
storben ist.
Ohre seinem Andenken!
66/3 Die Bezirksverwaltung.

**Volks-Feuerbestattungs-Verein
Groß-Berlin.**
Am 23. d. Mts. verstarb unser
Mitglied, der Steinbildner Herr
Lorenz Bösel
Berlin, Rosenthaler 13.
Die Einäscherung findet heute
nachmittags 5 Uhr im Krematorium
statt.
Rege Beteiligung erwartet
286/18 Der Vorstand.

Am 25. d. Mts. verstarb nach
langer, schwerer Krankheit im
35. Lebensjahre meine innigstgeliebte
Frau und treusorgende Mutter
Emma Bothur.
Dies zeigen tiefbetrubt hiermit
an die trauernden Hinterbliebenen
Franz Bothur,
Goltstr. 13.
Die Beerdigung findet Montag,
den 29. Juni, nachmittags 4 Uhr,
von der Halle des II. Schöne-
berger jüdischen Friedhofes,
Blanke Dölle, aus statt. 144/1

Dankjagung.
Für die Beweise herzlichster Teil-
nahme bei der Beerdigung meines
unvergesslichen Mannes und unseres
Vaters 1904
Karl Abert
lagen wir allen Verwandten, Freunden
und Bekannten unseren herzlichsten
Dank.
Luise Abert
nebst Kindern.

1 Mark
wöchentliche Teilzahlung
höfere eleganter
**Herren-
Moden**
fertig und nach Maß!
**Julius
Fabian**
Schneidermeister
Gr. Frankfurter Str. 37, II
Turmstr. 18, I, kein Laden
Kottbuser Strasse 14, nur
2. Etage.
Vorsieger dieser Annoncen
erhält 5 Prozent
Rabatt!

Westmann
Mohrenstrasse 37a
Gr. Frankfurter Str. 115
SCHLUSS
des
Saison-Ausverkaufs
Um mit meinen Saison-Vorräten
total zu räumen, verkaufe ich
mit Preisermäßigung bis
50, 60, sogar 75%
Beste Lodenanzen, echt holsteinische
Qualitäten . . . statt bis 120,- für 90,-
Gediegene Lodenmäntel
statt bis 24,- für 18,-
Wasserdichte Lodenkostüme, echt
Neum.Fabrikat statt bis 45,- für 22,-
Gummijamäntel, wasserdicht
statt bis 35,- für 15,-
Echt engl. Gummimäntel mit Origin.
Eliketten . . . statt bis 35,- für 18,-
Reinsidene Gummimäntel,
200 Gramm schw., statt bis 75,- für 33,-
Seidene Russenblusen + Jackette
statt bis 35,- für 14,-
Frotté-Kostüme statt bis 25,- für 12,-
Aparte Modelkostüme in blau Kam-
gar, Foulé . . . statt bis 150,- für 45,-
Sportjackette, entstickende Fa. ben und
Fassons . . . statt bis 15,- für 8,-
Reiserober für 6,-, Mäntel für 9,-,
in weisse und farbige Kleider
statt bis 55,- für 21,-
Hocharte Seidenplüsch-Mäntel,
Seals etc. . . statt bis 185,- für 98,-
Echte Pelzmäntel (echte Felle)
statt bis 285,- für 138,-
Sonntag von 8-10 geöffnet.

Metallbetten, modern, Kinder-
bett (postbillig), Zwirn, Quiltschiff,
Joffenertrage 10. 81/4" 88, Hof parterre. 85/12

Kinder-Ferienspiele.

Während der Sommerferien vom 6. Juli bis einschließlich 8. August d. J. wird die Deputation für das städtische Turn- und Laberwesen, wie im Vorjahre, werktäglich vormittags von 9 bis 12 Uhr und nachmittags von 3 bis 7 Uhr auf folgenden Spielplätzen und Schulhöfen Bewegungsspiele für Gemeindeschulkinder veranstalten: I. Am Urban (Spielplatz), 2. Bremer Str. 29/32 (Spielplatz), 3. Paul-Henze-Straße (Spielplatz), 4. Wasserfortstr. 31 (112. und 120. Gemeindeschule), 5. Reichenderger Str. 181/182 (145. und 151. Gemeindeschule), 6. Bromberger Str. 13/14 (57./98. Gemeindeschule), 7. Blumenstr. 77 (V. Gieselschule), 8. Ederstr. 16 (958. und 271. Gemeindeschule), 9. Datziger Str. 23 (162./197. Gemeindeschule), 10. Kaphaniendamm 82 (15./171. Gemeindeschule), 11. Straßlunder Str. 34 und Bernauer Str. 89/90 (61./148. und 36. Gemeindeschule), 12. Auguststr. 67/68 (45. Gemeindeschule), 13. Flugstraße 12 (111./188. Gemeindeschule), 14. Mühlplatzstr. 5/7 (10./106. Gemeindeschule), 15. Quirchstr. 115 (168./182. Gemeindeschule).

Außerdem werden während derselben Zeit auch auf den Spielplätzen außerhalb Berlins, und zwar in Blankenfelde I und II, Buch, Hohenhühnenhaußen-Wartenberg, im Plänterwald (Trepptam) und auf dem Spielgelände des Ausschusses der vier Berliner Turngare im Grünwald bei Fickamp, werktäglich Ferienspiele für die Gemeindeschulkinder abgehalten.

- Sammelplätze für die Kinder sind folgende Schulhöfe: I. für Blankenfelde I: 1. Reibelstr. 81/82, 2. Brenzlauer Allee 227/228, 3. Christburger Str. 14, 4. Gensfelderstr. 6/7, 5. Breitenhagenstr. 26, 6. Sonnenburger Str. 21, 7. Driefener Straße 22. II. für Blankenfelde II: 1. Gipsstr. 23a, 2. Straßlunder Straße 34, 3. Christianstr. 36/39, 4. Prinzen-Allee 8, 5. Stephanstraße 27, 6. Müllerstr. 158/159, 7. Oberberger Str. 57/59. III. für Buch: 1. Reffelstr. 3/4, 2. Warienstr. 107a, 3. Ederstraße 67, 4. Müllerstr. 48, 5. Schulstr. 90/100, 6. Putzstr. 23, 7. Pantstr. 20/22. IV. für Hohenhühnenhaußen-Wartenberg: 1. Rat-Luststraße 40, 2. Remeler Str. 25, 3. Große Frankfurter Str. 23, 4. Straßmannstr. 6, 5. Petersburger Str. 3, 6. Oltvoerstr. 19, 7. Schillerstr. 34/35. V. für Plänterwald: 1. Alte Jakobstr. 127, 2. Schmidstraße 38, 3. Dräger Str. 17/18, 4. Reichenderger Str. 131/132, 5. Brangelstr. 126, 6. Schleifschleier 4, 7. Koglerstr. 8. VI. für Grünwald: 1. Bremer Str. 13/17, 2. Waldenser Straße 20/21, 3. Turmstr. 86, 4. Levetzowstr. 36, 5. Derflingerstraße 18a, 6. Culinstr. 15, 7. Gneisenaustr. 7.

Leider ist der neue in Aussicht genommene Spielplatz in der Buchstraße noch nicht so weit fertiggestellt, daß er zu diesen Ferien in Benutzung genommen werden kann.

Die Kinder haben sich an den Spieltagen bis spätestens 7 1/2 Uhr auf einem der vorstehend aufgeführten Sammelhöfe einzufinden. Jedes Kind hat mindestens 20 Pf. als Beitrag zur Fahrt nach dem Außenspielplatz und die nötige Bekleidung mitzubringen. Die über 10 Jahre alten Kinder, die nach dem unter III aufgeführten Spielplatz Buch hinausgeführt werden wollen, haben als Fahrbeitrag mindestens 30 Pf. zu entrichten. Wenn mehrere Kinder derselben Familie diesen Außenspielplatz besuchen, ist der Oberleiter ermächtigt, 30 Pf., 20 Pf. und 10 Pf. Fahrbeitrag zu nehmen. Bei den übrigen Außenspielplätzen soll das dritte und weitere Kind derselben Familie unentgeltlich mitgeführt werden. Alle Kinder erhalten unentgeltlich auf den Außenspielplätzen mittags Suppe, dann einen halben Liter Milch und nachmittags Kaffee und zwei Schnecken.

Wie in den Vorjahren, so sollen auch in diesem Jahre für den Besuch der Außenspielplätze Freikarten bewilligt werden. In der Regel soll diese Vergünstigung nur solchen Kindern, die freie Mittagskost vom Magistrat erhalten, und ferner nur bei wirklich hochandener Bedürftigkeit, vor allem den Waisen, Halbwaisen, Pflegekindern und Kindern von Eheverlassenen gewährt werden. Anträge sind schon jetzt an die Schulleiter zu richten.

Die Kinder dürfen Trinkgeschäfte aus Glas oder Porzellan in keinem Falle mitbringen. Emaillebecher sind am praktikabelsten, weil sie unzerbrechlich sind. Auf den Außenspielplätzen können sich die Kinder nach Herzenslust tummeln. Frei von jedem lästigen Schulzwang geben sich die Kinder ungedungen dem Spiel und der Erholung hin und nach verhältnismäßig kurzer Zeit sind die bisherige Müdigkeit in bedäunlich gefärbte Kinder verwandelt.

Die Teilnahme der Kinder an den städtischen Ferienspielen kann im Interesse der Kinder nur bestens empfohlen werden. Nur mühte der Magistrat bei der Ausgabe der Freikarten recht freigebig sein, freigebiger, als er bisher immer war.

Ferienspiele des Turnvereins „Nichte“.

Wer in Arbeiterkreisen bekannte Turnverein „Nichte“ hält an den Feriensonnentagen für die in Berlin zurückbleibende Schuljugend die beliebtesten Kinderspiele ab. An den Sonntagvormittagen werden Turnerinnen und Turner die Kinder, Mädchen wie Knaben, von den Sammelstellen abholen und zu den Spielplätzen führen, wo sie mit Bewegungsspielen die Zeit bis zum Mittag ausfüllen. Nach Beendigung der Spiele wird mit fröhlichem Gesang der Heimmarsch angetreten.

Nähere Angaben erfolgen in der Freitag-Nummer nächster Woche.

Fichtelturnerinnen und -turner werden die ihr anderwärts Jugend vor jeder Gefahr bewahren.

Parteiangelegenheiten.

Präskommission.

Alle Zuschriften, die für die Präskommission bestimmt sind, sind zu richten an den Obmann, Genossen Gustav Häuser, Dieffenbachstraße 74.

Genosse Gustav Heinrichs, der bisherige Obmann, ist krankheitsbedingt aus der Präskommission ausgeschieden. Es wird gebeten, die neue Adresse zu beachten.

2. Kreis. Jugendsektion. Am 28. Juni findet eine Wanderung nach dem Flumental statt. Fahrt nach Tiefensee—Mittelsee—Gamenzand—Reffelsee—Giesdorfer Mühle—Bäcker- und Böyles—Straußberg. Treffpunkt 8 Uhr vor dem Dreiegener Bahnhof. Ab daselbst 8 30 Uhr. Proviant, Kocher, Decken sind mitzubringen. Gäste sind willkommen.

Vierter Wahlkreis. Die Jugendsektion des Südostens veranstaltet morgen Sonntag einen Ausflug: Girkowwerder—Grabowsee. Treffpunkt 7 Uhr morgens Görtiger Bahnhof (Sanitätswoche). Fahrgehalt 60 Pf. Lieberkühn und Kocher bitte mitbringen.

5. Abteilung. Am Sonntag, den 28. Juni, vormittags 9 1/2 Uhr, findet für die Genossen und Genossinnen der 5. Abteilung eine Besichtigung des Krematoriums in Trepptow-Waumschulenberg statt. Treffpunkt 9 1/2 Uhr bei Ede, Waumschulenbergstr. 14.

Lichtenberg: Jugendsektion. Sonntag, den 28. Juni, gemeinsamer Besuch des Sommerfestes in „Reinold Volksgarten“, Röhderstraße. Treffpunkt mittags 2 Uhr bei Widenbögen. — Unsere Jugendsektionssammlung findet nicht Dienstag, sondern Donnerstag, den 2. Juli, statt. Vortrag über Feuerbestattung. Referent: Genosse Trinks. Vereinsangelegenheiten.

Sonntag, den 5. Juli, Radepartie nach dem Vogelsdorfer See. Treffpunkt Ecke Frankfurter Allee und Niederbarnimer Straße. Abmarsch früh 5.30 Uhr, für Radfahrer 6.15. Silesischer Bahnhof, Ecke Madaistraße.

Wilmerdorf. Montag, den 29. Juni, abends 8 1/2 Uhr: Wahlvereinsversammlung im „Viktorgarten“, Wilhelmstraße 11. Tagesordnung: Der Massenstreik und die Staatsverhältnisse. (Zur bevorstehenden Urabstimmung.) Referent: Genosse Max Groger. Berichte von der Kreis- und Verbandsgeneralsammlung. Neuwahl des 1. Schriftführers. Kinderferienspiele. Parteiangelegenheiten.

Bris-Budow. Sonntag, den 28. Juni, nachmittags 5 Uhr, in Budow, im Saal von Klotz, öffentliche Versammlung. Vortrag der Genossin Demming: „Die Frau in ihrer wirtschaftlichen Stellung einst und jetzt.“ Die Brüder Genossinnen und Genossen werden um regen Besuch gebeten.

Berliner Nachrichten.

Die Sparbüchse.

Hans hatte seinen ersten Sechser gekriegt bekommen. Das war für ihn ein Vergnügen. Er baute Luftschlösser und quälte Müttern so lange, bis sie ihm eine blecherne Sparbüchse kaufte. Sei... als das Sechservermögen in dem engen Blechpaket verschwand und mit hellem Klängen aufschlug, bligten des kleinen Augen glänzend auf. Noch ein Weilchen ließ er den Sechser, der nicht wieder zum Vorschein kommen wollte, lustig in seinem Blechhause klappern und freute sich auf Vorlauf über den Zwischsch. Sechser auf Sechser fand sein stilles Plätzchen, manchmal war's auch ein Groschen. Taper verbiß sich Hans die Kindeslust, mal einen Sechser zu vernaschen. Wenn es so weiter ging, mußte er nach seiner kindlichen Auffassung sicher Millionär werden. Eines Tages war die Sparbüchse, als Hans wieder probieren wollte, verschwunden. „Ich habe sie eingeschlossen...“ hatte die Mutter mit abgewandtem Gesicht gesagt. „Na, Du kannst sie mir doch wenigstens mal zeigen, kannst sie mal schütteln“, bat Hanschen. Wieder drehte sich die Mutter um und brachte ihren Jungen auf andere Gedanken. Von nun an fragte er nicht mehr, brachte aber jeden Sechser, den er sich durch kleine Botengänge verdiente, treu zu Müttern. Die Monate schwandten. Da kam Hans im Juni, als die Rosen blühten und dufteten, froh erblut von der Schule angeführt. „Mutter, wir machen mit unserem Lehrer einen Ausflug... weit weg, mit dem Dampfer, hat er gesagt... wer eine Mark mitbringt, kann mitfahren. Vieles gutes Muttchen, gib mir die Mark aus meiner Sparbüchse!“ Erschrocken zuckte die Mutter zusammen. „Wann sollst Du die Mark mitbringen? Morgen, übermorgen? Ja doch, ja... ich gebe sie Dir... muß erst den Schlüssel zur Sparbüchse suchen...“ Hans jubelte und ging spielen. Wenn er wachte... nein, er darf es nicht wissen. Eine Mark, eine ganze Mark wollte der Junge haben, von seinem ersparten „Vermögen“, von seinem Eigentum, und es war doch kein Pfennig im Hause, nicht mal der erste Sechser mehr in der Sparbüchse. Vater war schon wochenlang arbeitslos. Was fragen da die hungrieren Mäulchen, wo das Geld herkommt. Essen wollen sie, essen... essen, sich satt essen. Und eines Mittags, als der Vater wieder erfolglos vom Arbeitsnachweis nach Hause kam und die Rot sich anklebte, hatte Mutter mit zuckenden Fingern nach der Sparbüchse des Jungen gegriffen. Ach, wie das schrillte, als der winzige Schlüssel ins Schloß fuhr! Als ob das kleine Blechgehäuse das Vermögen, von dem Hans reich zu werden träumte. Nein, es mußte sein. Geld kann man nicht essen... und der Junge wird ja nichts merken. Mehr als fünf Mark... das bringt über die größte Not für ein paar Tage hinweg. Wie auf einer Sünde ertappt, verborg Mutter die leere Sparbüchse in der tiefsten Ecke des Wäschechranks. Er darf ja nicht merken, der sparsame Junge, und vom Wochenlohn, den Vater heimbringt, wird bald die Büchse wieder gefüllt...

Nein, er hat nichts gemerkt, der Hans, als er acht Tage später seine Mark haben wollte. Er hat seine Mark, die Mutter hangenden Herzens zusammenborgte, richtig erhalten, hat seine Sommerfahrt mitmachen dürfen... für sein Geld.

Feldblumen.

Kun ist die Zeit wieder gekommen, daß in den Strahlenzügen der inneren Stadt von schwächlichen Kinderhänden keine Feldblumensträuße feilgehalten werden: Maden, Kornblumen und die weißen Sterne der Kamille. Viele Worte pflegen die kleinen Händler nicht zu machen. Nur ein Entgegenreden der bunten Blumenpracht macht sich bemerkbar, und wenn du dann aufmerksam geworden bist, erblickst du vielleicht noch einen schüchtern-verlegenen Blick aus stumm bittenden Kinderaugen.

Nicht weit her holen die dürftig genährten, barfüßigen Proletarierkinder ihre lachenden Sommerblumen. Wo draußen vor den Toren der Stadt noch ein Ackerfeld sein Leben fristet oder ein wenig degangener Wiesenzand sich hingießt, da heimt die kleine Gesellschaft ihre „Wara“ ein. Und sie kennen sich dort gut aus, wissen um die geheimmten Wege, wo sie kein Feldhüter und kein Gendarm erwischen kann, und haben mit großhändlerischer Stidigkeit diejenigen Stellen ausgespäht, an denen die bunte Pracht am üppigsten gedeiht.

Reist sind es Mädchen, die auf die „Blumenjude“ gehen. Klitz wie die Biesel hüpfen sie durch die sich nun bald gelb färbenden Palme. Ihre blonden Köpfe leuchten zwischen den Wehren. Ihre kleinen, braunen Arme bewegen sich eifrig auf und nieder. Und wenn sie einen stattlichen Busch beisammen haben, dann lachen die großen blauen Kinderaugen und die rot erhitzen Köpfe mit dem gezackten Mondhaar verjerten sich für Augenblicke, den süßen Duft der Pflanzen einsaugend, in die bunten Blumenwunder.

Rach werden am Wogrand die Blumen noch ein wenig zum Strauch geordnet und an den Stielen mit einem Grasfalm zusammengebunden. Man vergleicht die kleinen Sträuße miteinander, Scherz Worte fliegen her und hin, und das Kinderlachen will gar nicht mehr werden. Dann geht es der Stadt zu. Oft ist es ein ganz beträchtlicher Weg, eine halbe Stunde und megel Aber

die kleinen Hübe sind nicht so leicht matt zu machen. Proletarierkinder der Großstadt sind an Entfernungen gewöhnt. Aber das Glänzen, das inmitten der Felder die Sommerjonne um die blonden Mädchensteitel flucht, verblüht zusehend. Auch in den Augen verbunkelt der helle Schein. Die Schultern senken sich und die Arme führen mit schieliger Schwere ihre Bewegungen aus, als ob die Feldblumensträuße, welche die Hände halten, mit jedem Schritte zur drückenden Last würden.

Die Gruppen, in denen sie von den Feldern gekommen, haben sich aufgelöst. Einzelnen schreien sie nun ihren Weg. Die hageren Kermchen erscheinen gegenüber der bunten Blumenpracht noch dünner, noch abgezehrt. Schüchtern heben sich die Blicke zu den Vorübergehenden empor. Und nur ganz selten magt ein feines Blimmchen die schein Frage zu hauchen: „Sträußchen gefällig?“

Waltäferstation.

Eine dröhlige Namensbezeichnung soll eine Station der städtischen Nord-Südbahn erhalten. Das Garde-Füsilierregiment hat beim Magistrat beantragt, die in der Nähe der Kaserne liegende Station der Nord-Südbahn zur Erinnerung an die vollstimmliche Benennung des Regiments „Waltäferstation“ zu benennen. Der Magistrat hat dem Vorschlag der Verkehrsdeputation entsprechend beschloffen, der Station diese Benennung zu geben. Das Regiment der Waltäfer soll durch diese Bezeichnung vereiwigt werden. Danach muß angenommen werden, daß die Bezeichnung „Waltäfer“ von dem Regiment als eine besondere Ehrengabe betrachtet wird. Nun gibt es in Berlin noch andere Regimentsbezeichnungen. Diese Regimenter müssen sich ranhalten, damit die übrigen Stationen auch ihre Namen erhalten.

Die Berliner Biersteuer vor dem Oberverwaltungsgericht.

Vor dem 2. Senat des Oberverwaltungsgerichts wurde gestern die Verwaltungstreitfrage wegen der Berliner Bier- und Kinematographensteuer verhandelt.

Die Biersteuerordnung der Stadt Berlin vom 8. März 1913 ist, wie erinnerlich, durch die Entscheidung des Bezirksausschusses Berlin in erster Instanz für rechtsungültig erklärt worden, da der Begriff des Einbringens von auswärtigem Bier der erforderlichen Bestimmtheit entbehrt. Durch die Rechtsungültigkeit dieses Begriffes werden aber die Grundlagen der Steuerordnung derartig erschüttert, daß diese in vollem Umfang der Rechtsgültigkeit entbehrt. Der Bezirksausschuß ließ es infolgedessen dahingestellt sein, ob nicht aus sonstigen Momenten, insbesondere die Bestimmung über die Ausführungsvergütung oder die Verletzung auf Grund der Gleichmäßigkeit der Besteuerung dahin führen muß, der Ordnung die Rechtswirksamkeit abzuspreden. Der Berliner Magistrat hat gegen diese Entscheidung Revision eingelegt. Das Urteil des Oberverwaltungsgerichts in Sachen der Biersteuerordnung lautete: Die Entscheidung des Bezirksausschusses wird aufgehoben und die Sache an den Bezirksausschuß zurückverwiesen. Die Steuerordnung sei gültig, nur die Höhe der Steuerbeträge müßte der Vorderrichter nachprüfen.

Die Gültigkeit der Berliner Luftbarkeitssteuerordnung vom 8. März 1913 unterlag am Freitag ebenfalls der Nachprüfung des Oberverwaltungsgerichts als Revisionsinstanz, daneben noch die Unterfrage der Auslegung des § 4 Abs. 2.

Das Oberverwaltungsgericht wies zunächst gleich dem Bezirksausschuß die Klagen des Circus Busch auf Freistellung von 19 421 M. und von 6139 M. Luftbarkeitssteuer ab, und ebenso die Klage des Wintergartens auf Freistellung von 5510 M.

In den Sachen mehrerer Kinos (Cinémagesellschaft, Gulke um), wo der Bezirksausschuß im Hinblick auf § 4 Abs. 2 der Steuerordnung auf Freistellung erkannt hatte, hob das Oberverwaltungsgericht das Urteil des Bezirksausschusses auf und wies die Freistellungsansprüche dieser Kläger ebenfalls endgültig ab. In der Sache des Herrn Titius wurde auf Zurückverweisung an die Vorinstanz erkannt.

Vom städtischen Bestattungswesen.

Der Stadt Berlin unüberdige Zustände haben sich auf dem städtischen Friedhof in der Müller- Ede Seestraße herausgebildet.

Der städtische Friedhof grenzt an seiner einen Seite an den Friedhof der Philippus-Apostelgemeinde. Er wird zugleich von dem Inspektor der Kirchengemeinde verwaltet. Bei Trauerfeiern muß die Kapelle des Philippus-Apostelkirchhofes benutzt werden, da die Stadt Berlin auf ihrem Friedhof eine Halle zur Abhaltung von Trauerfeiern nicht besitzt. Auf diese Weise wird die Stadt Jurisdiktion der Kirche.

Von Angehörigen, welche eine Trauerfeier mit einem Votum als Sprecher wünschen, wurde verlangt, daß sie die Erlaubnis des Herrn Superintendenten Friedrichs, Philippstraße wohnhaft, einholen müßten. Diese Erlaubnis zur Benutzung der Kapelle, gegen eine Gebühr von 5 M., wurde bisher nach einigem Hin und Her von Herrn Friedrichs erteilt.

Neuerdings haben sich nun wohl die Fälle vermehrt, in denen Hinterbliebene nicht Theologen, sondern einen Laien als Sprecher der Beerdigungen wünschen, und so wird nun von den Hinterbliebenen verlangt, außer der Erlaubnis des Herrn Superintendenten auch noch von einigen Gemeindefunktionsmitgliedern die Erlaubnis zur Benutzung der Halle, welche längst bezahlt ist, einzuholen.

Wer da weiß, was für Kaufereien der Todesfall eines Angehörigen verursacht, wird es verstehen, wenn die Betroffenen nicht erbau davon hören, von der Philippstraße nach dem Neuen Tor, von dort nach der Bremer Straße und von da endlich wieder nach der Philippstraße geschickt zu werden.

Genügt kann man es den Theologen nachfühlen, daß sie nicht sehr erfreut von der Laizische sind, daß sie auch bei Beisetzungen Verstorbenen immer mehr und mehr ausgekalltet werden. Ebenso kann man verstehen, daß sie ihre Kapelle nicht Laien überlassen wollen. Andererseits ist es aber doch auch wohl das gute Recht der Leidtragenden, denjenigen sprechen zu lassen, der ihnen geistig am nächsten steht.

Um aus dieser unangenehmen Lage des Antidambriereus bei den Leitern der Philippus-Apostelgemeinde herauszukommen, kann man von der Stadt wohl verlangen, daß entweder ein Abkommen mit der Philippus-Apostelgemeinde dahingehend getroffen wird, daß die Halle auf dem Friedhofsbureau des Rathauses nicht nur bezahlt, sondern auch in bindender Form für die Feier festgemacht wird.

Sollte das aber nicht gehen, wird die Stadt Berlin mit ihrem Millionencost doch noch ein paar hundert Mark für eine Fachwerkhalle auf ihrem Friedhof ausgeben können. Um so mehr, als der Friedhof noch auf Jahre hinaus nicht voll belegt sein wird.

Magistrat und V.C.W.

Der Magistrat kann über die ferneren Beziehungen der Stadt zu den V.C.W. noch immer nicht ins Reine kommen, obwohl die Situation so klar liegt wie selten. Es kann gar keinen anderen Weg geben als den, die V.C.W. in eigene Regie der Stadt zu nehmen. Es gibt gar keine andere Möglichkeit, sich aus der Umflammerung der allmächtigen Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft zu befreien und die Interessen der Bürgerschaft zu wahren, als die Verstaatlichung der V.C.W. Es ist schon viel kostbare Zeit verschwunden worden durch die Zauderpolitik des Magistrats.

Allerdings reichen die Interessen der V.C.W. sehr weit und es wird sich zeigen, wie weit sie im Schoße des Berliner Magistrats einen bestimmenden Einfluß ausüben in der Lage sind.

Die Beratungen des Magistrats über die zukünftige Versorgung der Stadt mit Elektrizität gelangten auch gestern nicht zu Ende; sie werden indessen ohne Rücksicht auf die Sommerpause fortgesetzt.

Aus Wien wird telegraphiert: Wien, 23. Juni. Eine heute abgehaltene außerordentliche Generalversammlung der Allgemeinen Oesterreichischen Elektrizitätsgesellschaft beschloß auf Antrag des Verwaltungsrates die Liquidation und die Uebergabe des Unternehmens mit Ende Juni an die Gemeinde Wien gegen einen Gesamtablösungsbetrag von circa 12 1/2 Millionen Kronen.

Todessturz aus dem vierten Stockwerk.

Ein tragischer Unfall mit tödlichem Ausgang hat sich gestern mittag in der Reichenberger Straße abgespielt. In dem Hause 5a hatte die neunjährige Tochter Margarete des Bauarbeiters Krüger aus der im vierten Stock belegenen Wohnung auf den Hof hinabgeschaut, um dem Spiel eines Leierkastenmannes zuzuhören. Während nun unten die Weifen eines lustigen Walzers erklangen, ertönte plötzlich ein marktschreiernder Schrei; die kleine A. hatte im Augenblick das Gleichgewicht verloren und war kopfüber in den Hof hinabgestürzt, wo sie mit zerquetschten Gliedern liegen blieb. Auf dem Transport zur Hülfswoode am Görlitzer Bahnhof starb das Kind.

Stadtbahnfledderer.

Mit einem „Entlastungszeugen“ arbeitete ein Fledderer, der ertrinkt und unerschöpflich gemacht wurde. Ein schlafender Fahrgast der Stadtbahn entdeckte, als er erwachte, daß ihm das Portemonnaie gestohlen worden war. Nur ein Mitfahrender konnte der Dieb sein, der sich noch im Dämmerlicht befand. Der Bestohlene sagte dem Mitreisenden die Tat auf den Kopf zu. Der Mann bestritt aber ebenso entschieden jede Schuld und berief sich auf einen zweiten Fahrgast, der in der Ecke saß und seine Zeitung las. Dieser Reisende trat denn auch mit aller Bestimmtheit für den Verdächtigen ein. Der Bestohlene veranlaßte aber, daß beide Fahrgäste nach der Woche gebracht wurden. Hier entpuppte sich der Verdächtige als ein wiederholt vorbestrafter Fledderer Koch, der als „Spezialist“ bekannt ist, und der Entlastungszeuge als ein alter Einbrecher, der unter dem Spitznamen „Pferdeamandus“ bekannt ist. Beide wurden in Haft behalten.

Noch ein falscher Arzt

Wem geht in Groß-Berlin kein Unwesen. Einer Zimmervermieterin stellte er sich als Arzt von außerhalb vor, der eine große Praxis besitze und hierher gekommen sei, um sich an der Charité weiter fortzubilden. Als er dann am nächsten Tage einen Augenblick offen in der Wohnung war, raffte er Wertgegenstände und Kleidungsstücke zusammen und verschwand auf Rimmerwiedersehen.

Der Fund eines Frauenbeins in Pichelsdorf

Veranlaßte Gerüchte von einem geheimnisvollen Frauenmord. Es hieß, ein Bein, das bei Pichelsdorf aus dem Wasser gelandet wurde, sei „Lunigerodt“ durch Messerschneitte von dem Oberkörper abgetrennt worden. Auf Veranlassung der zuständigen Staatsanwaltschaft begab sich ein Kriminalkommissar sowie ein Gerichtsarzt nach dem Fundort. Beide stellten fest, daß von einer lunigerodten Abtrennung keine Rede sein kann. Das Bein ist ohne Zweifel durch eine Schiffschraube von dem Körper abgeschlagen worden. Der fehlende Körper ist noch nicht gefunden.

Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich gestern in den Morgenstunden in der Brauerei Bahrenhofer (Abt. Spandau). Der Pötkcher G. erlitt beim Pochen derartiger schwere Verbrennungen im Gesicht, Brust und an den Unterarmen. Daß er nach Anlegung eines Notverbandes sofort nach einer Klinik geschafft werden mußte. Wie verlautet, wird dies auf die in letzter Zeit allgemein Platz gegriffene Antireizer zurückgeführt.

Ein anderer schwerer Vertriebsunfall ereignete sich gestern abend kurz nach 8 Uhr in der Turbinenfabrik der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft in der Huttenstr. 11. Der 31 Jahre alte Schlosser Richard Peretzki aus der Frankfurter Chaussee 10 hatte dort den Auftrag, die Laufwege eines Krans mit Benzin zu reinigen. Auf bisher noch ungeklärte Weise kam der Benzinbehälter mit Feuer in Berührung und explodierte. Die hochaufsteigenden Flammen ergriffen den Schlosser und bald gleich dieser einer Feuerkugel. Auf sein Hilfeschrei eilten in der Nähe beschäftigte Arbeiter hinzu, löschten die Flammen und sorgten, nachdem ein Arzt hinzugerufen worden war, für seine Ueberführung nach der Charité. Peretzki hat am ganzen Körper schwere Brandwunden erlitten und liegt schwer danieder. Er ist verheiratet und Familienvater.

Neuerung im Straßenbahnverkehr. Die Große Berliner Straßenbahn teilt folgendes mit: Nach landespolizeilicher Abnahme der Neubautrassen auf dem Kaiserdamm in Charlottenburg wird vom 28. Juni d. J. ab 1. die Linie D vom Zoologischen Garten über Hardenbergstraße, Bismarckstraße und Kaiserdamm bis zum Bahnhof Heerstraße verlängert, 2. die Linie U Kupfergraben-Halensee vom Sophie-Charlotte-Platz ab ebenfalls über den Kaiserdamm bis zum Bahnhof Heerstraße geführt, 3. die Linie Z vom Stuttgarter Platz über Leonhardstraße, Holzendorferstraße, Joachim-Friedrich-Straße und Kurfürstendamm bis zum

Kingshofsee verlängert. Im Verkehr nach und vom Bahnhof Heerstraße werden folgende Umsteigestellen eingerichtet: 1. Umsteigestelle Anie: Goytowschstraße-Bahnhof Heerstraße 10 Pf. 2. Umsteigestelle Bismarck, Ecke Bismarckstraße-Heerstraße-Bahnhof Heerstraße 10 Pf. 3. Umsteigestelle Jungfernheide-Bahnhof Heerstraße 10 Pf., Bismarckdorfer Straße, Ecke Kurfürstendamm-Bahnhof Heerstraße 10 Pf. — 3. Umsteigestelle Sophie-Charlotte-Platz: Straßenbahnhof Westend-Bahnhof Heerstraße 10 Pf., Kanitzstraße, Ecke Bismarckdorfer Straße bis Bahnhof Heerstraße 10 Pf.

Kleine Nachrichten. Im Tiergarten versuchte sich der 23 Jahre alte Kaufmann L. zu erschicken. Passanten, die einen Knall hörten, fanden ihn mit einer schweren Verletzung an der Brust besinnungslos auf einer Bank liegen und sorgten für seine Ueberführung nach der Charité. — Aus unbekannter Ursache erhängte sich der 30 Jahre alte Arbeiter A. aus der Friedrichsfelder Straße in seiner Kellerwohnung am Fensterriegel. — Erbängt hat sich auch, ebenfalls in seiner Wohnung, der 52 Jahre alte Schornsteinfeger D. aus der Wolgaster Straße 12. — Kerzentranke trieb den 39 Jahre alten Schneider A. aus der Tilsiter Straße in den Tod. Er vergiftete sich mit Gas. — Auf der Straße vom Lode überrascht wurde in der Steinstraße der 37 Jahre alte Händler Hempel aus Frankfurt a. O., der eben erst von dort zu vorübergehendem Aufenthalt hier angekommen war. — Erschoßen hat sich der 64 jährige Rentempänger G. Sch. aus der Schönwalder Straße 4. Die Leiche wurde nach dem Schauhaus gebracht. — Wegen eines langwierigen, schmerzhaften Leidens hat sich der in Steglitz wohnende Sekretär a. D. R. W. durch einen Schuß ins Herz getötet.

Gesperrt. Die Andreasstraße von der Großen Frankfurter Straße bis zur Blumenstraße wird wegen Pflasterarbeiten vom 29. d. M. bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter gesperrt.

Gerichtszeitung.

Das Plakat an der Friedhofsmauer.

In einer Nacht der Roten Woche wurden von unbekannter Seite an der Friedhofsmauer des Friedhofs der Freireligiösen Gemeinde in der Papuel-Allee zu Berlin 16 Plakate angeklebt, worauf zu lesen war:

„Das Anschlag des Plakats für die Rote Woche ist polizeilich verboten worden. Es entbehrt der Aufschrift: Tretet dem Wahlverein bei, abonniert auf den Vorwärts.“

Dieses Plakat entsprach der Wahrheit. Von Adolf Harndt als dem Friedhofsinspektor verlangte dann die Polizeibehörde die Entfernung der 16 Plakate.

Harndt hielt sich zur Entfernung der Plakate nicht für verpflichtet und erhob wegen der polizeilichen Verfügung Beschwerde.

Der Oberpräsident verwarf die Beschwerde. Harndt Hagte nunmehr gegen den Oberpräsidenten beim Oberverwaltungsgericht. Zur Begründung der Klage wurde unter anderem geltend gemacht, daß die fraglichen Plakate keinen unzulässigen Inhalt hätten und daß ihr Verbleiben an der Friedhofsmauer auch im übrigen nicht die öffentliche Ruhe, Ordnung und Sicherheit stören könnte. Ferner sei sehr fraglich, ob der von der Judikatur aufgestellte Grundsatze von der Haftung Dritter, die über ein Grundstück die tatsächliche Herrschaft ausüben, in der angegebenen Allgemeinheit richtig wäre.

Das Oberverwaltungsgericht wies die Klage Harndts am Donnerstag mit folgender Begründung ab:

Der § 9 des preussischen Preßgesetzes, dessen Geltung nach fortwährender Bestimmung: Anschlagzettel und Plakate, welche einen anderen Inhalt haben, als Anfründigungen über gesetzlich nicht verbottene Versammlungen, über öffentliche Vergnügungen, über gestohlene, verlorene oder gefundene Sachen, über Verkäufe und andere Nachrichten für den gewerblichen Verkehr, dürfen nicht angeschlagen, angeheftet oder in sonstiger Weise öffentlich ausgestellt werden.“ Ferner bestimme § 1 der Berliner Plakat-Polizeiverordnung, daß öffentliche Anzeigen auf öffentlichen Straßen und Plätzen nur an den dazu bestimmten Vorrichtungen (Plakataulen) angebracht werden dürfen.

Nun seien die hier in Rede stehenden Plakate nach ihrem Inhalt in keine der Kategorien, die nach § 9 des preussischen Preßgesetzes überhaupt nur angeschlagen werden dürften. Und die Stelle, wo die Plakate angebracht worden seien, sei keine solche, die nach der erwähnten Berliner Plakat-Polizeiverordnung (vom 26. Januar 1880) für Plakate an öffentlichen Straßen und Plätzen zulässig wäre. Somit verstoße das Anschlag der fraglichen 16 Plakate an der Friedhofsmauer gegen zwei Verbotsgehalte und habe damit einen der öffentlichen Ordnung widersprechenden Zustand geschaffen, zu dessen Beseitigung die Polizei nach § 10, Teil 2, Titel 17 des Allgemeinen Landrechts befugt und verpflichtet gewesen sei. Sachlich rechtfertigte sich damit die Verfügung. — Die Polizei habe aber auch dem Kläger die Beseitigung des ordnungswidrigen Zustandes aufgeben können. Er habe dazu angehalten werden können, entweder als Miteigentümer des Friedhofsgrundstücks, wozu die Mauer gehöre, oder in seiner Eigenschaft als Verwalter, der mit den Mitteln des Eigentümers über das Grundstück zu verfügen imstande war.

Der langen Gründe kurzer Sinn: Wer die Wahrheit verbreitet, kann „im öffentlichen Interesse“ von der Polizei zur Entfernung des die Wahrheit enthaltenden Plakats angehalten werden. Ein famoser Rechtsstaat!

Heiratschwindler.

Glück bei Frauen in ganz ungewöhnlichem Maße hat der 40 Jahre alte „Schriftsteller“ Franz Hoven, der gestern unter der Anklage des Betruges und der unbefugten Führung des Doktoritels vor der 2. Strafkammer des Landgerichts II unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Jacob stand.

Der Angeklagte stammte aus einer Förstlerfamilie. Er hat mehrere Semester Medizin studiert, das Studium aber abgebrochen. Dem Angeklagten standen die Mittel zur Vollendung seines Studiums zur Verfügung, er verjubelte sie aber und lebte von Betrugsereien gegen Frauen und Mädchen. Es liegt ein großes Regiervergehen vor alleinlebenden Frauen bei den Akten, auf die der Angeklagte einen bestimmenden Einfluß ausgeübt hat und deren Mißleid in bewundernswürdiger Weise zu erwecken verstand. Er knüpfte mit ihnen auf der Straße, in einer Postkassette, bei Bertheim oder wo sich sonst die Gelegenheit bot, Bekanntschaft an-

stellte sich als „Doktor Hoven“ und praktischer Arzt vor, erzählte dann allerlei Schwindel. Durch liebenswürdiges Wesen, manchmal auch durch den Hinweis auf die Möglichkeit einer Heirat haben ihm die mitleidigen Damen, die mit ihm in rein freundschaftlichen Verkehr getreten sind, recht große Summen in Form von Darlehen oder Geschenken gegeben. Eine Verkäuferin gab ihm ohne Bestimmen 3000 M. als Darlehen und will diese Summe voll zurück erhalten haben. Eine angejahrte Beamtenswitwe ließ ihm 300 M. eine damals 45jährige Beamtenswitwe, die auf eine Heiratsannonce hin mit ihm in Verkehr getreten war, hat ihm „aus Mitleid“ und weil er „einen überaus günstigen Eindruck“ auf sie machte, 2000 Mark vorgezogen, die er ratenweise wieder abgetragen haben soll; eine ältere Jungfrau hat ihm „aus Mitleid“ 500 M. gegeben, eine andere 700 M., eine Witwe, die er im Vorortzug nach Potsdam kennen gelernt hatte, 1300 M., eine Witwe in Heidelberg, die mit ihm längere Zeit in mündlichem und schriftlichem Verkehr gestanden, hat ihm im Laufe der Zeit fortgesetzt mit Geldbeträgen in Höhe von mehr als 10 000 M. unterstützt; von einer anderen Witwe entlich er 5000 M., auf deren Rückzahlung sie später aus Mitleid verzichtete. Alle diese Fälle mußten aus dem Strafverfahren ausscheiden, da diese sämtlichen Zeugen sich nicht betrogen fühlten, sondern dabei blieben, daß sie die Geldopfer freiwillig gebracht hätten, um dem armen Manne, der ihr ganzes Mitleid erregt hätte, zu helfen.

Zur Anklage stand ein ganz merkwürdiger Fall. An eine 65jährige Hauptmannswitwe mit weitem Haar schlangelte er sich heran. Vor dem Gerichtsvorstandem lag gestern ein Päckchen Briefe, in welchen der Angeklagte in überschwänglicher, schwülstiger Weise seine Bewunderung ihres Charakters und ihrer Güte ausdrückte. In der Tat hat er durch sein einschmeichelndes, liebenswürdiges Wesen die ältere Dame ganz für sich zu gewinnen gewußt. Gestern erklärte sie vor Gericht, daß dieses Wesen Zug, Trug und Heuchelei gewesen sei. Der Angeklagte habe ihr eine Bibel geschenkt und gesagt, daß er morgens und abends ein Kapitel daraus lese; mit salbungsvollen Worten habe er gesagt: „Gott's Arm habe sie beide zusammengeführt“ und dergleichen mehr, kurz, er habe sich so in ihr Inneres hineingelogen, daß sie sich ihm gegenüber wie in der Dummheit befunden habe. Sie habe ihn beneidet wie ein höheres Wesen betrachtet und über ihren verstorbenen Ehemann gestellt. Sie sei ihm in absolut idealer Weise zugetan gewesen, und da er überaus krank und lebend sein wollte, alles Mögliche für seine Pflege getan. Aus ihren Mitteln habe er für 70 M. Sonntagen in kurzer Zeit fertig, aus ihren Mitteln sei er nach Baden-Baden gegangen, während sie hübsch zu Hause blieb, er nach Baden-Baden gegangen, während sie hübsch zu Hause blieb, und erst zu spät habe sie erfahren, daß alles, was er ihr so schön vorzugesagt, Unwahrheit gewesen. Die Zeugin hat dem Angeklagten gegen einen Schuldschein 8000 M., dann nochmals 2000 M., und endlich 600 M., im ganzen also 10 600 M. hingegeben und bis jetzt noch nichts zurückerhalten.

Der Staatsanwalt-Affessor Haffert beantragte 1 Jahr Gefängnis und 2 Wochen Haft sowie 3 Jahre Ehrverlust. — Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu 10 Monaten Gefängnis und 2 Wochen Haft sowie 3 Jahre Ehrverlust, 2 Monate und 2 Wochen wurden als verbüßt erachtet.

Ein Schuhmann als liebevoller Ehemann.

Unter der Anklage der Nötigung und der Körperverletzung, begangen an der eigenen Ehefrau, hatte sich vor dem Münchener Schöffengericht der frühere Schuhmann Hammel zu verantworten.

Der Angeklagte zog vor einigen Jahren, als er noch Witwer war, zu einem Ehepaar und trat bald zu der Frau in intime Beziehungen. Auch als er seine zweite Frau geheiratet hatte, setzte er die Rolle als Hausfreund fort. Er soll sogar in Gegenwart seiner Geliebten seiner Frau Zumutungen gestellt haben, die einen schweren Angriff auf deren weibliche Ehre bedeuteten, doch gelang es in diesem Punkte nicht, den Angeklagten zu überführen. Dagegen wurde festgestellt, daß Hammel seine Frau in der unmenslichsten Weise behandelt hatte. Er schlug mit allen möglichen Gegenständen auf die Frau ein, so daß diese am ganzen Leibe blutunterlaufenen Flecken hatte. Drei Jahre lang hielt die Frau das Martyrium aus, bis die fortwährenden Mißhandlungen des Angeklagten endlich zur Anzeige gebracht wurden. In der Verhandlung behauptete der Angeklagte, daß seine Frau ihm gereizt habe, da sie faul und dem Trunke ergeben gewesen sei. Durch Zeugen wurde festgestellt, daß diese Behauptung nicht der Wahrheit entsprach. Der Staatsanwalt beantragte für die, wie er sagte, bestialische Handlungsweise des Angeklagten 1 Jahr 9 Monate Gefängnis. Das Gericht berücksichtigte die bisherige Unbescholtenheit des Angeklagten und erkannte auf 7 Monate Gefängnis.

Eine besonders kräftige Ordnungsbüchse.

stand in der Person des 59 jährigen Stadtschreibers Ernst Rebeck aus Kreuzberg vor dem Schwurgericht in Dpveln.

R. hat in seiner Eigenschaft als Kassierer des Kriegervereins Kreuzberg und des Kreisriegerverbandes 300 M. Vereinsgelder unterschlagen. Außerdem hat diese Kriegervereinskassiere in 22 Fällen Amtsgelder unterschlagen, in 12 Fällen Akten beiseitegeschafft, Urkunden gefälscht und fälschlich angefertigt. Für diesen kräftigen, aber übel duftenden Blumenstrauch von Verbrechen erhielt die Ordnungsbüchse 1 Jahr und 9 Monate Zuchthaus. Drei Monate wurden auf die Untersuchungshaft angerechnet.

Veräumung der Straffunde als Schulveräußerung.

Das Einbringen eines Sperlings in die Schulstube einer Mädchenschule in Duisburg hatte unter den Kindern eine lebhaftere Erregung hervorgerufen. Bei dieser Gelegenheit soll sich die Tochter des Kaufmanns Habich ungehörig benommen haben. Es wurde über sie eine Straffunde verhängt, die sie am Nachmittag abgeben sollte. Der Vater hielt sie aber vom Besuch der Straffunde ab, weil er eine Verpflichtung nicht anerkannte. — Die Strafkammer in Duisburg verurteilte ihn wegen unrechtmäßiger Schulveräußerung der Tochter.

Das Kammergericht verwarf jetzt die Revision des Angeklagten mit der Begründung, daß die Straffunde als Pflichtfunde anzusehen sei und daß der Vater das Kind deshalb zum Besuch der Straffunde hätte anhalten müssen.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 28. Juni, vormittags 9 Uhr, Bappellallee 15-17; Reden, „Idealpallast“; Ziegel, Bahnhofstr. 15, und Ober-Edonweide, Alarstr. 2; Freireligiöse Vorlesung. — Vormittags 11 Uhr, Kleine Frankfurter Str. 6; Vortrag von Herrn Dr. A. Bernheim: „Reaktionäre Gewalten im Kampf gegen die freien Gedanken.“ — Damen und Herren als Gäste willkommen.

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metzlarbeiter. (N. a. G.), Hamburg. Filiale Pankow. Sonnabend, den 27. Juni, abends 9 1/2 Uhr: Generalversammlung bei Schröder, Alarstr. 5/6.

Vor der Abreise in die Sommerfrische

kaufen Sie, bitte, die so praktischen

MAGGI'S Erzeugnisse.

Maggi's Würze — Maggi's Suppen — Maggi's Bouillonwürfel

Verlangen Sie aber ausdrücklich MAGGI'S Erzeugnisse.

Allgemein-Verchiedenes
Trauliche Cigarettenfabrik.

GARBÁTY
CIGARETTEN
Qualität

Mañoli-Zigaretten
Dandy 3 Pf

FREDY HARRY WALDEN
Cigaretten

Ben Schira
Cigaretten

MAL-KAH
Company

Muratti-Cigaretten

KADDA-Cigaretten

Kaucht herbstlied
Cigaretten

Allgemein-Verchiedenes
Grund's Kaffee-Verd. Dresden 29

SUROL
-ESSIG überall z. haben

Arbeiter-Berufskleidung
Keller, Otto, Gerichtstraße 66.

Auto-Fahrschule
Technikum Berlin, Wustener-

Bade-Anstalten
Admiralgarten-Bad

Central-Bad
Kaiser-Friedrichs-Bad

Bad Ostend
Original Lohmann-Bad

Passage-Bad
Reform-Bad, Wiener Str. 65.

Schiller-Bad, Müllerstr. 153a

Silesia-Bad
Schlesische Str. 21.

Bäcker- u. Konditoreien
C. Adamek, Nklm., Jonastr. 23

Bäcker- u. Konditoreien
Paul Dally, Marktstraße 15.

Erscheint 2 mal
wöchentlich.

Phänomen
MONA LISA

Bäcker- u. Konditoreien
Wilh. Godt, Emdenerstr. 59.

Sakar Hanke's Brotbäckerei
78 Geschäfte

Bäcker- u. Konditoreien
J. Hake, Verh. W. Neke

Bäcker- u. Konditoreien
R. Kleiner, Schulstr. 102

Bäcker- u. Konditoreien
Max Kniffert, Landeb. Allee 29

Bäcker- u. Konditoreien
R. Kleiner, Schulstr. 102

Bäcker- u. Konditoreien
Karl Komerle, Lengestr. 40

Bäcker- u. Konditoreien
Karl Komerle, Lengestr. 40

Bäckerei Künscher
Kantanten-Allee 57

Bäcker- u. Konditoreien
Carl Lindenberg, Lyckerstr. 4

Bäcker- u. Konditoreien
H. Lohs, Reinickend. 10

Bäcker- u. Konditoreien
F. Hübner, Lindenstr. 109

Bezugsquellen-Verzeichnis.

Bierbrauerei, Bierhdg.
Brauerei Bötzw

W. Adeltung & A. Hoffmann
Akt.-Brau. Potsdam Bg. Nieserl.

Berliner Bock-Brauerei
empfehlen anerkannter Vorzug-Biere

Ender's Brauerei
Malzbier, Kaiserstr. 141/12. 10650

Brauerei Königsstadt
feinste Qualitätsbiere.

Groterjan
Malzbier, Prinzen-Allee 79/80. 29. 6748

C. Habels Brauerei
hell - Habelbräu - dunkel.

Goldbier
ist nicht nur ein Erfrischungsgetränk...

Weissbier - Caramelbier
Brauerei E. Willner

Löwen-Brauerei
vorzügliche Fass- und Flaschen-Biere.

Münchener Brauhaus
Berlin und Oranienburg

Schlobbräu-Flaschenbier
die Qualität ist hervorragend

Trink Wanninger Bier!
Verleins-Brauerei Teufonia, NW 67.

Weissbier, C. Breithaupt
Fallandenstr. 87. Tel.-A. VII. 2654

Alkoholfreie Getränke
Franz Abraham

Bandagen, Gummiwaren
R. Banke, Stralauer Str. 54.

Beerdigungsanl. Sargmagz.
Berl. Sargfabr. 1. Lehmannstr. 25

O. Liedemit
Berl. Christinenstr. 14

Beleuchtungsgegenstände
Hüttner, A. Danzigerstr. 36.

Brotfabrik
Liebig's Zerpenscheiser Landbrot

Butter, Eier, Käse
H. P. Biedermann

Concordia-Butterhandl.
des Ostens

Bruno Freche
Wilhelm Gabel

Gebrüder Manns
45 eigene Detailgeschäfte

F. HAGEN
22 Verkaufsstellen 22

W. Pleß, Butterhdg.
Berlin O. 27, Alexanderstr. 12

Kosmalla, E., 4 Detail-
Geschäfte

„Nordstern“ „Mercur“

Paul Reinike
Butter en gros

Schröter, R.
43 Verkaufsstellen 43

Gust. Schultze & Sohn
Wiener Str. 65

Uhly & Wolfram
Vereinigte Pommersche Meiereien

C. F. Wienstruck
en-gros Butter en-detail

Bettledern, Betten
Hoh. Braunsbergstr. 4

Blumen und Kränze
G. Damerius, Naxstr. 126

Cacao, Schokolad., Conditr.
Adler's Konditorei, Wrasgstr. 37

Fordern Sie Kakao und Schokolade Wesenberg

Cylix, G., Filialen i. all
Städteilen

Seiffert, E., Filialen i. all
Städteilen

Cigarrenfabriken
J. Neumann

W. Herbst
Niederlag.

Richter & Franke
Filialen in all. Stadtteilen

Cigarrenhandlungen
Fanny Baumert, Lindowerstr. 23

F. Jakob, Müllerstr. 12.
C. Kulemann, Turnstr. 47.

Damen-Konfektion
M. Brölling, Weidenstr. 14

Dampf-Waichenstalt
Ideal

Th. Klapper, Ackerstr. 107.
R. Klüber, Fr. Nklm., Oranienstr. 107

Rob. Lindner, Neukölln.
August Lucke, Alte Jonastr. 26.

G. A. Müller
Neu-Jaenburg - Frankfurt a. M.

A. Möbes Nchl.
Fleischwaren u. Würstfabrik

G. Brucklacher,
Oranienstr. 34

Essigfabriken
Glasgow & Schwabe

Timmer-Essig
überall erhältlich

Fahrräder, Nähmaschinen
Otto Helmze, Brückenstr. 6.

Milch, Conlerven
Alb. Bellke, Warschauerstr. 68

Färbereien, Weichoreien
Groß-Druckerei

O. Naeve
Färberei u. chem. Wäscherei

Fleisch- u. Wurstwaren
Franz Ahtrop

R. Bachmann
Gerichtstr. 14

W. Beck
Charlottenburg, Berlinerstr. 68-69

Fritz Becker, Lützowstr. 60

Bermann Dreyer
Stadthohobogen

Oskar Gabler
Fleischwaren u. Würstfabrik

Huthaus Monopol, Müllerstr. 166

Rieck, Em.
Bedstr. 6

Vester, E.
Damm 18/19

Zum Hutwinkel
S. Kohls, Chausseest. 85.

Kaufhäuser
Kaufhaus Britz

Janik, C.
J. Januschewski, Bornholmerstr. 18

Meierei C. Bolle
A.-G. Berlin N.W. 21

Paul Falkenstein
Hochstätter Str. 1

Kontor- u. Ladeneinrichtg.
H. Edlon, Immanuelkirchstr. 61/7

Konzerthaus, Wirtschaft.
Restaurant und Café

„Alter Kuhstall“
Invaliden- Ecke Chausseest.

Kolonialwaren
G. Behrens, Schönberg Allee 26

Göhler-Honig
E. Hönne, Heidestraße 30

Hokenkamp & Neumann
Casselerstr. 19

K. Jahnke
Scharfstr. 14

M. Krüger
Spandauer Str. 4

Kurt, Wald, Wollwaren
Trikotagen

M. Gardels
Taugogenerstr. 19

Albert Vogt
Urbahnstr. 21.

Leberhandlung
H. Schwarz, Petersburgerstr. 29

Mehlhandlung
Bethke, Georg, Kottbuser-

Prese, Ernst
5 Geschäfte im SO.

Gaege, Otto
Charlottenburg

Korn, Hugo
Wrangelstr. 117

W. Lau, Ch. Krumme Str. 54.

Interessengemeinschaft
märkischer Milchproduzenten

M. Kriebitzsch
Berl.-NW., Luisenstr. 26

M. Kriebitzsch
Berl.-NW., Luisenstr. 26

Fortsetzung s. nächste Seite.

Diese Woche:
**Saison-
Ausverkauf**
In fast allen Lagern Artikel von ganz
hervorragender
Preiswürdigkeit

Wurstwaren

Gervelat-od. Salamiwurst	Pfund	1.20
Teewurst	Pfund	98 Pf.
Pommersche Teewurst	Pfund	1.25
Mettwurst (nach Braunschweiger Art)	Pfund	95 Pf.
fl. Leberwurst	Pfund	1.10
Landleberwurst	Pfund	85 Pf.
Braunschw. Rotwurst	Pfund	55 Pf.
Nusschinken	Pfund	1.25
Schinkenspeck	Pfund	98 Pf.
Schinkenecken	Pfund	68 Pf.
Speck (mit Pfund) mager	Pfund	75 Pf.

Butter und Käse

Limburger Käse	Pfund	35 Pf.
Brie-Käse	Pfund	45 Pf.
Tilsiter Käse	Pfund	65 Pf.
Landkäse	2 Stück	25 Pf.
Romatour-Käse	Stück	18, 28 Pf.
Schweizer Käse	Pfund	85, 95 Pf.
Molkereibutter	1/2-Pfund-Paket	60 Pf.
f. Molkereibutter	1/2-Pfund-Paket	63 Pf.

Kaffee (frisch gebrannt)	55, 60, 65 Pf.
Kakao (garantiert rein)	68 Pf.
Haushalt-Schokolade	68 Pf.

A. Jandorf & Co

Spittelmarkt Belle-Alliancestr. Gr. Frankfurterstr. Brunnenstr. Kottbuser Damm Wilmersdorferstr.
Neu eröffnet: Charlottenburg, Wilmersdorferstr. 118-119.

Lebensmittel

Nicht am Spittelmarkt. Mit * bezeichnete Artikel sind von der Zusendung ausgenommen. Verkauf nicht an Wiederverkäufer

* Frisches Fleisch

Roulade	Pfund	1.10	Kalbsbug od. Kamm	Pfund	75 Pf.
Schmorfleisch (m. Knoch.)	Pfund	85 Pf.	Goulasch	Pfund	60 Pf.
Suppenfleisch	Pfund	60 Pf.	Vordereisbein	Pfund	38 Pf.
Schweineschulterblatt (l. Ganz.)	Pfund	58 Pf.	Ohren u. Schnauzen (gepökelt)	Pfund	23 Pf.
Schweinebauch	Pfund	58 Pf.	Rückenfett	Pfund	48 Pf.
Hammelkeule (im Ganzen)	Pfund	90 Pf.	Liesen	Pfund	58 Pf.

* Kassler Pfund **80, 88** Pf.

* Junge Gänse Pfund **75, 85** Pf.

* Gänse-Rümpfe Stück... **2.50 3.75**

* Frische Eier Mandel **75, 90** Pf.

Neue Kartoffeln	5 Pfund	39 Pf.	Kartoffelmehl	Pfund	14 Pf.
Reis	Pfund	16, 20, 25 Pf.	Pudding-Pulver (gefärbt)	5 Pack	28 Pf.
Hartgries	Pfund	22 Pf.	Rote Grütze (gefärbt)	5 Pack	28 Pf.

* Obst und Gemüse

Kirschen	Pfund	13, 20 Pf.
Erdbeeren	Pfund	25, 30 Pf.
Austr. Äpfel	Pfund	28, 38 Pf.
Zitronen	Dutzend	25, 35 Pf.
Bananen	Pfund	25 Pf.
Blaubeeren	Pfund	35 Pf.
Tomaten	Pfund	22 Pf.
Radies'chen	8 Bund	10 Pf.
Grüne Gurken	Stück	10 Pf.
Grüne Bohnen	Pfund	15 Pf.
Junge Schoten	Pfund	18 Pf.
Junge Mohrrüben	3 Bund	10 Pf.
Kohlrabi	Mandel	9 Pf.
Wirsingkohl	Kopf	10 Pf.
Salat	4 Kopf	10 Pf.
Neue saure Gurken	Stück	9 Pf.

Räucherwaren

Pommersche Fludern	Pfund	20, 30 Pf.
Bücklinge	Stück	5 Pf.
Aale geräuchert	Bund	45 Pf.
Aale geräuchert	Pfund	1.10
Laohs geräuchert	1/4 Pfund	28 Pf.
Neue Matjes-Heringe	Stück	8, 12 Pf.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Berlin. N 54, Finienstr. 83-85.
Telephon: Amt Norden 185, 1939, 1987, 9714.

Montag, den 29. Juni 1914, abends 6 Uhr:

Branchen-Versammlung

der Metalldrücker Berlins u. Umgegend
im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Engelufer 15.

Tagesordnung:

1. Welche Vorteile bietet uns die Einführung der Handkassierung?
2. Diskussion.
3. Branchenangelegenheiten und Verschiedenes.

Montag, den 29. Juni 1914, abends 8 Uhr:

Branchen-Versammlung

der Maschinenschlosser

in den Ruffler-Festhällen, Kaiser-Wilhelm-Str. 31 (gr. Saal).

Tagesordnung:

1. Vortrag.
2. Branchenangelegenheiten.
3. Verschiedenes.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Montag, den 29. Juni 1914, abends 8 1/2 Uhr:

Branchen-Versammlung

aller in den Eisenkonstruktions-Werkstätten beschäftigten
Arbeiter sowie Fahrstuhlmontere u. Helfer

im Englischen Hof, Alexanderstraße 27c.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Kollegen H. Wuschik.
2. Diskussion.
3. Branchenangelegenheiten und Verschiedenes.

Montag, den 29. Juni 1914, abends 8 1/2 Uhr:

Bezirks-Versammlung

für Westen und Schöneberg

im Vereinshaus Schöneberg, Hauptstraße 5.

Tagesordnung:

1. Stellungnahme zur Einführung der Handkassierung.
2. Diskussion.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Schließen Besuch obiger Versammlungen erwartet
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Ortsverwaltung Berlin.

Musikinstrumenten-Arbeiter.

Mittwoch, den 1. Juli, abends 8 Uhr,
im Lokal „Süd-Ost“, Waldemarstr. 75:

Branchen-Versammlung.

Tagesordnung:
1. Was hat der diesjährige Verbandstag in Dresden für neue Beschlüsse gefaßt. 2. Bericht von der Generalversammlung. 3. Verschiedenes.
In dieser außerordentlich wichtigen Versammlung muß jeder Verbandskollege erscheinen.

Achtung! Bibliothek. Achtung!

Dieselbe bleibt wegen Inventur einige Zeit geschlossen. Die Kollegen werden ersucht, die Bibliotheksbücher einzuliefern.
89/14 Die Ortsverwaltung.



Wer Kaiser-Briketts kauft und brennt:
spart

Krankenkasse
der
**Personen-Lohnfuhr-
werks-Innung**
zu Berlin.

Bekanntmachung.

Von den Arbeitnehmern ist nur ein Vorschlag für die Wahl der Mitglieder des Aufsichtsrates eingegangen, dessen Gültigkeit jederzeit vom Vorstande anerkannt wurde. Die auf dem Wahlschein der Arbeitnehmer unter 1-6 bezeichneten Herren gelten als gewählt.
1. Julius Hennig,
2. Max Baumgart,
3. Willi Krause,
4. Friedrich Barth,
5. Karl Kunde,
6. Friedrich Dehlfinger.
Die Wahl der Vorstandsmitglieder der Arbeiterkassen am 18. Juni 1914 hat folgendes Wahlergebnis ergeben:
1. Wilhelm Arndt, 275/13
2. Ludwig Streu,
3. Heinrich Wittich.
Einsprüche gegen die Gültigkeit der Wahl sind innerhalb zwei Wochen nach Bekanntgabe dieser Bekanntmachung bei dem Vorstande oder dem Versicherungsamt Berlin zu erheben; das letztere entscheidet.
Berlin, den 25. Juni 1914.
Gustav Ross, Alfred Heiterhoff,
Vorstand, Sachführer.

Keine Filialen.

1 Mark

wöchentliche Teilzahlung
Lieferung eleganter

Herren- Moden

fertig und nach Maß.
Garantie für tadellosen Sitz.

Jonas
Kurzberg

Oranienstr. 160
zwischen Moritz- u. Oranienplatz.

Bitte auf Hausnummer u.
rote Schilder zu achten.

Metallbetten,

Holzrahmenstratzen, Kinderbetten
billig an Privat. Katalog frei.
Eisenmöbelfabrik, Suhl i. Thür.

I.M.

wöchentl. Teilzahlung
Lieferung eleganter

Herren- Moden

fertig und nach Maß
Garantie für tadellos. Sitz
und feinste Verarbeitung

J. Kurzberg & Co.

Maß-Schneiderei

Gegründet 1898

Rosenthaler Straße 36
I. Etage

Wir bitten genau auf Haus-
nummer 36 zu achten, da wir
keine Filialen unterhalten.

Monats-Garderobe!

4-500 getragene Anzüge für
Herren: Smoking, Frack- und
Gehrock-Anzüge (auch zu ver-
leihen), Sommerpaletots sowie
v. Kanariener getragene, fast neue
Sachen (a. Seide), i. jed. Natur pass.
in größter Auswahl u. unübertroffen
billigen Preisen.
1 Tr., best. billiger wie im Laden.
Hirsch Kleiderhaus, Wassortor-
straße 12/13 I.

Münzen Rob. BallNcht.
Wilhelmstraße 46/47.

Monats-Garderobe!

Unübertroffen **billiger**
Verkauf von hohen Herr-
schaft, Kavaliere, Rei-
senden abonniert Herren-
moden, sehr wenig getrag-
erstklass. Vorarb. von nur
echten Stoff., teils von Hof-
schneidern und auf Seide,
speziell für starke Herren.
Anton Rosenbergs Berlin.
Bücherstr.
81, 1 Tr., nahe Hallsch Tor.

Leihhaus Moritzplatz 58a

kaufen Sie von Kavaliere wenig getragene sowie im Versatz gewesene Jackett- und Rockanzüge, Paletots, Ulster, Serie I: 10-18 M., Serie II: 20-30 M., größtenteils auf Seide. Ferner Gelegenheitskäufe in neuer Maßgarderobe enorm billig. Riesenposten Kleider, Kostüme, auf Seide, früher bis 150, jetzt 20-35 M. Extra-Angebot in Lombard gewesener Teppiche, Gardinen, Portieren, Betten, Wäsche, Brillanten, Uhren und Goldwaren zu enorm billigen Preisen.
Vorwärtsleser erhalten 10% extra.

den bisher gemachten Erfahrungen die neue Flottenanlage bewilligen, um so energischer muß das arbeitende Volk gegen eine neue Belastung Protest erheben.

Der ostpreussische Pferdehandel.

Die „Kreuz-Zeitung“ und die „Deutsche Tageszeitung“ suchen die Schweigen über die Ergebnisse des Pferdehandelsprozesses in verlegener Weise zu rechtfertigen. Die „Kreuz-Zeitung“ meint, die ansässige Presse sei nicht in der Lage, in ein so wichtiges Gerichtsverfahren einzugreifen. In ähnlicher Weise schreibt die „Deutsche Tageszeitung“ und fñhrt an, daß der Artikel, den wir zitiert hatten, im Urfassungswort ein schlechtes Fehlstück. Es ist uns gar nicht eingefallen, diesen konservativen Zeitungen zu verlangen, sie sollen in ein so wichtiges Verfahren eingreifen. Im Gegenteil; wir haben diese unständliche Art der Hege gegen Unschuldige, die diese Blätter unvorsichtsmäßig betreiben, stets verurteilt. Diese Blätter waren mit, die z. B. in das schwebende Verfahren wegen großen Unfugs gegen die Besizer des Kaiser-Friedrich-Denkmal eingriffen und ein einfaches grobes Unfug zu einer Sachbeschädigung stempelten. Die Blätter sind es, die in einer Anzahl anderer Fälle schwebende Verfahren eingegriffen oder auch überhaupt nicht bestehende Verbrechen gegen politische Gegner erfunden haben. Dieser Tage erst hat die „Deutsche Tageszeitung“ sich zu der Verurteilung der Infamie verschrieben, sozialdemokratische Abgeordnete des Landesparlament gelobt und Landesverrat sei die Konsequenz der Anschuldigungen der Sozialdemokratie. Ähnliche Fälle lassen sich in Unmenge anführen. Was die genannten Zeitungen im Pferdehandelsprozess nicht getan haben im Gegensatz zu dem Vorgehen anderer Zeitungen ist, daß sie die außerordentlichen Umstände, die der Prozess bereits evident aufgedeckt hat, durch Verweigerung zu beschönigen sucht. Die „Deutsche Tageszeitung“ will allerdings erst als festgestellt wissen, was nachher der Richter im Urteil feststellen würde. Recht bequem, die schon aus der eiblichen Aussage des Majors v. Kundt folgende ungeheuerliche Verhöhnung der Richter zugunsten der Händler als nicht geschehen erachten.

Militär und Zivil in Elsaß-Lothringen.

Die Zwischenfälle in Elsaß-Lothringen nehmen kein Ende. Nun hat sich die Bevölkerung über den einen Fall beruhigt, ist nun ein neuer da. Vor einigen Tagen ging durch die elsässische Presse die Nachricht, wonach ein Mannesoffizier in Lothringen einen Fuhrmann, der seinen Weg kreuzte, mit der Reitpeitsche geschlagen habe, worauf der Fuhrmann den Schlag widerstehe. Der Offizier habe dann einen Unteroffizier und zehn Mann geschickt, die den geschlagenen Fuhrmann listierten. Die Vernehmungsfreundliche Presse hatte sofort einen Bericht bei der Hand, der den Vorfall ganz anders darstellte und den Offizier als ungeschulden Engel aufmarschieren ließ. Nun schreibt der Fuhrmann, ein Landmann aus der Nähe von St. Wobd, in einem Straßburger Parteiorgan den Sachverhalt über das Kennzeichen mit dem Mannesoffizier. Danach hat der Fuhrmann dem Gerichtsbeamten zu Protokoll gegeben:

„Ich fuhr am Montag, den 15. Juni, von der Forstleite nach St. Wobd. In der Mitte des Weges begegnete mir ein Leutnant Jander. Ohne weiter ein Wort zu sagen, ritt er auf mich zu und schlug mich mit der Reitpeitsche auf den Rücken. Der Leutnant ritt circa 500 Meter weiter, kam dann aber im vollen Galopp zurück und hielt das andere Fuhrwerk, das mein Knecht leitete, an. Ich sagte ihm: „Wissen Sie nicht, daß dieser Weg verboten ist?“ Der Knecht gab zur Antwort: „Das weiß ich nicht, ich bin fremd hier!“. Darauf sagte der Leutnant: „Ich werde Sie mit 30 Mark strafen lassen“ und forderte gleichzeitig vom Knecht meinen Namen. Als er wiederholte den Namen verlangte, gebrauchte er die Ausdrücke „dreißiger Sammel“, „Dreadnought“ und hielt drohend die Reitpeitsche in der Hand. Da mir die drohende Haltung des Leutnants unangenehm war, hielt ich ebenfalls den Reitpeitsch, der im Wagen lag, bereit. Der Leutnant ritt dann zu mir her und schlug ohne Rücksicht auf das Gesicht und auf die Hand. Diese beiden Schläge erwiderte ich mit einem Reitpeitschschlag auf den Rücken des Leutnants, worauf derselbe im vollen Galopp davonritt. Der Weg, welcher 8 Meter breit ist, hat also das Galoppieren nicht vertragen. Am Waldrand war der Leutnant Jander abgestiegen. Als wir, mein Knecht und ich, hinstamen, ließ der Leutnant mit seinem Pferde am Jügel zu Fuß nach der in der Nähe gelegenen Artilleriekaserne. Derselbe kommandierte er seinen Eigenschaftsmeister, mehrere Unteroffiziere und 10 Mann, um mich mit meinem Fuhrwerk anzuhalten, was ich mir aber nicht so ohne weiteres gefallen ließ. Der Leutnant ließ dann

ziehen und erklärte uns beide, meinen Knecht und mich, für verhaftet. Mein am Wagen angebrachtes Schild hielt er für falsch. Trotzdem ich ihm erklärte, ich wäre der Besitzer des Fuhrwerks, wurde die Verhaftung aufrechterhalten und wir zur Wache gebracht. Nachdem wir dort unsere Angaben gemacht hatten, begaben wir uns zum Gendarmen und zum Kommandeur des Manenregiments, wo wir abermals den Sachverhalt erklärten. Der Oberleutnant Weiss gab uns dann ein Schreiben mit, durch welches meine beiden Fuhrwerke freigegeben wurden. Gleichzeitig bestellte uns der Oberleutnant auf 9 Uhr in das Manenstajno. Meine Pferde sand ich im Chausseegraben graend vor. Die Pferde hatten das Gesicht zertriften, wodurch ich einen Schaden von circa 80 M. hatte. Abends gab ich die Sache dann zu Protokoll beim Gerichtsbeamten, wo der Leutnant Jander den Sachverhalt auch so angab. Gegen 10 1/2 Uhr kam Leutnant Jander mit dem Gerichtsbeamten zu meiner Wohnung und bat mich um Entschuldigung, da er aufgeregt gewesen wäre. Am anderen Tage kam der Leutnant noch dreimal in meine Wohnung, um einen Sühneversuch abzuhalten. Ich einigte mich dann auf eine Geldsumme. Hiernach sagte dann der Leutnant: „Das sei eine Lehre für uns alle“.

Die Niedertracht der patriotischen Presse ist also geradezu gemein. Der Offizier hat einen Bürgermann mit der Reitpeitsche traktiert, dann erst rebanchierte sich der Bürger. Als Strafe erhielt der Offizier einige Tage Stubenarrest und Verweisung nach Mörchingen, in eine andere Eskadron. Es wirkt ein besonderes Schlaglicht auf die Anschuldigungen mancher Militärs, wie sie in Elsaß-Lothringen glauben, mit der Bevölkerung umspringen zu können: grad' wie im Feindesland.

Die zweite badische Kammer stimmte am Freitag dem Budget zu, dem bereits am Mittwoch die Finanzkommission ihre Zustimmung gegeben hatte. Die Sozialdemokraten stimmten ohne jede Fraktionserklärung dagegen. Aus dem parlamentarischen Abend beim Staatsminister v. Dusch blieben unsere Genossen fern. Sie werden sich auch am Mittwoch an dem feierlichen Kammereschluß nicht beteiligen.

Die Münchener Stadtverordneten bewilligten 18000 Mark für ein Ehrengeschenk zum 70. Geburtstag des Königs. Die Sozialdemokraten stimmten dagegen. Die Fortschrittler hatten beantragt, statt des Ehrengeschens Mittel für eine kulturelle Stiftung bewilligen zu wollen. Dieser Antrag wurde aber zurückgezogen, um die einstimmige Annahme des Magistratsantrags durch die bürgerlichen Parteien herbeizuführen.

Ein Hauptmann als Soldatenerzieher.

Vor einigen Tagen fand der 65. Infanterieregiment angehörende Hauptmann Kräft unter der Anklage der Mißhandlung von Untergebenen vor dem Kriegsgericht. Das Gericht schloß auf Antrag des Anklagevertreters die Öffentlichkeit aus militärischen Interessen und wegen Gefährdung der Disziplin aus. Innerhalb vier Wochen von den Zeugenbefragungen durch, daß der Hauptmann seine Untergebenen ins Kreuz getreten, sie ins Gesicht geschlagen und gepöbelt hat. Der Staatsanwalt lautete auf zwei Monate Gefängnis, das Urteil auf sechs Wochen Stubenarrest. Derselbe Hauptmann fand erst neulich wegen Mißhandlung Untergebenen vor dem Kriegsgericht, kam aber damals mit zwölf Tagen Stubenarrest davon. — Der Ausschluß der Öffentlichkeit wird auch beim Kölner Kriegsgericht immer häufiger. Die Begründung für den Ausschluß der Öffentlichkeit ist oft sonderbar. So vertieg sich vor kurzem der Vorsitzende dazu, die Öffentlichkeit auszuschließen, damit neben der Wahrung der militärischen Interessen „auch das Ehrgefühl des Herrn Angeklagten nicht verletzt werde“.

Kasernenroheiten auch in Baden.

Vor dem Kriegsgericht der 29. Division in Freiburg i. B. hatten sich eine Anzahl Soldaten der 11. Kompanie des in Freiburg garnisonierenden Infanterieregiments Nr. 118 wegen schwerer Mißhandlung des Musikleiters Röhlinger zu verantworten. Röhlinger wurde von den Röhlingen nachts im Bett überfallen und so übel zugerichtet, daß er mehrere Wochen krank im Lazarett darniederlag. Das Kriegsgericht verurteilte zwei beteiligte Gefratte zu vier und drei Wochen Mittelarrest, ferner erhielten zwei Musikleiter je drei Wochen und zwei je 14 Tage Mittelarrest. Der Anklagevertreter hatte bis zu zwei Monaten Festungshaft beantragt; da ihm die ausgesprochenen Strafen zu niedrig waren, hat er Verurteilung an das Oberkriegsgericht eingelegt.

Holland.

Flottenagitation.

Die militärische Krankheit springt von den Großmächten auf die kleineren Staaten über. Nach den Balkanstaaten, Belgien und Schweden sind jetzt die Niederlande an der Reihe, bei denen es, ihrem Charakter als Seemacht entsprechend, die Kriegsmarine ist, deren mächtige Vermehrung „bitter not tut“. Eine Vereinigung mit dem Namen „Onze Vloot“ (Unsere Flotte) verbreitet in der letzten Zeit Schriften und Zeitungsartikel, die unter schreienden Titeln wie „Der Ruin Hollands“ u. a., die Notwendigkeit einer Dreadnought-Flotte zum Schutze der Kolonien nachzuweisen suchen. Die Gefahr, die Niederländisch-Indien bedrohen soll, kommt nicht von dessen eingeborenen Bewohnern. Die Genosse Wiegens im „Peuple“ darlegt, besteht zwischen den verschiedenen einheimischen Stämmen keinerlei Zusammenhang; sie stehen einander wie fremde Völker gegenüber. Das erleuchtet natürlich ihre Verherrschung.

Vielmehr erwartet man die Gefahr von Japan, dessen militärische Schichten seit ihren Siegen über Rußland zweifellos allerhand imperialistische Phantasien nähren, zu deren Beweis einige Renommisterei japanischer Flottenoffiziere angeführt werden. Innerhalb ist es noch ein hübscher Weg von Japan nach Inseln, und auf dem Wege zu den wichtigsten Inseln liegen die von Amerika besetzten Philippinen, die die Vereinigten Staaten sicher nicht ohne Kampf auf beiden Seiten von japanischem Gebiet einschließen lassen würden. Andererseits aber ist eine derartige gegen Japan gerichtete Propaganda gerade geeignet, die zweifellos in Ostasien vorhandenen Gegensätze gegen die europäischen Mächte anzufachen. Indes ist sicher zu erwarten, daß diese Politik in Holland ihren Fortgang nehmen wird. Schon hat die Regierung sich zu ihr bekannt, indem der Marineminister auf die Anfrage eines Abgesehen in der Kammer erklärte, daß in kurzem eine Flottenvorlage erscheinen werde. Man erwartet eine Forderung von vier Dreadnoughts zum Preise von rund 100 Millionen Gulden (170 Millionen Mark), die größtenteils von den Kolonien selbst aufgebracht werden sollen. Ob diese das Vergnügen, gerade die holländischen Sade zur Mühle schleppen zu dürfen, so hoch anzuschlagen, oder ob nicht gerade durch eine so schwere Realbelastung Selbständigkeits- oder auch japanfreundliche Gelüste dort geweckt werden müssen, danach fragt ein rechter Kolonialpolitiker, der immer die gepanzerte Faust gegen die Eingeborenen bereit hält, natürlich nicht. Es scheint sogar, schreibt Wiegens, daß an ein gegen Japan gerichtetes Bündnis mit Amerika und Australien gebodt wird, so daß Holland, das sich den europäischen Verwicklungen sorgsam fernhalten versucht, plötzlich in die weit-

trogendsten und gefährlichsten weltpolitischen Pläne versponnen würde.

Die sozialdemokratische Partei wird alle diese löstspieligen und gefährlichen Pläne natürlich aufs schärfste bekämpfen und damit nach dem Urteil manches weisen, durchaus nicht immer unter den bürgerlichen Flottenschwärmern sitzenden Kritikers ihre „spießbürgerliche Beschränktheit“ und ihren „Mangel an weltumfassendem Weitblick“ wieder einmal beweisen. Ein Blick nur, daß die arbeitende Klasse auch in Holland diese Politik ihrer Vertreter voll versteht und billigt. —

China.

Reuternde Soldaten.

Peking, 20. Juni. Soldaten haben gemeinsam mit den Räubern Kalgen geplündert und einen beträchtlichen Teil der Stadt verbrannt. Die Plünderung dauerte von Mittwoch abend bis Donnerstag früh 4 Uhr. Die Telegraphenleitungen sind zerstört, die Fremden und ihr Eigentum sind anscheinend unversehrt.

Aus der Partei.

Aus den Organisationen.

Der Sozialdemokratische Verein für den Wahlkreis Dortmund und Görde hatte am Schlusse des vorigen Geschäftsjahres einen Mitgliederbestand von 7552 männlichen und 1770 weiblichen Mitgliedern. Das laufende Geschäftsjahr brachte 3222 Neuzugänge, denen aber ein Abgang von 2742 Mitgliedern gegenübersteht. Der Gewinn beträgt also nur 480. Der Verein hat 79 Filialen (Ortsvereinigungen) im Wahlkreise. Die Gesamteinnahmen betragen (inkl. 15 220,83 M. Kostenbeitrag am Schlusse des Vorjahres) 50 808,97 M. Außer 912 Mitgliederveranstaltungen wurden im Laufe des Jahres noch 127 öffentliche Versammlungen (darunter 25 Frauenveranstaltungen) veranstaltet. Flugblätter wurden insgesamt in 951 000 Exemplaren verbreitet, ferner wurden gratis herausgegeben am Prospektoren, Kalendern, „Neue Zeit“, „Kommunale Praxis“, Erfurter Programm usw. 65 235 Exemplare. Die Landtagswahlen brachten uns nicht den vollen erhofften Erfolg. Auch die Gemeinderatswahlen brachten keine wesentliche Steigerung unserer Macht. Innerhalb bestanden wir in 36 Gemeinden 87 Gemeindevorsteher und in der Stadt Dortmund 5 Stadtverordnete. Starke Fluktuation und Krise wirken natürlich ungünstig in jeder Beziehung.

Totenliste der Partei.

In Hamburg starb am Donnerstag der Genosse Hugo Kober im 51. Lebensjahre. Der Verstorbene hatte seit 1866 das Amt eines Gauvorsitzers des Hamburger Bauarbeiterverbandes inne. Die Genossen des 1. mecklenburgischen Reichstagswahlkreises hatten ihn zum Reichstagskandidaten erforen. Er war allzeit ein Pionier im Kampfe um die Befreiung der Arbeit.

Pollzeiliches, Gerichtliches usw.

Strohbare Kritik standalfer Zustände.

In dem großen Arbeiterdortse Ohra bei Danzig war es bis vor einiger Zeit nichts Seltenes, daß Besessene ihre Strafe in Raten verbüßten, über Nacht nach Hause gehen konnten, sich Schnaps ins Gefäßnis holen durften und andere Annehmlichkeiten genießen. Freilich, nicht allen Polizeigeisungen ging es so gut, einige haben auch Prügel bekommen, und der Untersuchungsgefängnis Michelsen, der wegen eines Einbruchs verhaftet war, wurde mitten in der Nacht zu dem Gastwirt Rothschus gebracht, der Michelsen jämmerlich verprügelte. Diese Vorkommnisse behandelte die Danziger „Volkswacht“ in einer Reihe von Artikeln. Aus dem ersten dieser Artikel ist die Behörde zwei Sätze heraus und stellte den verantwortlichen Redakteur, Genossen Schröder, unter Anklage. Den Antrag des Angeklagten, sämtliche Artikel unter Anklage zu stellen, lehnte der Staatsanwalt ab. In den unter Anklage gestellten zwei Sätzen sollte der Polizeisekretär Reschle durch den Vorwurf, er habe in einer Gerichtsverhandlung die Unwahrheit gesagt, beleidigt worden sein. Reschle hatte nämlich in einer Gerichtsverhandlung eidlich bestritten, Geschenke angenommen zu haben. Tatsächlich hatte aber der Angeklagte einen Brief in den Händen, in welchem Reschle bestätigte, für eine dienstliche Handlung (Schutz einer Frau) 3 M. erhalten zu haben. Die Strafkammer in Danzig, vor der sich am Dienstag der Angeklagte zu verantworten hatte, war jedoch der Ansicht, daß Reschle seine eidliche Aussage nur in bezug auf den Gastwirt Rothschus, nicht aber im allgemeinen gemacht habe. Der Staatsanwalt beantragte deshalb sechs Monate Gefängnis. Das Gericht erkannte auf drei Monate Gefängnis. — Wer vermag dieses Urteil zu erfassen? Unserer Auffassung nach trägt es nicht dazu bei, das Ansehen der Justiz und der Polizeibehörden zu fördern. Reschle ist übrigens seines Dienstes im Polizeigeängnis entbunden worden.

Letzte Nachrichten.

Schaffung einer albanischen Armee.

Rom, 26. Juni. Anknüpfend an eine Wiener Meldung über die Schaffung einer albanesischen Armee ammes bemerkt die „Tribuna“, daß Italien diesen Gedanken, dem andere Mächte im großen und ganzen nicht unsympathisch gegenüberstehen, begrüßt und unterstützt. Danach sollen 3000 Mann Infanterie und Artillerie unter Oberst Philips und anderen europäischen Offizieren in etwa acht Wochen ausgebildet werden, doch sei vorauszusetzen, daß der alte Fehler, die Christen gegen die Mohammedaner auszuspielen, vermieden werde, weil sonst kein Ergebnis zu erwarten sei.

Das Erdbeben auf Sumatra.

Paag, 26. Juni. Nach hier vorliegenden amtlichen Meldungen aus Sumatra hat das Erdbeben nachts stattgefunden. In der Stadt Benacoelen sind bisher elf Tote und mehrere Verwundete geborgen worden. Die Europäer sind unversehrt, ihre Häuser sind aber zum großen Teil unbewohnbar geworden.

Im Gebirge vom Tode überrascht.

Pontrefina, 26. Juni. Dr. Dak aus Speyer unternahm heute vormittag mit zwei Führern eine Besteigung des Big Bernina. Beim Aufstieg erlitt Dr. Dak einen Schlaganfall und war sofort tot. Die Führer trugen ihn unter größten Mühen zur Bobakütte. Eine Hülfskolonne ist zur Vergung der Leiche dorthin abgegangen.

Beim Baden ertrunken.

Breslau, 26. Juni. In der Nähe von Reubaus ertranken beim Baden die beiden Volkshilfsbeamten Hesse und Kleiner. Ein dritter Beamter schwabte ebenfalls in Lebensgefahr, es gelang ihm jedoch, sich im letzten Augenblick zu retten.

Aus Furcht vor dem Gefängnis erschossen.

Bamberg, 26. Juni. Der Töpfermeister Michael Schmitt, der vom Schwurgericht wegen Falschweides zu acht Monaten Gefängnis verurteilt wurde, hat sich erschossen.

Epidemisches Auftreten von Augenbindehautentzündung.

Münchberg, 26. Juni. In mehreren Klassen der Volksschule treten unter den Kindern seit zwei Monaten Augenbindehautentzündungen epidemisch auf. Es wurde daher die Schließung einiger Schulklassen angeordnet.

6 Sommer-Verkaufstage

Sonnabend... den 27. VI.
 Sonntag... von 8-10 Vm
 Montag... den 29. VI.
 Dienstag... den 30. VI.
 Mittwoch... den 1. VII.
 Donnerstag... den 2. VII.

Teilweise bis
50%
 herabgesetzt

Schleunigste
 Räumung
 der Saison
 Restbestände

Für Reise und Sommerfrische *bietet diese Veranstaltung*
 Einkaufsgelegenheit innerhalb unseres Saison-Ausverkaufs *eine ungewöhnlich günstige*

□ □ □ □ □ Einige Beispiele: □ □ □ □ □

Herren - Kleidung

Ein Posten Sakko-Anzüge, schöne Muster 11.50
 Große Posten Sakko-Anzüge, I u II reihig 21.75
 Große Posten Sakko-Anzüge, modern Form 32.—
 Ein Posten Cutaway u. Westen, marengo 26.50
 Ein Posten Cutaway u. Westen, eleg. Form 29.50
 Ein Post. Cutaway u. Westen, prima Cheviot 40.25
 Ein Posten Gehrock-Anzüge, schwarz 35.50
 Ein Post. Gehrock-Anzüge, Tuchkammgarn 44.25
 Ein Posten Gehrock-Anzüge, feine Qualit. 58.—
 Ein Posten Smoking-Anzüge, mod. Form 35.50
 Ein Posten Smoking-Anzüge, Seidenbesatz 44.25
 Ein Posten Paletots, marengo 18.75
 Ein Posten Paletots, mit Seidenklappen 24.—
 Ein Posten Covercoat-Sport-Paletots 32.—
 Ein Posten Sommer-Ülster, neue Farben 21.75
 Große Posten Sommer-Ülster, I u II reihig 32.—
 Große Posten Sommer-Ülster, engl. Cheviot 53.25

Große Posten einzelner Teile
 aus Herren-Anzügen, wie
 einzelne Gehröcke, einzelne Röcke, einzelne
 Jacketts, einzelne Jacketts und Westen,
 einzelne Hosen u. Westen, einzelne Westen
 spottbillig.

Herren-Sport-Kleidung

Große Posten Sport-Anzüge, Faltenformen 16.25
 Ein Posten Manchester-Sport-Anzüge 16.25
 Ein Posten Sport-Anzüge, Cheviots 24.00
 Ein Posten Sport-Anzüge, guter Loden 32.00
 Ein Posten Radfahrer-Hosen 2.55
 Ein Posten Touristen-Hosen, Loden 4.30
 Ein Posten Touristen-Hosen, guter Loden 7.05
 Ein Posten Manchester-Kletterer-Hosen 5.80
 Große Posten Gummi-Mäntel, Single 11.00
 Große Posten Gummi-Mäntel, kräft. Qual. 20.25
 Große Posten Gummi-Mäntel, gute Qual. 26.50
 Ein Posten Gummi-Pelerinen 9.25

Jünglings-Kleidung

Ein Posten Sakko-Anzüge, schöne Muster 11.50
 Ein Posten Sakko-Anzüge, ein- u zweireih. 20.75
 Ein Posten Einsegnungs-Anzüge 9.25
 Ein Posten Einsegnungs-Anzüge, blau 17.75
 Ein Posten Ulster für junge Herren 20.75
 Ein Posten Paletots für junge Herren 14.25
 Ein Posten Pfadfinder-Anzüge 4.55

Aus unserer feinen Maß-Schneiderei

Serie I Sakko-Anzug nach Maß 61.—
 Serie II Sakko-Anzug nach Maß 72.—
 Serie III Cutaway-Anzug nach Maß 69.—
 Serie IV Beinkleid nach Maß 14.50
 Serie V Beinkleid nach Maß 17.50

Hosen

Ein Posten Herren-Hosen, schöne Streifen 3.95
 Ein Posten Herren-Hosen, haltbare Qual. 6.30
 Ein Posten Herren-Hosen, moderne Muster 10.55
 Ein Posten Jünglings-Hosen, schöne Streif. 3.05
 Ein Posten Jünglings-Hosen, derbe Qualität 6.05
 Ein Posten Jünglings-Hosen, neuest. Must. 8.05
 Ein Posten Schüler-Hosen, aus Resten 1.65
 Ein Posten Leibchen-Hosen, aus Resten 60 Pl.

Loden - Kleidung

Ein Post. Pelerinen für Herren und Damen,
 grau u. oliv, Strichloden „Imprägniert“ 6.55
 Ein Post. Pelerinen für Herren und Damen,
 oliv oder grau, Qualität I 13.25
 Ein Post. Pelerinen für Knaben u. Mädchen 3.75
 Ein Post. Pelerinen f. Knab. u. Mädch. Qual. I 6.30
 Ein Post. Bozener-Mäntel für Herren 11.—
 Ein Post. Bozener-Mäntel f. Herren u. Damen 16.25
 Ein Post. Loden-Joppen für Herren 2.55
 Ein Post. Falten-Loden-Joppen für Herren 4.35
 Ein Post. Stoll-Havelocks für Herren 6.05
 Ein Post. Loden-Havelocks für Herren 10.55
 Große Posten Post- und Eisenbahn-Beamten-

Litewken und Uniformstücke

alles vorschriftsmäßig, zu herabgesetzten Preisen
 Große Posten Gummiol - Kleidung,
 Mäntel, Joppen und Pelerinen, spottbillig.

Wasch- u. Lüster-Kleidung

Ein Post. Wasch-Joppen für Herren, grün 50 Pl.
 Ein Post. Wasch-Joppen für Herren, grau 3.25
 Ein Post. Lüster-Jacketts f. Herr., schwarz 2.55
 Ein Post. Bastfarbene Jacketts für Herren 3.95
 Ein Post. Bastfarbene Anzüge für Herren 11.—
 Ein Post. Wasch-Hosen für Herren 2.10
 Ein Post. Weiße Hosen für Herren 2.55
 Ein Post. Weiße Flanell-Hosen für Herren 8.80
 Ein Post. Tropen-Anzüge, weiß 4.80
 Ein Post. Tropen-Anzüge, Khakifarben 6.80
 Große Posten Herren-Westen, weiß 85 Pl.
 Große Post. Herren-Westen, schöne Must. 1.90

Große Posten Livreen u. Chauffeur-Kleidung

äußerst günstige Gelegenheit zur Einkaufung
 der Diener, Hausdiener, Chauffeurs, Kutscher,
 Portiers, Grooms, Kassenboten usw. usw.
 Ein Posten Diener-Jackette, blau-weiß gestreift 3.95
 Ein Posten Diener-Hosen, blau-weiß gestreift 3.45
 Ein Posten Diener-Westen, buntgestreift 3.95

Extra-Angebot

Ein Post. Leder-Kleidung für Chauffeurs und
 Kraftfahrzeugführer
 Leder-Mäntel - Joppen - Hosen
 teilweise bis 40% im Preise
 bis herabgesetzt

Knaben - Kleidung

Große Posten Stoff-Anzüge, Sportform 3.95
 Große Posten Prinz-Heinrich-Anzüge 6.55
 Große Posten Norfolk-Anzüge 8.80
 Große Posten Pyjacks, blau Cheviot 3.45
 Große Posten Pyjacks, blau Tuch 6.55
 Große Posten Ulster, moderne Muster 8.80

Knaben-Wasch-Anzüge Große Posten zu un-
 gewöhnlich billige Preise.
 I. d. neuest. Form., darunter Schlupfer u. Kleier Fass-
 70 Pl. 1 65 2 15 3 35 5 20 6 05

Große Posten Sport-Artikel

Schillstoff-Gamaschen 2.55
 Loden-Wickel-Gamaschen 2.10
 Promenaden-Gamaschen 2.50
 Leder-Gamaschen, ältere Formen 3.85
 Leder-Gamaschen, neue Formen 7.55
 Rucksäcke 1 05 1 85 2 55 3 95
 Bergstöcke, Lederzügel, Sweater, Reithosen, Radfahrer-
 hosen, Turnhosen, Turnhemden, Turnergürtel, Fußball-
 hosen, Ruders-Jäcker, Sportmützen, Stutzen usw. usw.
 Flieger-Kombinationen 10.55 16.25
 Ein Posten Flieger-Sturzhelme
 schwarz und braun, bewährte Form 16.25
 Ein Posten Flieger-Leder-Kleidung
 vorschriftsmäßig, schwarz u. braun, sehr billig
 Große Posten Staub- u. Reise-Mäntel 3.10
 Große Posten Staub- u. Reise-Mäntel, khaki 4.90
 Große Posten Auto-Staub-Mäntel 10.55

Herren-Artikel

Ein Posten Strohhüte 10, 25, 50, 80 Pl.
 Ein Posten Panama-Hüte 5.25
 Ein Posten Oberhemden, feingemastert 1.65
 Ein Posten Kragen, 4-fach, in 4 Formen 35 Pl.
 Ein Posten Manschetten... das Paar 20 Pl.
 Ein Posten Serviteurs 15 Pl.
 Ein Posten Krawatten 10 Pl.
 Ein Posten Selbstbinder, gelitten 20 Pl.
 Ein Posten Hüte, schwarz, steil 1.25
 Ein Posten Mützen 20, 45, 75 Pl.
 Ein Posten Knaben-Mützen 10 Pl.
 Ein Posten Schirme, 2 Jahre Garantie 3.40
 Ein Posten Schirme, Rein Gloria-Seide
 1000 Tage Garantie, moderne Griffe 5.15
 Ein Posten Schlaf-Anzüge (Pyjamas) 4.55
 Ein Post Sportheimden, „Halsfrei“ f. Herren 2.25
 Ein Posten Trikotasen (Hemden, Jacken, Hosen)
 Ein Posten Socken, Sweater, Strickwesten
 alles zu enorm billigen Preisen

Riesige Mengen Berufskleidung für alle Gewerke

Engl. Lederhosen und Joppen, Monteur-Hosen und -Jacken,
 Maler-, Mechaniker- und Setzer-Kittel, Manchester-Hosen
 und -Joppen, Friseur-Jacken und Kittel, Koch-, Kellner- und
 Konditor-Kleidung, Kleidung für Sanitätscinet, Mützen usw.
 zu herabgesetzten Preisen

Während des Ausverkaufs werden Waren an Wieder-
 verkäufer nicht abgegeben. Wegen des großen Antrags
 werden die Vormittagsstunden zum Kauf empfohlen.
 Prompter Versand nach außerhalb. Von 20 M. an franko.
 Auswahlsendungen können während des Ausverkaufs nicht
 gemacht werden. Entsprechende Änderungen
 an gekauften Gegenständen kostenlos.

BAER SOHN

Spezial-Haus größten Maßstabes für Herren- und Knaben-Kleidung. Kleiderwerke für tonangebende Herren-Moden.
Chausseestraße 29-30 **BERLIN** **11 Brückenstraße 11**
Gr. Frankfurter Str. 20 Gegr. 1891 **Schöneberg, Hauptstr. 10**
 Der Haupt-Katalog Nr. 49 (Neueste Moden) kostenlos und portofrei. Während des Saison-Ausverkaufs sind die Katalogpreise herabgesetzt.

Nachdruck verboten! Sonntag nur von 8-10 Uhr geöffnet!

Deutscher Gewerkschaftskongress.

München, 26. Juni 1914.

5. Verhandlungstag.

(Telegraphischer Bericht.)

Die Debatte über das gestrige Referat Schilde über Arbeitswillensschwäche und Unternehmerterrorismus

sowie über die dazu gestellte bereits veröffentlichte Resolution wird fortgesetzt.

Ein Antrag Liebmann-Weipzig (Metallarbeiter) will der Resolution hinzufügen: „Gegenüber den Bestrebungen, den Arbeitern das Koalitionsrecht zu verschleiern, betont der Gewerkschaftskongress, daß er in dem unbedingten Koalitionsrecht ein Grundrecht der Arbeiterklasse und die Vorbedingung für ihren kulturellen Aufstieg erblickt. Daher erklärt es der Kongress für die Pflicht der Arbeiterklasse, dieses Grundrecht gegen alle Angriffe der Gegner mit allen ihr zu Gebote stehenden Kampfsmitteln zu verteidigen. Der Gewerkschaftskongress erkennt an, daß zur Verteidigung dieses Grundrechts der Arbeiterklasse unter Umständen auch der Massenstreik in Anwendung kommen kann.“

Vorsitzender Leipart: Der Kongress hat es von Anfang an abgelehnt, die Massenstreikfrage zu erörtern. Dieser Entschluß ist darauf zurückzuführen, daß der Gewerkschaftskongress den Grundgedanken der gewerkschaftlichen Praxis aufrecht erhalten wollte, wonach es unzulässig erscheinen müßte, faktische Maßnahmen und unsere Kampfmittel in der notwendigen Abwehr- und Angriffsinstanz vor aller Öffentlichkeit zu erörtern und vorher festzulegen. (Sehr richtig!) Da der Kongress eine Erörterung der Massenstreikfrage abgelehnt hat, erhebt sich die Frage, ob er den Antrag Liebmann trotzdem erörtern wolle. (Lebhafte Zurufe: Nein! nein!)

Liebmann-Weipzig (Metallarbeiter): Wir ziehen den Satz zurück, um eine einmütige Kundgebung des Kongresses herbeizuführen. Gegenüber den immer heftiger werdenden Angriffen der Schwärmer und der Regierungen auf das Koalitionsrecht ist die Arbeiterklasse verpflichtet, dieses Recht mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln zu verteidigen. Das, was der Resolution Schilde noch fehlt und was unbedingt in dieser Situation gesagt werden muß, soll durch unseren Antrag ausgesprochen werden, um dessen Annahme ich erziele.

Schauer-Stettin (Bauarbeiter) weist auf den organisierten Terrorismus der pommerischen Landherren und des pommerischen Bauernverbandes hin, dessen Gründer, Herzberg, den Arbeitern befehlt, die Gerichtsverfahren zu gründen, ob sie nun leer oder besetzt sei. (Heiterkeit.) Der Pommerische Bauernverband legt allen Bauern, die für seine Mitglieder arbeiten, die Verpflichtung auf, keine sozialdemokratischen organisierten Arbeiter zu beschäftigen. Was sozialdemokratisch ist, bestimmt der Aufsichtsrat. Der Pommerische Bauernverband ist eine durchaus konservative Gründung. Bauunternehmern, die mit den freien Gewerkschaften Verträge abschließen, werden 5 Proz. der Bauunternehmer abgezogen. Die Tätigkeit der Terroristensorganisation zeigt sich auch in den Ausschüßungen. Dem Einsitz des Bauernverbandes ist es auch gelungen, die Justiz zu beeinflussen. In Trepow a. d. Rega hat man den kleinen Grundbesitzerverein zu einem Plottenvortrag des Landrats von Thadden-Preußig zusammengebracht und sie nachher so bearbeitet, daß sie beschloßen, nur solchen Unternehmern Arbeit zu geben, die sozialdemokratische Arbeiter nicht beschäftigen. Der Magistrat dieser Stadt erteilte einem Bauunternehmer den Zuschlag nur unter der besonderen Bedingung, daß bei den Unternehmern Mitglieder des Deutschen Bauarbeiterverbandes nicht beschäftigt werden dürfen. Für jeden Fall der Zuwiderhandlung wird ein Revisionsverfahren von 10 Mk. angekündigt. (Hört! hört!) Wie soll man sich gegen ein derartiges Vorgehen wenden, wenn der Landrat, der Bürgermeister und der Amtsrichter bei der Gründung dieser Terroristensorganisation zugegen waren? So sieht man, wer Terrorismus treibt.

Der letzte Redner ist der Sekretär des Bauarbeiterverbandes in Köln.

Fröhlich, der durch das Urteil des Schwurgerichts in dem Landfriedensbruchprozeß auf die Auslage des vielfach und schwer vorbestraften Robert Hauptmann zu mehrjähriger schwerer Freiheitsstrafe verurteilt worden war und diese Strafe vor kurzem abgehört hat, betont, daß die Klagen des Unternehmertums über Terrorismus vor Wahrheit ins Gesicht schlagen. Daß das Unternehmertum uns belämpft, nehmen wir ihm nicht übel, aber das können wir verlangen, daß dabei anständige Mittel angewendet werden. In der „Arbeiter-Zeitung“ werden den Richtern geradezu Fingerzeige gegeben, wie sie die „Hoyer“ hinter sichere Mauern schaffen können. „Hinterfrontmarschälle“ nennt uns die „Kölnische Zeitung“, dieses Lob der Rückratslosigkeit und Falschheit. Gerade diese Mütter sind die einzige Stütze der Staatsanwälte, Richter und der in den Gewerkschaften sitzenden Unternehmer. Bei so einseitiger Information braucht man sich nicht über die Urteile zu wundern. Nicht mit papierernen Protesten dürfen wir uns solchen Urteilen gegenüber begnügen, sondern der Massenstreik müßte die Antwort sein.

Leipart: Genosse Fröhlich hat die ungeheure Strafe, zu der er verurteilt wurde, bereits abgehört. Er hat das Schicksal aller derer geteilt, die ähnliche schwere Opfer für die Arbeiterbewegung haben bringen müssen. Der ganze Kongress wird damit einverstanden sein, wenn ich dem Genossen Fröhlich unsere wärmste Sympathie ausdrücke. (Lebhafte Beifälle.)

Knoll (Generalkommission) erinnert an den Terrorismus beherrschter Organe gegen die Arbeiterbewegung. Dies müssen besonders die Steinheger auslösen, die viel mit den Behörden zu tun haben. Gleichwohl hat es uns ja nicht, sondern uns nur weiter gebracht. Da im 1911 war eine Aussperrung der Steinheger in Merseburg. Da im 1912 war die königliche Kreisbauverwaltung den nicht aussperrenden Unternehmern an, sie hätten sich dem aussperrenden Unternehmerverband anzuschließen, sonst würde ihnen die Arbeit entzogen werden. So ist auch tatsächlich verfahren worden. Wir haben eine umfangreiche Denkschrift an den Ministerpräsidenten von Weismann, an den Reichspräsidenten an den Minister des Innern, an den Oberpräsidenten an den Provinziallandtag geschickt, worin wir uns über die Maßnahmen beschwerten. Wir warten heute noch auf Antwort. (Hört! hört!) Eine große Anzahl Kreisbauverwaltungen und Kommunalbauämter verpflichten die Unternehmer ausdrücklich, keine organisierten Steinheger zu beschäftigen und keinen Tarif mit unserem Verband abzuschließen. Wir haben in unserer Verlesung das Verhalten der Behörde so geschildert, daß wie eine Anklage wegen Beamteneiteligkeit hätten bekommen müssen, wenn nicht alles erweislich gewesen wäre. Eine Anklage ist nicht erfolgt. Es ist ein höchst verwerfliches System der herrschenden Klassen, den Arbeitern die größten Lumpen und die herrschenden Klassen als die vornehmlichsten Menschen hinzuweisen. Wer hätte aus Deutschland werden, wenn es in einen Verteidigungs-krieg geriete und die Arbeiter sich dann an den Grundbesitz halten wollten, daß der Herr über etwas Wortreiches sei! Aber die Erziehung nach solchen Grundgedanken, wie sie von der Unternehmerklasse verhandelt werden, muß ein Geschlecht von Lumpen und moralischen Desperados erzeugen. Zum Glück hat die deutsche Arbeiterklasse einen solchen Fonds von moralischer Kraft, daß sie sich niemals das Gefühl einmischen wird, der größte Lump ist der größte Tugendbold. (Beifälle.)

Ein Schlußantrag wird angenommen. — In seinem Schlußwort weist

Schilde darauf hin, daß die Unternehmer beschloßen haben, wie aus einem Protokoll bekannt geworden sei, die Mitglieder ihrer Verbände zu verpflichten, bei jeder Gelegenheit, auf jeder Tagung,

Besonders aber, wenn sie in öffentlichen Stellungen in den Kommunalverwaltungen, auf Kreis- oder Provinziallandtagen tätig sind, auf den angeblichen ungeheuren Terrorismus der Gewerkschaften hinzuweisen und eine Verstärkung des Arbeitswillenskampfes zu fordern. Diefen Beispiele müßten wir folgen und auch unerseits jede Gelegenheit benutzen, um den Nachweis zu führen, daß gerade diese Agitation der Unternehmer nichts weiter ist als eine getöschelose Fuge. Der Antrag Liebmann ist in meinem Antrage gewissermaßen mit enthalten. Mein Antrag legt den Hauptnachdruck auf die Aufklärung der Massen, weil das die Voraussetzung für jede zielbewußte Aktion ist. Die Aufklärung der Arbeiter ist die Hauptaufgabe. Hoffentlich nimmt der Kongress meinen Antrag einstimmig an.

Der Antrag Liebmann wird abgelehnt, die Resolution Schilde einstimmig angenommen.

Vorsitzender Leipart: Die Abstimmung über den Antrag Liebmann ist nicht so aufzufassen, als ob der Kongress nicht der Meinung wäre, als müßte nicht jeder einzelne seine ganze Kraft in den Dienst der Abwehrmaßnahmen gegen die Verklammerung des Koalitionsrechts stellen. (Lebhafte Zustimmung.)

Der Abschnitt A des Regulativs (Allgemeines) wird angenommen, nachdem vorher in getrennter Abstimmung gegen die Stimmen des Fabrikarbeiterverbandes die Nummer II angenommen worden ist, wonach sich das Zusammenwirken der gewerkschaftlichen Zentralverbände auch erstrecken soll auf die Abgrenzung der Organisations- und Agitationsgebiete der Gewerkschaften und die Entscheidung dieser Grenzfreiheiten gemäß den Beschlüssen des Gewerkschaftskongresses.

Zu dem Abschnitt B des Regulativs wegen Erledigung von Grenzfreiheiten

liegen zahlreiche Anträge vor.

Zunächst wird namentlich abgestimmt über den Antrag des Fabrikarbeiterverbandes, dem ersten Satz: „Die gewerkschaftliche Entwicklung vollzieht sich ununterbrochen in der Richtung des Zusammenschlusses der Organisationen zu großen, leistungsfähigen Verbänden, und die fortschreitende Technik bedingt mehr als bisher die Zuführung der ungelerten und Hilfsarbeiter zu den für sie zuständigen Berufs- bzw. Industrieverbänden“ folgenden Zusatz zu geben: „sowie andererseits die Zuführung der gelerten Arbeiter in die für sie zuständigen Verbände der ungelerten.“ Der Antrag wird mit 367 Stimmen, die 2210 085 Mitglieder vertreten, gegen 74 Stimmen mit 809 048 Mitgliedern abgelehnt.

Auf Antrag der Metallarbeiter wird über die Frage der Einführung einer

Verfugungshoheit gegen die schiedsgerichtlichen Urteile

nochmals die Debatte eröffnet. Die Metallarbeiter beantragen folgende Fassung: „Die Entscheidung des Schiedsgerichts ist endgültig und bindend, sofern sie nicht innerhalb eines Monats nach Zustellung des Schiedspruchs durch Beschwerde angefochten wird. Gegen die Entscheidung des Schiedsgerichts ist Beschwerde an die Vorstandskonferenz nur zulässig, wenn diese Beschwerde durch Verstoße gegen bestehende gewerkschaftliche Grundzüge und im Verfahren begründet ist. Die Vorstandskonferenz hat die Beschwerdegründe zu prüfen, sie kann Zurückweisung an ein Schiedsgericht oder Abmilderung der Beschwerde beschließen.“

Schilde-Stuttgart: Schon in der Vorstandskonferenz habe ich auf die Notwendigkeit, eine weitere Instanz zu schaffen, hingewiesen, sobald wir das Schiedsgericht zu zwingendem Recht machen. Hoffentlich wird in praxi nicht allzuviel Gebrauch von der Einführung der Schiedsgerichte gemacht, und hoffentlich einigen sich die streitenden Parteien in Zukunft untereinander. Ein Schiedsgericht kann auch beim besten Willen nie für die Entscheidung wichtiger Momente übersehen, es ist auch nicht ausgeschlossen, daß die Führung der Verhandlungen einmal zu wünschen übrig läßt. Da muß die Möglichkeit der Revision gegeben sein.

Moth-Berlin: Gründe dafür, daß gewerkschaftliche Grundzüge verletzt oder daß das Verfahren nicht richtig gewesen sei, werden sich immer finden lassen. Auf jeden Fall darf nicht jede Beschwerde für zulässig erachtet werden, sondern nur gegen solche Urteile, die nicht mit Dreiviertelmajorität gefällt worden sind.

Umbreit: Ich will der Einführung eines Revisionsverfahrens nicht widersprechen. Gegen die Einführung der Revision aber wäre ich, weil durch sie die Autorität der Schiedsgerichte gemindert wird, die dann nur immer Durchgangsstationen wären. Nun beantragen die Metallarbeiter zu meinem lebhaften Bedauern, daß sich das Revisionsverfahren auf die Prüfung des Verfahrens selber erstrecken soll. Aber das Verfahren selber ist nicht festgelegt worden. Redner bittet die Metallarbeiter dringend, in ihrem Antrage den Satz „im Verfahren begründet ist“ zu streichen.

Saue-Berlin (Kupferhändler) erklärt sich gegen den Antrag der Metallarbeiter.

Miel-Berlin tritt für den Antrag Schilde ein.

Legien: Die Annahme des Antrages der Metallarbeiter ist in der gegebenen Situation zweckmäßig, um den Frieden in den Organisationen zu sichern. Nun wir das und tragen damit den Wünschen eines Teils der Organisationen Rechnung, dann kommt es auf das eine Wort, das Umbreit bemängelt, auch nicht an.

Döllm-Berlin (Buchdrucker): Zu der jetzigen Situation müssen die Gewerkschaften einig sein. Dieser Einigkeit dient der Antrag Schilde, er bringt uns aus dem Dilemma heraus.

Schilde-Stuttgart (Metallarbeiter) polemisiert gegen Umbreit in der Frage der Anfechtung wegen Fehlen des Verfahrens; wir denken dabei hypothetisch an eine mögliche mangelhafte Beweisführung oder Parteilichkeit des Vorsitzenden.

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Die vom Vorsitzenden Leipart gestellte Vorfrage, ob in Zukunft Schiedsgerichte zur Entscheidung von Grenzfreiheiten eingesetzt werden sollen, wird mit großer Mehrheit gegen die Stimmen der Fabrikarbeiter bejaht.

Der Antrag 23 — die Schiedsgerichte haben sich an die gewerkschaftlichen Grundzüge zu halten — wird von den Transportarbeitern zurückgezogen, nachdem der Vorsitzende Leipart unter der Zustimmung des Kongresses diese Forderung als selbstverständlich erklärt hat.

Es folgt die namentliche Abstimmung über den Antrag 22, ob gegen Schiedsprüche die Berufung an die Vorstandskonferenz, das heißt die sachliche Nachprüfung des Schiedspruchs in vollem Umfang gestattet werden soll.

Der Antrag wird mit 370 Stimmen gegen 66 Stimmen abgelehnt und sodann in einfacher Abstimmung der Antrag Schilde mit großer Mehrheit angenommen. Ebenso der Abschnitt „Grenzfreiheiten“ des Regulativs.

Die Anträge K. 2, K. 3 und K. 4, die wünschen, daß der Kongress sich im Sinne der Betriebsorganisation ausspreche, werden gegen die Stimmen der Fabrik- und Gemeindearbeiter abgelehnt.

Antrag K. 5, der die Generalkommission beauftragt, mehr als bisher die Verschmelzung verwandter Verbände in Industrieverbände zu fördern, wird abgelehnt.

Die Anträge K. 8, K. 13, K. 18, K. 19, die durch die Abstimmung des Regulativs über Grenzfreiheiten und über die Erledigung von Uebergriffen zum großen Teil erledigt sind, werden vom Metallarbeiterverband zurückgezogen.

Der Antrag K. 19 (Buchdrucker) auf einheitliche Regelung der Uebertrittsbedingungen und gleichmäßige Gestaltung der Karenzzeiten wird der Vorstandskonferenz überwiesen.

Darauf wird in der Schlußabstimmung das ganze Regulativ für das Zusammenwirken der Gewerkschaften Deutschlands gegen die Stimmen der Fabrik- und Gemeindearbeiter angenommen.

Brey (Fabrikarbeiterverband) verliest folgende

Erklärung:

Die Vertreter des Verbandes der Fabrikarbeiter bedauern die Ablehnung aller Anträge, die der Betriebsorganisation die Wege ebneten sollten. Sie sind auch nach der Entscheidung des Gewerkschaftskongresses der Auffassung, daß die Betriebsorganisation als Grundlage der industriellen Verbände notwendig ist und durch die Konzentration der Gütererzeugung sowie durch die Entwicklung der Technik immer mehr notwendig wird. Die Vertreter des Fabrikarbeiterverbandes sind ferner der Auffassung, daß die Entscheidung des Gewerkschaftskongresses eine Vermehrung der Differenzen und Streitigkeiten innerhalb der Gewerkschaften zur Folge haben wird. Als einen Versuch, wenigstens zu einem Teile diese Differenzen zu beheben oder zu mildern, betrachten die Unterzeichneten die wiederholte Erklärung des Vorsitzenden der Generalkommission, daß diejenigen gelerten Arbeiter den Organisationen der ungelerten überwiesen werden sollen, die zur Stärkung der Kampffähigkeit dieser Organisationen wesentlich beitragen. Wir sprechen deshalb die bestimmte Erwartung aus, daß die Verbände der gelerten Arbeiter im Sinne der Erklärung des Vorsitzenden der Generalkommission handeln. Weiter erklären die Unterzeichneten, daß nach ihrer Auffassung die Bildung der Zwangsschiedsgerichte das gewerkschaftliche Zusammenwirken, damit aber auch das Zusammenarbeiten des Verbandes der Fabrikarbeiter mit den übrigen der Generalkommission angegliederten Gewerkschaften außerordentlich erschwert; sie lehnen deshalb nachdrücklich die Verantwortlichkeit für alle Folgen dieser Beschlüsse ab. (Folgen die Unterzeichneten.)

Diese Erklärung wird mit Unruhe und Zwischenrufen angenommen.

Hedemann (Gemeindearbeiterverband) erklärt, daß er sich der eben abgegebenen Erklärung Brey anschließen. Wir sind nach wie vor der Meinung, daß für die Organisation der Gemeindearbeiter nur die Betriebsorganisation in Frage kommt.

Vorsitzender Leipart: Der Kongress hat diese Erklärungen entgegengenommen. Ich glaube die Pflicht zu haben, darauf zu antworten, daß die Mehrheit des Kongresses die bisher gefassten Beschlüsse nach reiflicher Ueberlegung und in der festen Ueberzeugung gefaßt hat, damit dem Wohle der gesamten Gewerkschaftsbewegung zu dienen. (Lebhafte Beifälle.)

Reichel-Stuttgart (Metallarbeiterverband) bezeichnet die gestrige Mitteilung Legiens, daß der Vorstand des Metallarbeiterverbandes in die Abtreibung der Zigarettenmaschinenfabrik bereits eingewilligt habe, als einen Irrtum. Es ist das eine Sache der Zukunft. Einstweilen haben wir uns dahin entschieden, daß die Hilfsarbeiterinnen an den Zigarettenmaschinen unbestreitbar zum Tabakarbeiterverband gehören.

Damit ist die Beratung des Regulativs erledigt.

Ueber

die Bestrebungen des Verbandes deutscher Arbeitsnachweise

referiert A. Neumann. Er bespricht die Organisation des öffentlichen Arbeitsnachweises, dessen 16 Arbeitsnachweisverbände mit den ihnen angeschlossenen 330 Arbeitsnachweisen von Dr. Freund als die gesetzlichen Träger der deutschen Arbeitsnachweisorganisationen vorgeschlagen werden. Nachweislich sind darunter außer den gemeinnützigen Arbeitsnachweisen solche der Herbergen zur Heimat, der Wanderarbeitsstätten, Gestübenmittlungsstellen, Arbeitsnachweise der Landwirtschaftskammern, des Ostmarkenvereins, der Arbeiterkolonien, der Heimatslosen-Hilfe, Nachweise des Evangelischen Frauenbundes und sonstiger religiösen und gemeinnütziger Vereine, sowie der deutschen Landarbeiterzentrale, die durch 30 Kämter die ausländischen Wanderarbeiter vermittelt. Die Arbeiterschaft ist bei allen diesen Arbeitsnachweisen, die ihren Namen gar nicht verdienen, in keiner Weise vertreten. Die Neutralität dieser Arbeitsnachweise, die sich mit der Neutralität der Bureaukratie und der Justiz deckt, darf nicht mit Parität verwechselt werden. Seitens der Arbeiter wurde den öffentlichen Nachweisen ein weitgehendes Vertrauen entgegengebracht, weil es in erster Linie galt, das Schicksal der zurückzubringen und den öffentlichen Nachweis auf eine breite Basis zu stellen. Die Arbeitgeberverbände haben von Anfang an der Tätigkeit der öffentlichen Nachweise entgegengetreten; die öffentlichen Nachweise aber erwidern das Vertrauen der Gewerkschaften mit dem unabweislichsten Mißtrauen. In ihnen herrscht vielfach ein arbeiter- und gewerkschaftsfeindlicher Geist. So lange nur die Unternehmer gegen die paritätischen Arbeitsnachweise aufgetreten sind, hätten wir uns darüber nicht sonderlich aufgeregt, aber heute wissen wir, daß die

Sehe gegen die paritätischen Nachweise

von dem angeblich paritätischen Verbände deutscher Arbeitsnachweise Arm in Arm mit den preussischen Ministerien des Innern und für Handel und Gewerbe geführt wird. Auch die praktische Vermittlungstätigkeit der öffentlichen Nachweise ist nicht geeignet, das Vertrauen der Arbeiter zu ihnen zu erhöhen. Ganz offensichtlich unterliegt z. B. das Stuttgarter Städtische Arbeitsamt das Bestreben der Unternehmer, in der schlechten Geschäftszeit die Löhne zu drücken und die tariflich geregelten Arbeitsbedingungen zu durchbrechen. Man erklärt Arbeiter, die wegen ihres Eintritts für den Tarifvertrag das Unglück der Arbeitslosigkeit zu spüren bekommen, für arbeitslos und schließt sie für längere oder längere Zeit von der Arbeitsvermittlung aus. (Hört! hört!) Man hat sogar erklärt, daß die Arbeiter unter Umständen bei der gegenwärtigen Lage des Arbeitsmarktes für einen geringeren Lohn als den seitherigen arbeiten müssen. Ähnliche Fälle sind auch aus anderen Städten bekannt. Trotzdem wollen wir auch weiterhin an der Ausgestaltung der öffentlichen Arbeitsnachweise mitarbeiten, natürlich unter gewissen Reserven dafür, daß die Interessen der Arbeiterklasse und ihrer Organisationen nicht geschädigt werden. Dieses wichtige Gebiet darf nicht der Unternehmern oder sonstigen unverantwortlichen Kreisen zur Verfügung oder Wehrlosmachung der Arbeiterklasse ausgeliefert werden. Soll der Arbeitsnachweis nach dem Willen der Unternehmer ein Kampfsujet sein, dann wird auch die Arbeiterschaft kämpfen müssen. (Sehr wahr!)

Wir sind keine Gegner der gesetzlichen Arbeitsvermittlung, müssen aber vor allen Dingen darauf bestehen, daß alle paritätisch organisierten gemeinnützigen Arbeitsnachweise anerkannt und zu gemeinsamem Wirken verpflichtet werden, insbesondere müssen die paritätischen Tarif- oder Facharbeitsnachweise als wertvolle Errungenschaft der Arbeiter anerkannt und geschützt werden. Der Kampf für eine wirklich geregelte Arbeitsvermittlung ist zugleich ein Kampf gegen die fundamentalen Grundzüge aller Arbeitgeberverbände, die nach wie vor jede Parität verwerfen. Wir lassen uns in diesem Kampfe auch nicht beirren durch die unverständige Haltung der Christlichen und der Dirsch-Dunderschen, die jederzeit bereit waren, jede Niederträchtigkeit gegen die paritätischen Arbeitsnachweise nach besten Kräften zu fördern. Trotzdem marschieren der paritätische Tarif- oder Facharbeitsnachweis, dem 1912 bereits 1891 Tarifgemeinschaften mit insgesamt 231 000 Beschäftigten angeschlossenen sind. Die

reichsgerichtliche Regelung der Arbeitsvermittlung

ist bereits auf früheren Gewerkschaftskongressen lebhaft erörtert worden; allerdings müßten wir dem Entwurf des Schönerbergers Oberbürgermeisters Dominicus, den er 1908 der Generalversammlung des Verbandes der Arbeitsnachweise vorlegte, schwere Bedenken entgegenstellen. Nach der Denkschrift der Generalkommission von 1911 hat die Internationale Konferenz zur Verwirklichung der Arbeitslosigkeit betont, daß wohl die beste Lösung der Arbeitsnachweisfrage in der Tarifvereinbarung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern auf paritätischer Grundlage zu erblicken sei unter Anerkennung der Selbstverwaltung dieser Tarifarbeitsnachweise. Die volle Unabhängigkeit der paritätischen Facharbeitsnachweise ist der Bürokratie unangenehm und deshalb soll sie beseitigt werden. Die Christlichen und die Dirsch-Dunderschen Gewerkschaften wollen

keine Verpflichtung zur Benutzung solcher Nachweise anerkennen. Wir haben ihnen die Mitarbeit nicht streitig gemacht, aber wir treten ihnen entgegen, wenn sie den Nachweisen den Krieg erklären. Zu schwach, um aus eigener Kraft einen Einfluß auf die Verwaltung des Nachweises beanspruchen zu können, will man sie der Bureaueinfahrt ausliefern in der Erwartung, daß von dieser Stelle der Kampf gegen die freien Gewerkschaften schon richtig geführt und den anderen Organisationsrichtungen liebevoll unter die Arme gegriffen wird.

Die Reformwünsche Dr. Freund's,

des Vorsitzenden des Arbeitsnachweisverbandes, sind genügend erkennbar an dem § 2. der von ihm ausgearbeiteten Grundlage, wonach, wenn ein allgemeiner, das ganze Gewerbe umfassender Tarifvertrag besteht, durch Beschluß des Kuratoriums bestimmt werden kann, daß die Arbeitsvermittlung nur zu den tariflichen Arbeitsbedingungen erfolgt. Ob die Voraussetzung dafür vorliegt, entscheidet der Träger des Allgemeinen Arbeitsnachweises, das heißt man will die selbständige Vertragsfreiheit des Arbeiters den Unternehmerorganisationen gegenüber entziehen und die Tarifverträge selbst und ihren Bestand den Leitern der Bureaueinfahrt ausliefern. Ein solcher Arbeitsnachweis könnte jederzeit die Tarifverträge über den Haufen rennen und die Vertragsparteien lassen ruhig zusehen müssen, wie die von ihnen als Teil für den Tarifvertrag geschaffenen Arbeitsnachweise zu Vertragsbruchszwecken mißbraucht werden. Derartige Mißbräuche müssen wie natürlich zurückgewiesen und es muß uns zu energischer Abwehr gegen so ausgestaltete öffentliche Arbeitsnachweise veranlassen. Das hat Herr Freund gesagt und er hat daher folgende Fälle aufgestellt: Nacharbeitsnachweise, welche die Vertragsgrundlage nicht befolgen, können, auch wenn sie paritätisch organisiert sind, als öffentlich und in ausserordentlichem Umfang bestehend im Sinne des Arbeitsvermittlungsgesetzes nicht angesehen werden. Das ist die

Polizeikarte gegen die paritätischen Nachweise,

die sich dem Willen Dr. Freund's nicht fügen wollen. Nun, wenn man uns diesen Kampfauftrag, sind wir bereit, ihn aufzunehmen. Wir sind dazu gezwungen, wenn die notwendigen und nützliche öffentliche Arbeitsvermittlung arbeiten und gewerkschaftsfeindlich mißbraucht wird. Da Dr. Freund unseren Widerstand gegen seine Pläne kennt, so erwartet er die Erfüllung seiner Forderungen von der Gesetzgebung. Er will die öffentlichen Arbeitsnachweise monopolisieren, ihnen eine ähnliche Stellung wie den Handelskammern verschaffen, die Landesarbeitsämter vermehren und ihnen dann noch die richtige Organisation geben, insbesondere Zwangsbeschlüsse, ferner die Schlichtung von vorhandenen Arbeitsnachweisen und die Genehmigungspflicht für jedes Unternehmen für Arbeitsvermittlung. Ein lächerliches Reg. öffentliches Nachweise soll das Deutsche Reich umspannen, in denen aber die staatlichen Behörden allein zu bestimmen haben sollen, während daneben höchstens noch die Unternehmerarbeitsnachweise und die der patriotischen Vereine usw. geduldet werden sollen. Alle möglichen Leute sollen darin vertreten sein, nur die Arbeiter nicht. Das ist die Unparteilichkeit dieser Nachweise. Dr. Freund selbst spricht davon, daß der Arbeitsmarkt die ganze Persönlichkeit des Menschen erfasse, und trotzdem soll er ebenso wenig gehört und gefragt werden, wie Pferde und Ochsen auf dem Viehmarkt. Wir wollen dem Ausbau des öffentlichen Nachweises auf paritätischer Grundlage unsere Kräfte widmen, aber wir verlangen auch Anerkennung unserer Mitarbeit nicht nur von den Gesetzgebern, sondern auch von den Trägern des öffentlichen Arbeitsnachweises. (Sechster Beifall.)

Der Referent unterbreitet dem Kongreß folgende

Resolution:

Die Bestrebungen des Verbandes Deutscher Arbeitsnachweise, eine gesetzliche Regelung der Arbeitsvermittlung im Sinne des öffentlichen Arbeitsnachweismonopols durch Bureaueinführung der Arbeitsnachweise und der Vereinfachung der paritätischen Verwaltung herbeizuführen, sind geeignet, der Arbeiterklasse den mißbrauch erzwungenen Einfluß auf die Arbeitsvermittlung illusorisch zu machen.

Die Gewerkschaften wollen grundsätzlich, daß der Arbeitsnachweis den Interessenkämpfen zwischen Unternehmern und Arbeitern entzogen werde. Sie weisen den Anspruch der Unternehmer, allein den Arbeitsnachweis zu beherrschen und ihn ihren einseitigen Interessen dienlich zu machen, entschieden zurück und erkennen die beste Lösung des Arbeitsnachweisproblems in einer gesetzlichen Regelung, die alle paritätisch organisierten, gemeinnützigen Arbeitsnachweise anerkennt, und zu gemeinsamem Wirken verpflichtet. Die tariflichen Nacharbeitsnachweise sind wertvolle Errungenschaften der Arbeiterklasse, die von dem Vertrauen und der Mitarbeit beider Parteien getragen, einen weit größeren Einfluß auf den beruflichen Arbeitsmarkt ausüben können, als öffentliche Arbeitsnachweise. Sie vermitteln nicht nur Arbeitsvermittlung und Arbeitskräfte, sondern gewährleisten auch die Durchführung tariflich geregelter Arbeitsverhältnisse, die zugleich dem wohlverstandenen Interesse der Arbeitgeber und dem Wohle des ganzen Gewerbes dienen. In der Verhinderung dieser tariflichen Nacharbeitsnachweise durch den Verband Deutscher Arbeitsnachweise erblickt der Kongreß eine verhängnisvolle Schädigung der gesamten Arbeitsvermittlung, wie auch der gesunden Entwicklung des Arbeitsrechtes auf paritätischer Grundlage.

Die Vorschläge des Vorsitzenden des Verbandes Deutscher Arbeitsnachweise, die darauf gerichtet sind, in einer öffentlich-rechtlichen Organisation der Arbeitsvermittlung den Einfluß der Bureaueinfahrt wie auch der Unternehmer zu stärken und selbst einseitige Unternehmerarbeitsnachweise zuzulassen, den Einfluß der Arbeiter dagegen zu schwächen und völlig lahm zu legen, weist der Kongreß mit großer Entschiedenheit zurück.

In der Diskussion nimmt

Bochsch-Berlin (Gewerkschaftliche) das Wort: Es ist charakteristisch für Deutschland, das Land der Sozialreform, daß der Referent es unterlassen hat, in dieser Frage die Gesetzgebung anzurufen und sogar darüber warnen mußte. In England besteht seit einer Reihe von Jahren ein Arbeitsnachweisgesetz, das den Forderungen der Gewerkschaften entspricht. Ueber das ganze Land ist ein Reg. von Arbeitsämtern gebreitet, in denen die Beamten der Gewerkschaften als Vermittlungsbeamte in Gebäuden wirken, die auch in anderen Fällen Institute im Interesse der Arbeiterklasse umfassen. Diese Arbeitsnachweise nehmen auch auf die Tarife und die Streiklausel Rücksicht. Wollen wir in Deutschland eine wirkliche Sozialreform, so müssen wir gesetzlich geregelte Arbeitsnachweise verlangen. Hinter dem Verband der Deutschen Arbeitsnachweise steht die preussische Regierung, und es ist nicht ganz richtig, den Dr. Freund zum Vorgesetzten zu machen, zum eigentlichen Träger der unfreundlichen Haltung gegenüber den paritätischen Nachweisen. Dr. Freund und seine Freunde sind die Geschworenen und die preussische Regierung unterstützt den Verband der Arbeitsnachweise, dem die Mittel fehlen, mit 10000 M., damit der Verband ihren Intentionen folgt. Auch unsere Konkurrenzgewerkschaften tragen dazu bei, daß die Stimmung gegen die paritätischen Arbeitsnachweise geht. So werden die christlichen Gewerkschaften in Berlin gewarnt, dem paritätischen Arbeitsnachweis beizutreten, die Hirsch-Dunderschen gleichfalls. Die Gewerkschaften sind nun gerade ein betriebsloses Ausbeutungsobjekt für die gewerblichen Stellenvermittler. Wo aber gut fundierte Arbeitsnachweise bestehen, ist es die Pflicht der Regierung, gewerbliche Stellenvermittler nicht mehr zu konfessionieren. Das wäre von besonderem Wert für die Gewerkschaften. Aber da wird behauptet, die freigeberischen Verbände wollten mit den paritätischen Arbeitsnachweisen nur Terrorismus üben und ihre Alleinherrschaft sichern. Nun besteht aus in unseren Kreisen eine Strömung, die sich an den paritätischen Arbeitsnachweisen nicht mehr beteiligen will und auch den gewerkschaftlichen und paritätischen Arbeitsnachweis zurücktreiben möchte. So sehr aber auch die Freunde und Genossen gegen uns arbeiten, so große Schwierigkeiten und die Regierung bereitet, wir müssen doch mit helfen und werden uns aus den paritätischen Arbeitsnachweisen nicht ausschalten lassen, weil sonst die Hirsch-Dunderschen, die Gelden und Christlichen da einzeln würden. Der Verband der Gewerkschaften, der einen sehr häufigen Arbeitsnachweis hatte, hat ihn dennoch aufgegeben, um sich am paritätischen Arbeitsnachweis zu beteiligen.

Eschen-Berlin (Metallarbeiter) hält es für besser, wenn den Gewerkschaften die gesetzliche Regelung möglichst lange vom Halbe bleibt, die ihnen nur neue Hindernisse bringen würde. Wir sind gezwungen, uns auf die eigene Kraft, auf die Macht der Gewerkschaften zu stützen und Front gegen die Art zu machen, wie die Unternehmer die Arbeitsvermittlung betreiben. Was Winig in der „Neuen Zeit“ über die gesetzliche Regelung sagt, kann ich nicht unterschreiben. Er erwartet davon sogar eine Eindämmung der gelben Gefahr. Aber die Behörden subventionieren geradezu die gelbe Bewegung. Der bekannte Magistratsrat Wöhlbling machte den Vorschlag, Beamte mit der Leitung der gesetzlichen Arbeitsnachweise zu betrauen, und dann würde es so ähnlich werden wie bei den Ortskrankenkassen. Wöhlbling ist dabei ein Gegner des Dr. Freund. Auch die interlokale Regelung des Arbeitsnachweises bei uns, so wie sie vorgeschlagen wird, sehr zurückhaltend stimmen. Wird dieser Regelung würden wir keine Möglichkeit haben, festzustellen, ob an einem Orte, nach dem von der Großstadt her Arbeitskräfte verlangt werden, eine willige Nachfrage besteht, oder ob man diesen Bedarf nur angibt, um konsumierenden Arbeiter als Lohnbrüder heranzuziehen. Die Großunternehmerarbeitsnachweise richten sich darauf ein, bei der gesetzlichen Regelung der Arbeitsnachweise gerade eine Rolle zu spielen. Nach außen hin geben sie sich den Anschein, als ob sie ganz unparteiisch vermitteln, früher wurde ein mißliebiger Metallarbeiter vom Arbeitsnachweis der Metallindustriellen ohne weiteres auf längere Zeit zurückgewiesen; jetzt vermittelt der Arbeitsnachweis, schickt die Arbeitsuchenden in die Betriebe, und dort wird dem Mann gefügt, er werde nicht eingestellt. So haben die Mißliebigen bloß noch den Weg zur Fabrik offen; aber nach außen hin währt der großindustrielle Arbeitsnachweis seine Unparteilichkeit.

Ambricit: Die Gewerkschaften hatten nach wie vor im Prinzip an der gesetzlichen Regelung der Arbeitsnachweise fest, aber wir akzeptieren nicht jede gesetzliche Regelung, vor allem nicht die Freund'sche. Der Verband der Arbeitsnachweise setzt sich in der Hauptsache zusammen aus Arbeitsnachweisen für Ungelehrte und Diensthofen. Er bietet nicht die Grundlage für die allgemeine Regelung des Arbeitsnachweises. Die Interessen der Großindustrie erfordern Qualitätsarbeiter, und ohne die Arbeitsnachweise für Qualitätsarbeiter bleibt jede gesetzliche Regelung Stückwerk. Allerdings unterstützt die Großindustrie die Freund'schen Vorschläge. Wir wollen keine gesetzliche Regelung unter Preisgabe des Einflusses der organisierten Arbeiter, sondern nur im Sinne einer weiteren Entwicklung in sozialer Hinsicht. Wir wollen also die weitere Ausbreitung der tariflich geregelten Art von Arbeitsvermittlung, in ihr sehen wir die beste Vorbereitung für eine gesetzliche wirklich soziale Regelung der Arbeitsnachweise.

Hartwig-Hamburg (Bauarbeiter) wendet sich gegen die Bemerkungen Neumann's und Cobens über einen von Winig in der „Neuen Zeit“ veröffentlichten Artikel, worin sich Winig gegen die reichsrechtliche Regelung der Arbeitsnachweise ausgesprochen hat. Winig erklärt hierzu, daß er zu dieser Uebersetzung dadurch gekommen sei, daß die Richtung der gelben Vereine stark gefördert wird und daß dadurch die Arbeitsnachweise in verschiedenen Großindustrien von den Unternehmern beherrscht werden. Auch bei den besten Hoffnungen für die Zukunft kann doch keiner von uns glauben, daß wir in absehbarer Zeit dieses Arbeitsnachweismonopols der Industriellen brechen können. Hier ist ein Fall, wo die politische Bewegung der Arbeiterklasse die gewerkschaftliche ergänzen muß. Ich stimme durchaus der Resolution Neumann bei, aber ich habe in der „Neuen Zeit“ nicht über die gesetzliche Regelung der Arbeitsnachweise geschrieben, sondern nur darüber, wie wir die gelbe Bewegung bekämpfen können. Das kann meines Erachtens nur dadurch ge-

schähen, daß wir das Monopol des Unternehmertums auf dem Gebiete des Arbeitsnachweises brechen, und das kann wiederum nur geschehen durch das politische Instrument der Arbeiterklasse, die mit diesem Zustand und mit den Plänen des Dr. Freund aufträmen muß.

Nach einem Schlußwort des Referenten Neumann wird keine Resolution einstimmig angenommen.

Am Schluß der Sitzung werden die Vorschläge für die Wahl der Generalkommission kurz besprochen. Die Wahl selbst findet morgen früh statt. Von einigen Rednern wurde gewünscht, daß alle Mitglieder der Generalkommission in Berlin wohnen sollen; dem wurde entgegengehalten, daß dann diejenigen Verbände, die ihren Sitz außerhalb Berlins haben, von der Vertretung in der Generalkommission ausgeschlossen würden.

Die weiteren Verhandlungen werden auf Sonnabend vertragen.

Aus Industrie und Handel.

Die Barreserven der Banken.

Die „Nordd. Allg. Zig.“ vom Freitag abend macht nähere Ausführungen zu dem Verlangen der Reichsbank auf Erhöhung der Barreserven der deutschen Banken. Der Reichsbank-Präsident habe in einer Besprechung am 18. d. M. zunächst den Berliner Großbanken empfohlen, die Deduktion ihrer fremden Gelder durch den Vorrat allmählich auf 10 Proz. zu verstärken. Später soll auch an die Provinzialbanken mit der nötigen Unterschiedlichkeit herangetreten werden. Für die Auffüllung dieser Barreserven werde ein Zeitraum von zwei Jahren für ausreichend erachtet. Die anzusammelnden Kassenreserven seien aber nicht als eigener Bestand gedacht, sondern sollten zur freien Verfügung der Banken stehen, die sie in flüssigen Zeiten nach Möglichkeit auffüllen könnten, um in Zeiten der Anspannung davon Gebrauch zu machen.

Dann heißt es in dem Regierungsblatt weiter: „Die Reichsbank vertritt den Standpunkt, daß nicht länger damit gezögert werden darf, die von ihr als nötig erachtete Erhöhung der Barreserven der Kreditbanken (Kasse und Guthaben bei Noten- und Abrechnungsbanken) zur Durchführung zu bringen, und daß die Verhältnisse für diese Durchführung außerordentlich günstig liegen und ohne besondere Störungen für unser Wirtschaftsleben ermöglichen. Die wirtschaftliche und finanzielle Entwicklung Deutschlands ist in ruhiger, durch die Abschwächung der industriellen Konjunktur und die größere Flüssigkeit am Geldmarkte gekennzeichnete Bahnen eingeleitet und beginnt einer größeren Blüthe unserer Volkswirtschaft die Wege zu ebnen. Ueberdies darf erwartet werden, daß nach der gewaltigen Expansion unserer großen Gewerbe auch die nächste Aufstiegsperiode nicht so große Kapitalinverteilungen fordern wird wie die vergangene. Ein weiteres Hinusschieben der zu ergreifenden Maßnahmen, deren Durchführung nur mit der gebotenen Schonung innerhalb eines längeren Zeitraumes möglich sein wird, könnte leicht verhängnisvoll werden.“

Großgrundbesitz und Mittelstand.

Dieser Tage fand in der oberhessischen Stadt Jauer der Verbandstag der selbständigen Müller statt. In den Debatten wurde lebhaft über die deutsche Zollpolitik geführt und in einer Resolution ein völliges Verbot der Getreideausfuhr aus Deutschland verlangt. Es wurde weiter die Wichtigkeit des Verkehrs der Schweizer Handelskammer bestätigt, wonach die Jauer das gute Getreide an Frankreich und Rußland verkaufen, das dort teils zur Verproviantierung des Militärs und teils als Schweinefutter verwendet wird. Wird durch diese Praxis, bei der für den heimischen Verbrauch nur die mindwertigen Getreideforten verarbeitet werden, die Müllerei schon schwer geschädigt, so tun die Agrarier in dieser Beziehung noch ein übriges. Der Bericht sagt hierzu folgendes:

„Mittlere Klagen wurden geführt über die Konkurrenz, die dem Müllergewerbe seitens des Großgrundbesitzes durch das gewerksmäßige Schroten des Getreides gegen Bezahlung erwächst. Durch Anschluß an die elektrischen Ueberlandzentralen kämen die Landwirte in die Lage, aus dem Getreideforten ein Gewerbe zu machen, und ihre günstige wirtschaftliche Lage — infolge guter Ernten, Getreidepreise usw. — gestalte ihnen, sich die nötigen Maschinen anzuschaffen. Eine Verhinderung der Hirschberger Müllerei beim Landrat blieb ohne Erfolg.“

Der Bund der Landwirte wird natürlich nach wie vor beteuern, daß er der beste Freund des Mittelstandes sei. Er wird es auch dann noch tun, wenn alle Welt weiß, daß er seinen agrarischen Mitgliefern durch seine „Elektrotechnische Ahtellung“ und durch die Lieferung der für die Müllerei nötigen Maschinen, Drosseln, Schrotmühlen usw. vollständige Nebenbetriebe einrichtet läßt, also anfängt, eine planmäßige Betriebskonzentration größten Stils vorzunehmen. Aber langsam dümmert auch im landwirtschaftlichen Mittelstand die Erkenntnis von der bedenklichen „Freundschaft“ der Junker, und schließlich wird die sozialdemokratische Aufklärungsarbeit auch hier nicht ohne Erfolg bleiben.

Spezialarzt

Dr. med. Wockenfuß,
Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor)
für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden —
Ehrlich-Kata-Kur (Dauer 12 Tage).
Blutuntersuchung: Schnelle, sichere
schmerzlose Heilung ohne Berufs-
störung. Teilzahlung.
Spr. vorm. 10-8 ab. Sonnt. 9-10.

In Freien Stunden

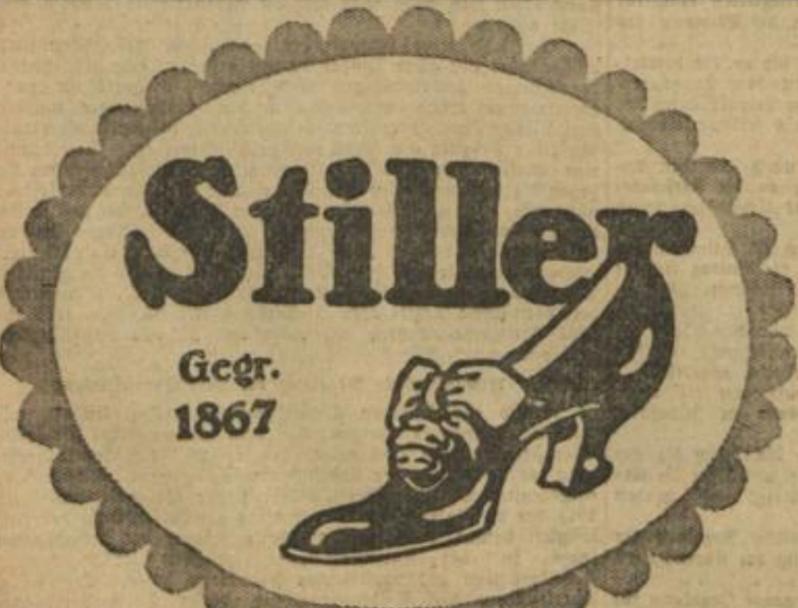
Die
Wochenschrift für Arbeiterfamilien
Wöchentlich 1 Heft für 10 Pf.

Montag, den 29. d. Mts.

beginnt unser

Saison-Ausverkauf

Enorm billige Preise!



Vorortnachrichten.

Wahlrechtssturm im Neuköllner Rathaus.

Der Oberbürgermeister auf der Anklagebank.

Die sozialdemokratische Fraktion hatte der Stadtverordnetenversammlung folgenden Antrag unterbreitet:

„Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Herrn Stadtverordnetenvorsteher, in der Verwaltungstreitliche Höflichkeit gegen die Stadtverordnetenversammlung das Urteil des Bezirksausschusses durch Einspruch an das Oberverwaltungsgericht anzufechten.“

Stadtv. Groger (Soz.) begründete den Antrag und führte aus: Prinzipiell hat sich die Stadtverordnetenversammlung schon festgelegt... Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Herrn Stadtverordnetenvorsteher, in der Verwaltungstreitliche Höflichkeit gegen die Stadtverordnetenversammlung das Urteil des Bezirksausschusses durch Einspruch an das Oberverwaltungsgericht anzufechten.

Darauf nahm Oberbürgermeister Kaiser das Wort und erklärte: Ich lege Wert darauf, festzustellen, daß ich mich keineswegs gegen die der Stadtverordnetenversammlung gegenüber übernommenen Pflichten vergangen habe... Auf Antrag der Sozialdemokraten wurde der Antrag abgelehnt.

streit, der durch das Vorgehen des Magistrats hervorgerufen sei, würden noch mehr Prozesse entstehen, die den Bürgerlichen nicht zur Ehre gereichen werden. Der Grundlag, den heute Justizrat Abraham aufgestellt habe, sei: Was Ihr Nachteil ist, ist unser Vorteil, bedeutet nichts anderes als den Standpunkt der flagranten Rechtsbeugung.

In namentlicher Abstimmung wird der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion mit 39 gegen 28 Stimmen abgelehnt. Die vom Magistrat beantragte Erhöhung der Verpflegungssätze im Krankenhaus von 3 M. auf 3,50 M. führte wiederum zu sehr erregten Debatten.

Stadtrat Miet betonte, daß die Gemeinde in der Krankenfürsorge das tut, was überhaupt getan werden könne. Die anderlautenden Vorwürfe von Silberstein seien unzutreffend. Das Krankenhaus komme fast ausschließlich den Minderbemittelten zugute.

Neukölln. Arbeiter-Sportartikel. Auf Anweisung des hiesigen Magistrats findet die Einweihung des städtischen Sportplatzes am Sonntag, den 28. Juni, nicht statt.

Charlottenburg. Auf dem Wege zum Dienst schwer verunglückt ist vorgestern nachmittag der Postkaffner Adolf Bergemann aus der Eichenallee 28.

Adlershof. „Aus russischen Kerker“. Ueber dieses Thema hält am Donnerstag, den 2. Juli, abends 8 1/2 Uhr, in einer öffentlichen Versammlung bei Bültsch, Bismarckstr. 73/75, Genosse Reuter einen Lichtbildervortrag.

Steglitz. Die freie Turnerschaft kann am Sonntag, den 28. Juni, auf ein zehnjähriges Bestehen zurückblicken. Der Verein, der trotz aller Schilane weiter kräftig blüht und gedeiht, will sein Stiftungsfest durch ein Sommerfest würdig begehen.

Lichterfelde. Das Stiftungsfest des hiesigen Arbeitergesangsvereins „Männerchor“ findet am Sonntag in Bahrendorfs und Richters Festhallen unter Mitwirkung von ca. 20 Bundesvereinen statt.

Ober-Schönweide. Am Montag, den 29. Juni, von 4 bis 6 Uhr nachmittags findet in der Turnhalle der Gemeindefschule in der Frischenstraße eine Erziehungswahl für die zweite Wählerklasse statt.

daß die A. E. G. durch ihre Beamten eine Mittelstandspartei gründen lieg zu dem Zweck, einen dem Großhospital ergebenden Gemeindeverordneten zu wählen. Der Herr Direktor Peters lehnt zwar die Urheberchaft dieser Mittelstandspartei ab.

Die Mittelstandsgründung richtet sich nicht zuletzt gegen die Sozialdemokratie. Durch einseitiges Verhalten der zweiten Klasse ist es unseren Vertretern gelungen, mit gleicher Bezeichnung an den Kommissionen und Delegationen teilzunehmen.

Spandau. Kaufmannsgerichtswahlen. Die Wahlen der Beisitzer zum Kaufmannsgericht in Spandau finden am Montag, den 29. Juni, statt. Wahlberechtigt ist jeder Handlungsgehilfe.

Das unvorsichtige Umgehen mit einer Schußwaffe hat wiederum einen schweren Unglücksfall herbeigeführt. Auf dem Festungs Gelände in der Nähe des Hauptplatzes für das neue Anzium spielten gestern nachmittag mehrere Knaben.

Notwasser. Gewerkschaftsartikel. Die letzte Sitzung beschäftigte sich mit den Vorbereitungen zu dem am kommenden Sonntag, den 28. Juni, stattfindenden Gewerkschaftsfest.

Aus aller Welt. Wie rührend. In diesen Tagen finden auf den schleswig-holsteinischen Schlachtfeldern Erinnerungsfeiern an den Krieg von 1864 statt. Auch aus Berlin und der Mark ist am Freitag ein Sonderzug mit Veteranen, die an der Erstürmung der Düppeler Schanzen teilgenommen haben, nach den Schlachtfeldern abgegangen.

„Ehe sie auf die Fahrt zur Halbjahrhundertfeier in Sondersburg gingen, wollten sie sich versammeln vor den Augen ihres alten Kriegsfeldherrn. Wilde bildt dieser von seinem Postament, den Feldherrn in der herabhängenden Hand, über seine alten Krieger, und fast könnte man glauben, daß unter den vielen, von Begeisterung erfüllten Blicken der Marmor wie Phygaleons Statue sich belebt, daß der alte Kaiser die Hand zum Gelmrand führt und herunterruft: „Guten Morgen, Grenadiere! Viel Freude auf die Fahrt!“

Absturz zweier deutschen Militärflugzeuge. Am Freitag früh stürzte auf dem Flugplatz in Rehder Flieger-Musikfest Grunow von der Mehrer Fliegerabteilung, der bereits zwei gelungene Flüge unternommen hatte, bei

bis 8,00, do. unfort. 10,00-20,00, feinstger Meißner I 20,00-30,00, do. II 8,00-15,00, do. III 3,00-5,00. Aufbohnen 50 kg 12,00 bis 14,00. Ausländisches Kartoffeln, fanarische 50 kg 12,00 bis 14,00, do. Meißner, neue 10,00-13,00, do. Ital. lange, neue 10,00 bis 11,00, do. Ital. runde, neue 8,00-11,00, do. ungarische 7,00-8,00, Tomaten fanarische, Rüte 2,00-2,50, do. Italienische 50 kg 10,00-14,00, do. französische 10,00-12,00; Blumenkohl, holländischer in 100 Stüd 20,00 bis 25,00, do. Ita 5,00-8,00; Zwiebeln, Ägyptische 50 kg 18,00-20,00, do. Italienische 11,00-16,00; Erbsen, Ital. 00,00-00,00; Gurken, hell 100 Stüd 4,00-11,00, Bohnen, grüne, Ital. 50 kg 6,00-10,00, do. französische 14,00 bis 16,00, do. Ital. Beutel ca. 5 kg 1,00-1,30, do. ung. Beutel 0,40-1,00. Bohnenbohnen, Italienische 50 kg 25,00-28,00. — Obst und Gemüse: Äpfel, beste 50 kg französische 00,00-00,00, Italienische 00,00 bis 00,00, Thüringer 10,00-14,00, Idische 8,00-12,00, baltische 00,00 bis 00,00, Werderische 10,00-14,00, holländische, laure 12,00-16,00; Kirschen, australische, Rüte 8,00-18,00. Erdbeeren, holländische, 50 kg 18,00-22,00, Dresdener, Rüte 0,40-0,50, baltische, 50 kg 00,00-00,00, Meißner 25,00-28,00, Werderische 15,00-25,00, Zeiliger 15,00-28,00, Hamburger 22,00-35,00, Walderbeeren 60,00-80,00; Stachelbeeren, unreif, Rüte 9,00-11,00, do. hell 8,00-10,00; Himbeeren, 1/2 kg 0,30-0,35; Johannisbeeren, Rüte 50 kg 20,00-25,00; Blaubeeren 25,00-30,00; Aprikosen, Italienische 15,00-28,00; Pfirsiche, Italienische 16,00-30,00; französische 18,00-35,00; Pfäunen, Italienische 16,00-28,00; Wildpflaumen, Italienische 10,00-14,00; Bananen, Jamaica 16,00-20,00, fanarische 14,00-18,00; Erdnüsse 25,00-30,00; Ananas 05,00-00,00; Zitronen, Prejina 300 Stüd 5,00-12,00, Prejina 300 Stüd 7,50-11,00, Prejina 150 Stüd 6,00-10,00.

Lachmann & Scholz

Turmstr. 76 Warenhaus Ottostr. 1



Tage

Geeignete Artikel

für die

Ferien und Reise.

Zöpfe 850

a langem Haar, ca. 70cm lang, nur 850 Mark
 Doppelzopf „Edith“ 90 cm lang nur 5.— M.
 Doppelzopf ohne Kord., 110 cm lg., nur 12.— M.
 Vorführung ohne Kaufzwang. — Weibl. Bedien.
 5% vergütet bei Vorz. d. dieser Annonce.
Haarhaus Richard Laub,
 Neukölln, Berliner Str. 101, a. Herm.-Pl.
 Belle-Alliance-Str. 95, zwisch. Baruther- u. Gneisenaustr.
 Separ. Salons für Haarfarben, Kopfwaschen, Ondulieren usw.
 Man verlange diskrete Zustellung der illustr. Preisliste.



Für die Fahrt zur Bugra

Sieben erschien:

Pharus-Plan der Bugra

Preis 20 Pf.

Pharus-Plan von Leipzig

mit illustriertem Führer — Preis 25 Pf.

Buchhandlung Vorwärts Lindenstraße 69 (Laden)

Oswald Naefe

Färberei u. Chemische Wäscherei

Fabrik: Britz Rudower Str. 34 Tel.: Nk. 208

Färben und Reinigen von Garderoben, Innendekorationen, Polstermöbeln usw.

Gardinen-Wäscherei, Mechan. Teppich-Schüttelwerk.

Kul. Bedienung, Bill. Preise, Abholung u. Zustellung kostenlos.

Filialen in Neukölln: Bergstr. 74, Bergstr. 161, Saalestraße 7, Kaiser-Friedrich-Str. 248 (Hermannsplatz), Kaiser-Friedrich-Str. 82, Kaiser-Friedrich-Str. 195, Münchener Straße 90/97, Ecke Mainzer Straße, Steinmetzstr. 43, Friedelstraße 34, Kneesebeckstr. 119, Ecke Hermannstr., Weserstr. 16, Emserstr. 16/17, Teupitzer Str. 105.

Berlin S: Gräfstr. 82
 Schöneberg: Goltzstr. 12, Sedanstr. 1, Akazienstr. 4, Hauptstr. 108.

Max Klem's Sommertheater

Pl. d. Hd. Schmidt Salzenbe 13/15

Täglich:

Große Theater- und Spezialitäten-

Vorstellung auf 2 Bühnen.

Jede Woche neues Programm.

Platz d. Kong. 4 Uhr, d. Vorst. 6 Uhr.

Rapp's Festsäle

Tennishofstraße 13

zwischen Kurfürsten- u. Wilhelmsstr.

Der gemütlichste Ballsaal

des Westens!

Jeden Sonnabend, Sonn- u. Gr. Ball,

tag und Donnerstags!

Treffpunkt der Sportgenossen!

Salle zu Vereinsfestlichkeiten

und Versammlungen.

Monatsgarderobe

Anzüge, Paletots, sehr wenig

getragen, aus den feinsten

Maßwerkstätten, direkt Procht-

stücke, spottbillig!

Perlinsky, Rosenthalerstr. 37,

1. Etage, kein Laden.

Warum

kaufen alle Herren und

Damen i. Süden Berlins ihre

Garderobe-Kredit

bei

Hugo Udo Cohn

Kottbusser Damm 13

Weil

Preise billig!

Weil

Auswahl groß!

Weil

Bedingungen kulant!

Weil

Bedienung zuver-

lässig, kurz

weil dort alles

vereint ist, was

man von großem

Kredit verlangt.

neben mit

10 M. Anzahlung

kmpl. Wohnungseinrichtg.

Spezial-Abteilung:

Einzelne Möbel und

Polsterwaren

95

195

295

395

495

Serien-Tage

Beginn

Sonnabend, den 27. Juni

Massen-Angebote zu nebenstehenden Einheitspreisen
 In allen Abteilungen

*Benutzen Sie die überaus
 günstige Gelegenheit zum
 vorteilhaften Einkauf für
 Reise- und Haus-Bedarf*

Warenhaus Wilhelm Hermann

LESSER

BERLIN-SCHÖNEBERG
 Kolonnenstraße 10-11, gegenüber d. Ringbahnhof.



Saal- u. Gartenrestaurant „Schwarzer Adler“

Besitzer: Karl Nelbert, Werder a. H.

Eigene Dampferantengestelle. Fernsprecher 189.

Empfehle den Gewerkschaften, Vereinen und Partei-
 genossen bei Ausflügen, wie Dampferpartien usw. mein
 Lokal, großer schattiger Garten und großer Saal: 24015

Ausschank der Biere der Brauereigenossenschaft Potsdam-Werder.

ZUR REISE!



Touristen - Anzüge

aus grünem Loden, Falten-

joppe und kurze Hosen

15 - 18 - 22 - 25

27 - 29 - 34

Falten - Joppen

grüner Loden

4⁹⁰ - 6⁰⁰ - 8⁰⁰ - 12

Loden-Pelerinen

9-12-14-16

18-21-24-29

Gummi - Mäntel

21 - 24 - 25⁰⁰

27 - 29 - 34

36 - 38 - 40 - 50

Bozener Mäntel

von 16 Mark an

Anfertigung nach Mass

Innerhalb 24 Stunden!

M. Schulmeister

Herren- und Knaben-Konfektionshaus

Berlin SO 26, Dresdener Str. 4

Kottbusser Tor

Sonntags-Verkauf nur von 8-10 Uhr

Bezugsquellen-Verzeichnis Berlin-Süden

Erscheint wöchentlich
einmal
Untenstehende Geschäfte
empfehlen sich bei Einkäufen

Allgemein. Verschied.
Billardsaal
2 Kapellen
Café Moritzplatz
Tag u. Nacht kaffe u. warme Küche.
Oranienstr. 53/54.

Badeanstalt.
Lindenbad, Lindenstr. 100
Sonnig, Frischluft, Laub u. Kasse.
Jossener Bad, Zossen, 84,34
Liefer. sämtl. Krankenkassen

Bäcker- u. Konditoreien
Bäckerei Nordstern
Lub. Gust. Müller
Füllen im Süden, Ostes u. Umgebung.
G. Anders
J. Bomhard
G. Bröge
Erich Bentlin
Arthur Friedrich
Roh. Gallert
A. Gemeinhardt
K. Grundt
Herm. Hiersche
Max Hasten
G. Krickel
B. Krüger
Georg Kurth
Fritz Nagel
K. Paarsch
F. Radloff
Fritz Richter
Joh. Rücker
Felix Schulze
Ernst Slegwald
K. Walter
R. Walter
F. Wendt

Beerdigungs-Anst.
Jul. Grieneisen
Berlinerstr. 7-8, Tel. 1286.
Holz- und Metallwarenfabrik
mit eigenem Fuhrpark.
Feuerbestattung
Otto Rengers
Wienerstr. 28.
P. Bösel
Max Fuchs
Herrmann Nachf. Julius Fleischer
P. Rosenmann
K. W. Müller
K. W. Müller

Bierhandlung.
Biergroßhandlung
Jungbl. u. sämtliche Flaschenbiers
J. Beckmann Nachf. Neukölln
Kopffstr. 49, Tel. 1009.
Biergroßh. Sommer, Coppenacker
Strasse 35. Tel. Moritzplatz 149/2.

Bettfedern
M. Ahl
Berta Pfeffer

Beleuchtungsgegenstände
Neukölln, Beleuchtungszentr.
K. Leisner, Kottbusdamm 93.

Blumen und Kränze
W. Thiedtke
E. Weber

Butter, Eier, Käse
Gebr. Schulze
W. Melzer

Cigarren und Tabake
Chr. Erbe
Fr. Grottker
Alotstein
Fr. Krause
R. Maad
H. Meyer
G. Stürzebecher
Johann Sauer
H. Schneider
A. Kutzner

Dentist
A. Kutzner

Drogen und Farben
Drogerie „Komet“
Kosmetisch. Laborator., Neukölln
Schillerprom. 12, F. 1448.
G. Böhm
Alfr. König
H. Libuda
Drogerie W. Kossack
Franz Meyer
Paul Oppermann
Otto Thormeyer
W. Ungerathen
B. Olsen

Eisen-, Stahlw. Waffen
O. Alm
O. Anders
G. Emden
Otto Jacob
Albert Kniehase
P. Ludwig

Färberei und Waschanstalt
Färberei und Waschanstalt

Fleisch- und Wurstwaren
Rich. Gusinde
Oranienstraße 17.
Fabrik fein. Wurst- u. Fleischw.
August Fenger
Rich. Grieger

Kino-Theater
Kuckuck-Theater
Kottbusdamm 92
Größtes Theater Neuköllns
1000 Plätze
Wöchentlich 2 mal Programm w.
Erstkl. Vorführung. Sol. Preise.
Lichtbild-Theater
Hausfotzer, Schlesischestr. 42

Kolonialwar. Delikatessen
L. André
Alwin Bogen
Drews & Köller
Theod. Schach
A. Lehmann
Gottl. Mühlhölzer
E. Piltz
Rud. Schilling
Rich. Seela
Walter Trebbin

Molkereien
F. Schneider
Molkerei und Seifengeschäft
Neukölln, Richardstrasse 102
Sanitäts-Molkerei, Thomas
Grellenius
W. Schulze

Seifen
Ernst Werner
Wrangelstr. 24
Seifen, Drogenartikel.
Grellenius
W. Schulze

Stahlwaren
G. Drucklacher

Vereinsartik.
Sämtl. Artl. Sommer- u. Wint.
Feste Fr. Fremberg, Coppenackerstr. 108

Fahrräder, Nähmasch.
Gust. Wolf, Britz
I. Geschäft, Chausseestr. 33
II. Geschäft, Redowerstr. 3
Verk. erschl. Mark., Teilzahl. post

Fischhandlungen u. Räucherwaren
Bruno Pischke
Paul Franke
W. Heppel
M. Winkler

Glas, Porzell., Steingut
M. Schmidt
Otto Schulze

Grabdenkmäl.
Otto Schulze

Haus- und Küchengeräte
G. Achtziger
A. Gärtner Nachf.

Herrenartikel
E. Bellert

Herrengard.
Goldene 100, var. Laden, 100
Benzstraße, Belle Alliancestr. 100
Fr. Kling
M. Zwirow

Hüte und Herrenartikel
Huthaus Norden
Dresdenerstr. 120
Brunnenstr. 52, Badstr. 63
Chausseestraße 55.
J. Winkel
M. Zwirow

Kino-Theater
Kuckuck-Theater
Kottbusdamm 92
Größtes Theater Neuköllns
1000 Plätze
Wöchentlich 2 mal Programm w.
Erstkl. Vorführung. Sol. Preise.
Lichtbild-Theater
Hausfotzer, Schlesischestr. 42

Kolonialwar. Delikatessen
L. André
Alwin Bogen
Drews & Köller
Theod. Schach
A. Lehmann
Gottl. Mühlhölzer
E. Piltz
Rud. Schilling
Rich. Seela
Walter Trebbin

Molkereien
F. Schneider
Molkerei und Seifengeschäft
Neukölln, Richardstrasse 102
Sanitäts-Molkerei, Thomas
Grellenius
W. Schulze

Seifen
Ernst Werner
Wrangelstr. 24
Seifen, Drogenartikel.
Grellenius
W. Schulze

Stahlwaren
G. Drucklacher

Vereinsartik.
Sämtl. Artl. Sommer- u. Wint.
Feste Fr. Fremberg, Coppenackerstr. 108

Konfituren
A. Deparade
A. Beseler

Kurz-, Weiß-, Wollwaren
A. Beseler

Linoleum, Wachstuche
H. Schönwald Nachf.

Möbel-Fabrik. u. -Magazine
Möbel-Storch
98 Skallitzerstraße 98
Spezialart f. 1 u. 2 Zimmerwohnungen.
A. Behrend
Gustav Böse
P. Lackenmacher
A. Pfeiffer

Maßgeschäfte für Herrenmoden
M. Nestehr
Rosenau

Mehlhandlg., Kolonialwar.
J. Hintz
A. Schlemitz

Obst, Gemüse
Karl Arit
Herm. Lingk
E. Friede Nagel
P. Zingler

Optiker
W. Bettge

Roßschlächter.
Roßschlächtere R. Seeger
Oppenauerstr. 40, 2. Schloß. Tor
Empfehle prima Ware
Täglich Fohlenfleisch.

Papier- und Schreibwar.
H. Wiedner Nachf.

Restaurants
Kottbusdamm Bierhallen
Skallitzerstr. 13. C. Günther
Angeh. Familienaufenth.
Zur Arbeiterbörse, Pflasterstr. 1
Inh. Reinhold Kergel.
Zum Hackepeter
C. Meier
Ludwig Hirsch
Sattler- und Lederwaren
P. Gellnowsky

Sattler- und Lederwaren
P. Gellnowsky

Seifen
Ernst Werner
Wrangelstr. 24
Seifen, Drogenartikel.
Grellenius
W. Schulze

Stahlwaren
G. Drucklacher

Vereinsartik.
Sämtl. Artl. Sommer- u. Wint.
Feste Fr. Fremberg, Coppenackerstr. 108

Schuhwaren u. Besohlenst.
F. Darmer
Nostitzstr. 26
Vorwärtsläufer 5%, K.

J. Czaplowsky
G. Gabrielewicz
L. Kuntzsch
C. Köhn
W. Schulz
Jul. Schülke
G. Walenta

Uhren, Goldw.
M. Fliegenschmidt
O. Becker
C. Goerick
F. Dörband
S. Fenske
F. Heuser
W. Lehmann
A. Michaelis
G. Schönmann
G. Schuberl

Weine, Frucht-säfte, Liköre
E. & M. Leydicke

Wild, Geflügel, Fische
Kraft & Groh
Wirtschaften Etablissements.

Ost-Afrika-Lichtspiele
Erstklassiges Programm
Dienstags u. Sonntags 4-6, 8-10 Uhr
Vorträge über eine Kolonie.
Albin Abe

Wäsch-, Kurz-Wollwaren
W. Simon

Zahnpraxis
Pankantin
R. Papentof
H. Schwabe
Adlershof
P. Krüger
R. Pätzold
G. Wernicke

Alt-Glienike
Rich. Bode
O. Hasche
G. Kautler
Emil Lorenz
G. Schellenberger
H. Schultz

Baumschulenweg
J. Radtatz
W. Reineke
P. Strahl

Kalkberge-Rüdersdorf
Max Rudolph
Kaufhaus
Hülsebeck
O. Fliebig
Max Wolf

Neukölln
Milch-Schmidt
Butter nur eig. Fabrikation
Schöne Rösche, Blusen,
Damen- u. Kinder-Konfekt.
Otto Brehm
C. Dittmann
Wild - Geflügel - Fische.
Drogenhaus Richter
Max Schüppel
Gustav Wiebe
L. Wolschnick
H. Brysch
Schleuder-Linke
Otto König
W. Knüppel
O. Kramer
H. Oskowsky
E. Opitz
Osk. Poley
H. Riebe
Th. Sellach
Jean Wünsch
M. Zindar

Wild - Geflügel - Fische.
Drogenhaus Richter
Max Schüppel
Gustav Wiebe
L. Wolschnick
H. Brysch
Schleuder-Linke
Otto König
W. Knüppel
O. Kramer
H. Oskowsky
E. Opitz
Osk. Poley
H. Riebe
Th. Sellach
Jean Wünsch
M. Zindar

Wirtschaften Etablissements.
Ost-Afrika-Lichtspiele
Wäsch-, Kurz-Wollwaren
Zahnpraxis

Alt-Glienike
Rich. Bode
O. Hasche
G. Kautler
Emil Lorenz
G. Schellenberger
H. Schultz

Baumschulenweg
J. Radtatz
W. Reineke
P. Strahl

Cöpenick
Gustav Richter
Cöpenick u. Oberschöneweide
Eigene Werkstätten für mod.
Wohnungseinrichtungen
mit elektrischem Betrieb
Auf Wunsch sende Vertreter

Brotfabrik Vorwärts
Hermann Ulrich
Hansa-Drogerie
Ernst Köppler
M. Lichtenstein Nachf. D. Cohn
Fr. Scholz
Babnhof-Apotheke
Bärstenfabrik
Handschuhfabrik
Felix Britzow
R. Hannig
Fr. Herrmann
H. Kärmer
Kühnemund
O. Kudek
A. Magerleisch
L. Magerleisch
P. Menzel
Paul Metzner
Franz Neumann
Paul Nicolai
Optiker
Fr. Richter
Roßschlächtere
F. Schippel
C. Scriberius
Schlob-Apotheke
Hugo Schüssler
Zerlegungsinstitut
Stern-Drogerie
Winter
Wilhelm Wille

Königs-Wusterhaus.
Beckmann
Mariendorf
Hubertus-Drogerie
Otto Ladwig
H. Loose

Ober-Schöneweide
Bremmel
Edison-Drog
F. Fritsch
M. Lange
T. Osang
Spree-Drogerie
Trinkt Vohls
Champagner-Brause
Gehrhardt
R. Grate

nieder-Schöneweide
Zahnpraxis
F. O. Kersten
A. Dehmel
Gehrhardt
Er. Raden
H. Wusthol
H. Zobel

Wildau
Volksgarten Otto Heiser

Die beste Reklame ist ein Inserat im „Bezugsquellen-Verzeichnis.“

Verantwortlicher Redakteur: Alfred Dielepp, Neukölln. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glode, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlagsgesellschaft u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.